www.von-unten.o

BUKO 23

– Antirassistisc
Prax

design by markovits





Zeitschrift für Internationalismus

Heft 232

EDITORIAL

Geschätzte LeserInnen,

wie es schon so treffend am Ende des letzten Editorials hieß: sind wir noch auf der Suche . Aber wer genaugenommen ist das nicht? Die Suche an sich hat doch geradezu einen philosophischen jede Lebenswindung durchdringenden Charakter. Auf der Suche nach Wahrheit , nach Erfolg oder - wenn Ihr zu denen gehören solltet, die dieses Heft gekauft haben, weil sie am BUKO 23 teilnehmen wollen - nach dem Tagungsort eines Kongresses. Hier kann Euch dieses Heft durchaus weiterhelfen (siehe Seite 32), sein Schwerpunkt liegt jedoch eindeutig auf der inhaltlichen Kongressvorbereitung (ab Seite 30). So seid Ihr in ernsteren Fällen der räumlichen Verwirrung doch wohl gezwungen um Rat zu fragen oder noch ein paar Mark in einen Stadtplan zu inverstieren. Falls Ihr Euch nicht auf dem Weg zum Kongress befindet (oder etwa schon da seid und erst jetzt dieses Heft lest; oder zu den bei der Redaktion äußerst beliebten LeserInnen dieses Magazins zählt, die es auch kaufen ohne daß immer gleich ein ganzes Kongress drumherum organisiert werden muß) einen Tip fürs alltägliche Durchstöbern der **alaska**. Ihr solltet des öfteren mal einen Blick unter die "Internas" am Heftende werfen. Dort findet Ihr Hinweise auf Die Sachen, die uns aus der Redaktion am Herzen liegen. So zum Beispiel die Suche nach spannenden Themenartikeln oder Photoserien für das Layout. Nur keine falsche Bescheidenheit! Wie Ihr schon festgestellt haben werdet sind die "Internas" nicht das Einzige, das sich an der **alaska** geändert hat. Der Struktur des Heftes mit seinen jeweiligen Schwerpunkt-Themen und den anderen Rubriken werden wir im wesentlichen weiterhin treu bleiben. So findet Ihr wie immer auch in dieser Nummer einen Schwerpunkt und zwar diesmal zur Auseinandersetzung mit antirassistischer Praxis. Solltet Ihr seid längerem **alaska**-LeserInnen sein, wißt Ihr, daß uns gerade die Diskussion antirassistischer Politik wichtig ist. Ebenfalls unter "Internas" findet Ihr deshalb nicht gerade zufällig die Werbung für ein Sonderheft (**alaska materialien**) in dem wir eine ganze Reihe von ziemlich spannenden Artikel aus den **alaskas** der letzten Jahre zu diesem Themenfeld zusammengestellt haben.

Die Redaktion der

alaska





DEBATT

THEME

BUKO 2

SHORT CU





SEXISMUS OHNE SEX

ZUM VERHÄLTNIS VON SEXISMUS UND RASSISMUS/NATIONALISMUS IN DER LINKEN THEORIE

SABINE GRIMM

Ich halte es für eine Reduktion und Bornierung linker Theorie, wenn alles sich nur noch um den neuen „Hauptwiderspruch" dreht, als ob sämtliche sozialen Machtverhältnisse sich hieraus ableiten und erklären ließen. Umgekehrt ist davon auszugehen, daß auch die Analyse und Politik des Rassismus ihren Gegenstand nicht trifft, wenn sie nicht den Zusammenhang und die Verknüpfungen mit anderen sozialen Verhältnissen berücksichtigt.

Mir geht es jetzt nicht darum, Feminismus gegen linke Theorie auszuspielen. Ich halte diese Separierung für fatal, sie stützt letztlich eine Arbeitsteilung, derzufolge Frauen sich mit sog. Frauenthemen beschäftigen und linke Männer weiterhin das Thema Sexismus ignorieren oder delegieren können. Die Realität dieser Arbeitsteilung ist auch auf diesem Kongreß wieder offensichtlich. Dabei muß man jedoch gleichzeitig klar sehen, daß Frauen, genauer: „deutsche" Frauen, prinzipiell Zugang haben zu diesen Zusammenhängen und die Linie der Ausgrenzung an anderer Stelle verläuft. Während es genug Frauen gibt, die hier für sich sprechen können, ist die Situation derjenigen, die rassistisch diskriminiert oder gar verfolgt werden, was die Frage ihrer Repräsentation anbetrifft, strukturell anders. Die antirassistische Linke spricht hier gewissermaßen in Stellvertretung, was sich auch bei diesem Kongreß wieder an der Zusammensetzung des Podiums zeigt. In den USA oder in England wäre ein solcher Kongreß undenkbar: Das liegt sicher auch an der unterschiedlichen Situation von „AusländerInnen" in der BRD, wo es eine Organisierung nur in Ansätzen gibt, dennoch hätte man sich darum bemühen können. Ich will damit nicht die rassistisch Verfolgten wiederum auf ihre Opferrolle festlegen. Ich denke mir, daß man diesen strukturellen Ausschluß sehen muß, wenn man selbst unablässig davon redet, die rassistische Gemeinschaft aufbrechen zu wollen. Ich möchte im folgenden auf drei Punkte eingehen:

1) werde ich versuchen, sehr verkürzt nachzuzeichnen, wie in der derzeitigen Rassismus-Debatte „Geschlecht" und Sexismus theoretisch gefaßt werden,

2) einige Überlegungen zum Verhältnis von Rassismus und Sexismus anstellen und

3) fragen, inwiefern analog zur These vom „Rassismus ohne Rassen" (Balibar) auch von einem „Sexismus ohne Sex" die Rede sein kann.

DIE KATEGORIE „GESCHLECHT" IN DER RASSISMUSTHEORIE: ZWISCHEN IDEOLOGIEKRITIK UND ESSENTIALISMUS

Bei genauerer Betrachtung scheint das Problem vieler linker Theorien fast weniger darin zu bestehen, daß das Thema Sexismus hier selten auftaucht, sondern wie es behandelt wird. Im wesentlichen gibt es zwei Varianten der Thematisierung, die uns in der aktuellen Rassismus-Diskussion immer wieder begegnen. Beide treten in der Regel vermischt auf, ich unterscheide sie hier nur idealtypisch:

1. die ideologiekritische Analogisierung:

Irgendwie funktioniert Sexismus wie Rassismus, quasi als Sonderform oder als Nebenwiderspruch. Man könnte diese Variante auch als Entlarvungsdiskurs bezeichnen. Er kritisiert die Stereotypen von „Rasse" und „Geschlecht" aus aufklärerisch-universalistischer Perspektive und wittert überall dort, wo von Besonderheit, Verschiedenheit oder - noch schlimmer - Differenz die Rede ist, Rassismus und Sexismus. Die in diesem Zusammenhang auftauchenden Formel von der „Naturalisierung sozialer Verhältnisse" oder der „sozialen Konstruktion" werden dabei meist im Sinne von Schein oder falsch Bewußtsein eingesetzt - ich gehe später auf dieses (bewu seinsphilosophische) Mißverständnis ideologie- und disk theoretischer Ansätze noch genauer ein.

Der Entlarvungsdiskurs hat innerhalb der Linken zu einer F von pauschaler Kritik geführt, die keinen Unterschied m macht zwischen Multikulturalismus und Ethnopluralismus ebenso nicht mehr differenziert zwischen feministisc Theorien über sexuelle Differenz und konservativen bzw. re ten Geschlechterideologien (so z.B. der von konkret gepla Titel einer Feminismus-Sektion: „Die deutsche Frauenbe gung - ein etwas anderer BDM?")[1].

2. die essentialistische Unterscheidung, die innerhalb der l ken eher dominiert:

Wird auf einer allgemeineren Ebene von der Analogie aus gangen, tauchen, sobald man sich dem Phänor „Geschlecht" nähert, essentialistische Argumentationen nach dem Muster: „Rassen" gibt es nicht, „Geschlech schon, was sich bereits darin ausdrückt, daß man von Ra nur in Anführungszeichen redet, die Kategorie Geschle dagegen selbstverständlich zu sein scheint[2].

Ich gebe zwei Beispiele, beide von Theoretikern, die ansons ideologie- bzw. diskurstheoretisch argumentieren, sobalc um „Geschlecht" geht, jedoch auf Natur, Biologie und äh ches rekurrieren. Das erste findet sich in einem Text von W gang Fritz Haug (Argument-Mitherausgeber), in dem er ü Anti-Rassismus nachdenkt und dabei auch ein p grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis von Rassisı und Sexismus anstellt: „Das Komplementär-Verhältnis der l den Geschlechter findet bei den unterschiedlichen Phänoty von Menschen, die der Rassismus zu 'Rassen' totalisiert, ke Entsprechung ... weil ... die beiden Geschlechter gerade in il 'Differenz' unmittelbar aufeinander verwiesen sind, was 'natürliches Gattungsverhältnis' etwas anderes ist als bloßer Unterschied und insofern mit dem Verhältnis un schiedlicher 'Rassen' nicht verglichen werden kann ..." (Ha 1992, 38). Das „natürliche Gattungsverhältnis" bezieht auf Marx, den Haug im Anhang ausführlich zitiert: „ unmittelbare, natürliche, notwendige Verhältnis des M schen zum Menschen ist das Verhältnis des Mannes zum V be." Während also für Haug „Rassen" erst durch den Rassisı konstruiert werden, entspringt dei Sexismus umgek unmittelbar gegebenen Grundlage der auch für ihn „natü chen" und „notwendigen" Heterosexualität. Dabei ist H sicher nur einer von vielen ehemaligen Marxisten, die z ausgiebig den Ökonomismus der Marxschen Theorie kriti ren, deren naturalistische Vorstellung von Materialismus noch immer in dieser Tradition steht. Besonders deutlich w dieses Erbe des Marxismus dort nach, wo es um die Frage Geschlechterverhältnisses geht. Und das betrifft nicht „alte" Neue Linke wie Haug, sondern auch „neue" Neue Li Ein anderes Beispiel: Robert Miles, ein britischer Rassism Theoretiker, sieht die Verknüpfung von Rassismus und Se mus darin, daß „die biologische Reproduktion ja die entsc dende Grundlage für die Reproduktion der 'Rasse' abg (Miles: 1991, 365). Miles argumentiert ansonsten mit Unterscheidung von sex und gender (biologisches/sozi Geschlecht), was ihn aber - bezeichnenderweise - nicht da abhält, den Begriff der Reproduktion, wie auch Haug, an „biologische Geschlecht" (sex) zu knüpfen. Beide reißen da die generative Reproduktion aus ihrem sozialen Zusamm hang und stellen sie in den Horizont einer imaginären Na statt sie als soziale Praxis zu begreifen.



Die Annahme einer jeden Gesellschaft vorgängigen „natürlichen" Reproduktion macht zugleich die Zurückweisung eines der Kategorie „Rasse" entsprechenden Substrats fragwürdig, denn: wenn sich (nationale) Gemeinschaften über die „Biologie" reproduzieren, dann fragt sich doch, welcher Art das hier Reproduzierte sein soll, wenn nicht „biologisch".

DER MYTHOS DER GENEALOGIE

Meine These ist, daß, wenn die Kategorien „Geschlecht" und „Reproduktion" in der linken Theoriebildung weiterhin in dieser Weise essentialistisch fundiert werden, dies auch die Kritik von Rassismus und Nationalismus an einem zentralen Punkt verstellt, den ich mit dem Begriff der Bevölkerungspolitik im folgenden nur andeuten möchte.
Der symbolische Kern der Idee der „Rasse", der es ermöglicht, die Individuen zu einem homogenen „Volk" zusammenzuschließen, ist das Schema der Genealogie, d.h. die Vorstellung, daß die Verkettung der Individuen dazu führt, daß jede Generation der anderen eine biologische oder geistige Substanz übermittelt - biologisch oder geistig, weil die essentialistische Vorstellung eines gemeinsamen „Ursprungs" sowohl biologistisch als auch kulturalistisch artikuliert sein kann (wie z.B. im Topos der „deutschen Kulturnation"). Die Grundlagen, über die dieses Schema auf die imaginäre Gemeinschaft des „Volkes" projiziert werden kann, sind zum einen das System der Heterosexualität, d.h. die Normierung des sexuellen und generativen Verhaltens der Menschen im Sinne einer Verschmelzung von Sexualität und Fortpflanzung sowie jener Prozeß der Durchsetzung einer bestimmten Norm des Zusammenlebens, den Balibar als „Nationalisierung der Familie" bezeichnet hat – also die Durchsetzung der bürgerlichen Kleinfamilie, deren Zerfall derzeit von Konservativen bis hin zu Linksliberalen wie Leggewie beklagt wird. Hier liegt ein historischer Nexus von Rassismus und Sexismus und zugleich ein Grund dafür warum es kaum rassistische Diskurse gibt, die nicht sexuell überdeterminiert wären, warum die ideologische Konstruktion der „rassischen" Differenzen über Metaphorisierungen der „sexuellen Differenz" erfolgt.
Der Rassismus ist in dieser Hinsicht als Produktionsweise zu begreifen, als Form der Herstellung von Homogenität - und die für das Geschlechterverhältnis zentralen Fragen der Reproduktion, der „Familie" und der „Mutterschaft" erhalten hier entscheidende Bedeutung. (Gerade dieser Zusammenhang wird aber von den meisten Rassismus-Theorien entweder weitgehend ignoriert oder gar affirmiert. Eine einsame Ausnahme stellen Balibars Überlegungen zum Konnex Rassismus/Sexismus dar, auf die ich mich hier u.a. stütze.) Daß es kaum rassistische Diskurse gibt, die nicht in irgendeiner Weise von sexualisierenden Metaphern durchzogen sind, heißt jedoch nicht, daß beide Phänomene einfach zu analogisieren oder aufeinander abzubilden wären. Im Gegenteil: Um die Produktion und Reproduktion der nationalen Gemeinschaft sozial und nicht essentialistisch bestimmen zu können, ist es vielmehr nötig, Rassismus und Sexismus zu unterscheiden. Erst dann läßt sich ihr Zusammenwirken und ihre gegenseitige Verstärkung beschreiben.
Ein grundlegender Unterschied besteht darin, daß als dominantes Prinzip des Sexismus zunächst der Einschluß der Frauen, ihre Unterordnung innerhalb der rassisch und national gekennzeichneten Gemeinschaften bestimmt werden kann, während das dominante Prinzip des Rassismus die Ausgrenzung ist. Formen des Einschlusses der „Anderen" - wie Assimilation und Minorisierung sind Effekte dieses - Ausschlusses von der Gemeinschaft, Effekte der Spaltung des „Eigenem" vom „Fremden"; wie andererseits Formen des Ausschlusses von Frauen (historisch vom Wahlrecht oder in Form ihrer Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt etc.). Effekte ihrer Unterordnung im Einschluß sind (s.d. Eichhorn 1992). In diesem Kontext stellt nun die Bevölkerungspolitik ein Dispositiv dar, über das die sexistische Einschließung und die rassistische Ausgrenzung gleichermaßen reguliert werden.
In der Bevölkerungspolitik der BRD, wie sie sich etwa in der Neuregelung des Paragraphen 218 darstellt, in deren Zentrum



der „Schutz des Lebens" steht, ist die Artikulation einer rassischen/nationalen Gemeinschaft implizit immer vorhanden. Zuweilen wird sie auch explizit, etwa wenn rechtspopulistische PolitikerInnen den Rückgang der „deutschen Geburtenrate" beklagen oder wenn Fromme in der FAZ den „volkserzieherischen" Charakter des Karlsruher Urteils betont.

Mit dem Begriff der Bevölkerungspolitik meine ich aber nicht nur den §218, sondern prinzipiell alle Praktiken und Diskurse, die auf die soziale Reproduktion der nationalen Ge- meinschaft zielen, also z.B. auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nach dem Muster „Deutsche zuerst". Dabei stellt allerdings die Normierung des generativen und sexuellen Verhaltens der Individuen eine zentrale Ebene dar. Zum Dispositiv der Bevölkerungspolitik gehören nicht nur die staatlichen Einrichtungen des Standesamtes und des Erbrechts, die demographischen Techniken zur Geburtenkontrolle und zur Messung der Bevölkerung (also auch jene Statistiken, die die sogenannte „Überfremdung" der Deutschen so anschaulich illustrieren), gesundheitspolitische und medizinische Maßnahmen etc., dazu gehört auch die scheinbar private Ebene der sexuellen Praxen und des Heiratsverhaltens der Individuen. Die Normierung erfolgt nicht nur von „oben", vielmehr basiert sie größtenteils auf der Grundlage der freiwilligen Unterwerfung der Individuen unter die nationale Gemeinschaft - wie z.B. dann, wenn eine Frau ihrer Tochter nahelegt, sich nicht mit einem Türken einzulassen.


Um die Vorstellung einer ursprünglichen Gemeinschaft der Deutschen anzugreifen, ist es nötig, den Begriff der Reproduktion nicht selbst essentialistisch aufzuladen - wie es etwa geschieht, wenn kritisiert wird, daß der Rassismus der BRD auf eine „Reinhaltung der Deutschen" ziele, als hätte es etwas „Reines" je gegeben. Das „reine Deutsche" muß vielmehr immer erst hergestellt werden, und hier spielt der Sexismus, die Unterordnung der Frauen innerhalb ihres Einschlusses in die nationale Gemeinschaft, eine zentrale Rolle - weshalb übrigens das Motto „Etwas Besseres als die Nation" auch als Minimalforderung für Feministinnen gelten kann.

RASSISMUS OHNE RASSEN - SEXISMUS OHNE S

Zum letzten Punkt. Ich habe mich gefragt, wieso viele „Rassismus ohne Rassen" reden, es aber vermutlich auf gr ren Widerstand stoßen würde, von einem „Sexismus ohne zu reden. Mir fiel in diesem Zusammenhang eine Formulie in einem Papier des Hamburger Wohlfahrtsausschusses die mir die Verfahrenheit der Kontroverse um Essentiali oder Kon- struktivismus schlagartig zu beleuchten schie ich versuchte, den Begriff „Rasse" einmal probehalber c „Geschlecht" zu ersetzen. Die Formulierung lautet: „We menschliche Rassen nicht gibt, sprechen wir von einem sismus ohne Rassen. Rassen werden sozial konstruiert" andere Version würde lauten: „Weil es mensch Geschlechter nicht gibt, sprechen wir von einem Sexi ohne Sex. Geschlechter werden sozial konstruiert." Meine mutung ist, daß diese Formulierung für viele, die der e Version („Menschliche Rassen gibt es nicht") uneingeschi zustimmen würden, unglaubwürdig klingt (abgesehen da daß sich „sex" nicht übersetzen läßt). Warum?

Weil es gerade diese Evidenz der Kategorie Geschlecht ist, die der Sexismus funktioniert. Mit Evidenz meine ich scheinbare Selbstverständlichkeit, mit der Individuen als I en oder Männer identifiziert werden und sich selbst ide zieren, ein Vorgang, der im Gegenteil hochgradig vorau zungsreich und - eben - „sozial konstruiert" ist, so daß Evidenz nicht als Grundlage, sondern vielmehr als Effek Bedeutungskonstitution von „Geschlecht" zu verstehen is Effekt auch der zu ihrer Reproduktion immer wieder not digen Anerkennung der bestehenden Geschlechterverhäl se.

Und diese Evidenz gilt ebenso für die Kategorie der „Ras der aufklärerische Hinweis darauf, daß die Wissenschaf Vorstellung von biologischen Rassen widerlegt hat, hat keinen Rassisten davon abgehalten, genau zu wissen, w angreift. Denn für die Individuen, die als „Rasse" identif werden und sich zum Teil selbst identifizieren, ist es zier



egal, ob die Biologie oder der Diskurs, Natur oder Kultur als Erklärungen dafür herangezogen werden, daß sie ausgegrenzt, stigmatisiert oder verbrannt werden. Die scheinbar „objektive" (natur)wissenschaftliche Widerlegung aber hatten die Autoren im Kopf, als sie den Satz formulierten: Menschliche Rassen gibt es nicht. Und dies scheint mir auch ein Grund dafür, daß viele Linke selbstverständlich „Rasse" für „fiktiv" halten, bei „Geschlecht" jedoch argumentieren, daß es sich hier doch zweifellos um einen „grundlegenderen Unterschied" oder eine nicht zu leugnende „Tatsache", kurz um eine „Realität" handle. Meine Vermutung ist, daß, wenn die Formulierung „Rassismus ohne Rassen" in dieser ideologiekritischen Weise eingesetzt wird, also im Sinne von „Wie uns die Wissenschaft gesagt hat, gibt es menschliche Rassen nicht", im Hintergrund immer noch eine naturalistische Vorstellung von Materialismus steht, die Materialität nicht über die soziale Praxis, sondern als Gegebensein denkt und letztlich dem hegemonialen biologischen Diskurs verhaftet bleibt. Und diese Vorstellung tritt vorzugsweise dann zutage, wenn es um „Geschlecht" geht.

So wird zwar einerseits viel von Diskurstheorie bzw. -analyse und von der performativen Funktion diskursiver Praktiken geredet, dennoch existieren auf der anderen Seite weiterhin naturalistische Vorstellungen von Materialität. Ich denke, daß dies nur dann möglich ist, wenn man die diskurs- oder ideologietheoretischen Ansätze bewußtseinsphilosophisch mißversteht und den in diesem Kontext verwendeten Begriff der ideologischen Konstruktion mit „falschem Bewußtsein" übersetzt. Das hiermit verbundene dichotome Modell von Basis und Überbau, von „harten Fakten" und „ideologischem Schein" (Sein vs. Bewußtsein, Realität vs. Fiktion etc.) versuchen diese Ansätze gerade zu verlassen, indem sie Sprache selbst als soziales Verhältnis fassen, das Realität nicht einfach „abbildet", sondern selbst konstruiert. „Rasse" und „Geschlecht" sind in diesem Sinne real, gerade weil sie ideologisch konstruiert sind. Ich verstehe Ideologie hier als „imaginäres Verhältnis der Individuen zu ihren realen Existenzbedingungen" (Althusser). Dieses „imaginäre Verhältnis" ist nicht einfach eine innerliche Vorstellung, vielmehr ist es eingelassen in institutionelle regulierte Praktiken, die die diskursiven Konstruktionen von „Geschlecht" und „Rasse" materialisieren - wobei Materialität nicht als Essenz, sondern als soziale Praxis und als Herrschaftsverhältnis, mithin als „Materialität der Zeichen" (Volosinov) zu verstehen ist. Ideologie und Praxis sind dabei nicht zu trennen, sie bilden einen unauflösbaren Zusammenhang.

In diesem Sinne davon auszugehen, daß die Kategorie Geschlecht von ihrer diskursiven Konstruktion nicht zu trennen ist, heißt nicht, zu behaupten, daß Diskurse die Wirklichkeit hervorbringen. Es bedeutet nicht, die „Materialität des Körpers" zu verleugnen - ein Vorwurf, der vor allem in der feministischen Diskussion den sog. KonstruktivistInnen oft gemacht wird (s.d. Butler 993). Es heißt lediglich, davon auszugehen, daß „Geschlecht" von Anfang an eine normative Kategorie, ein „regulatives Ideal" (Foucault) ist, und die Vorstellung, man könnte eine „wertfreie Geschlechtsnatur" fixieren, die erst nachträglich kulturell überformt wird, verkennt, daß damit immer eine bestimmte soziale Formierung von Materialität, eine bestimmte Normierung der Körper festgeschrieben wird (z.B. Heterosexualität). Aus dieser Perspektive er- scheint auch die Trennung von sex und gender, von „biologischem" und „sozialem Geschlecht" unzureichend, denn: Wo ist die Grenze zu ziehen? Ist die Dichotomie von Natur und Kultur nicht gerade die flexible Matrix, über die der Sexismus

(wie auch der Rassismus) funktioniert - nicht nur, indem Natur als unveränderliches Gegebensein und Kultur als veränderliches Geworden-sein konstituiert wird, sondern auch, indem umgekehrt Kultur wiederum „naturalisiert", d.h. als Unveränderliches fixiert werden kann?
Wenn man Balibars These vom „Rassismus ohne Rassen" so versteht, wie er sie einsetzt, nämlich als rhetorischen Hinweis auf eine Verschiebung der dominanten rassistischen Artikulationsweisen hin zu einem kulturalistischen Neorassismus, ließe sich die Analogie (Sexismus ohne Sex) in verschiedener Hinsicht weitertreiben:
So wäre zum einen, vergleichbar dem in der aktuellen Rassismustheorie diskutierten Substitutionsverhältnis der Kategorien „Rasse" und „Kultur", ebenso von einem gegenseitigen Determinierungsverhältnis der Begriffe sex und gender auszugehen. Auch hier könnte man von einer „Ambivalenz des Sexismus" reden, wie Balibar sie für den Rassismus feststellt: einem ständigen Changieren zwischen biologistischen und kulturalistischen Artikulationen von „Geschlecht". Ebensowenig wie rassistische Aussagen explizit von „Rasse" reden müssen, müssen sexistische vom „biologischen Geschlecht" reden. Meiner Ansicht nach ist zweitens auch hinsichtlich des Sexismus eine Verschiebung der dominanten Artikulationsweisen zu beobachten: ähnlich wie beim Neorassismus sind in die aktuellen Formen des Sexismus feministische Argumentationen eingegangen, gibt es Retorsionseffekte und eine Verschiebung hinzu kulturalistischen Artikulationen. Vorherrschendes Thema ist nicht mehr die Inferiorität der Frau, sondern ihre Andersartigkeit. Der sexistische Universalismus, der Mensch sagt und Mann meint, tritt zurück hinter dem sexistischen Partikularismus, der die Unterschiede betont. Insofem könnte man auch von einem Neosexismus reden - der aus Feminismus und Antifeminismus gelernt hat - und dessen zentrales Thema nicht mehr die Überlegenheit des Mannes ist, sondern der sich darauf „beschränkt", die „Schädlichkeit jeder Grenzverwischung" und die Komplementarität und Unvereinbarkeit der Geschlechter zu behaupten[3].
Die gegenwärtige Situation erscheint paradox: Einerseits sind viele feministische Themen in den gesellschaftlichen Konsens eingegangen und selbst die CSU kann es sich heute nicht mehr erlauben, das „Frauenthema" auszulassen, andererseits lassen sich verschiedene Entwicklungen der letzten Jahre, wie die ideologische Refamiliarisierung oder die Entscheidungen zum [[section]] 218, nur als „backslash" begreifen. Ideologisch funktioniert dieser sexistische Gegenschlag jedoch nicht einfach nur über antifeministische Argumentationen, vielmehr finden sich darin auch Versatzstücke aus feministischen Diskussionen, vor allem solche, die die „Geschlechterdifferenz" betonen. Wenn meine These vom Neosexismus, der selbst universalismuskritisch argumentiert, zutrifft, stellt sich u.a. die Frage, inwiefern der Differenz-Feminismus der 80er Jahre an der Verschiebung der Artikulationsweisen beteiligt war, indem er die andere „weibliche" Moral, Sprache, Sexualität etc. beschwor und dabei gängige Weiblichkeitsstereotypen affirmierte. Das soll nicht heißen: der Feminismus ist an allem schuld - das liefe auf eine Verkennung der Machtverhältnisse hinaus. Allerdings ist nun, im Unterschied zur Situation Ende der 60er Jahre, von einer qualitativ anderen Stufe feministischer Theorie und Praxis auszugehen: ihrer gegen Ende der 70er Jahre einsetzenden und während der 80er Jahre voran getriebenen Institutionalisierung, Akademisierung und Etatisierung. Gleichzeitig wurde nicht erst mit dem Ausbleiben einer radikalen Kritik am Karlsruher Urteil deutlich, daß es eine Frauenbewegung nicht mehr gibt. Feministinnen, die an Kritik des Geschlechterverhältnisses festhalten, sehen sich nicht mehr allein vor die Aufgabe gestellt, (Neo-)Sexismus Antifeminismus anzugreifen, zugleich sind sie zur Kritik sen gezwungen, was derzeit unter den Etiketten „Feminis und „Frauenpolitik" läuft.

Anmerkungen:
1: Gegen den „multikulturellen Rassismus" führten die „Ökolinken" (Ditfurth u.a.) in Frankfurt ihren Wahlkampf gegen Rot-Grün und erklärten dabei Daniel Cohn-Bendit zum Hauptfeind. Gleichsetzungen von Cohn-Bendit und Alain de Benoist sind hier üblich. Es wird nicht mehr analysiert, in welcher Weise jeweils „Differenz" artikuliert ist (multikulturalistisch als „Recht auf Differenz" oder ethnopluralistisch als „Pflicht zur Differenz"?), sondern draufgehauen, sobald bestimmte Begriffe auftauchen.
2: Obwohl es auch hinsichtlich der Kategorie „Rasse" essentialistische Positionen gibt, wie nicht erst Christoph Türcke auf dem Konkret-Kongreß offenbarte, indem er den Rassebegriff affirmativ einsetzte und eine, scheinbar durch ihre kapitalismuskritische Pointe für viele akzeptable „Rassenlehre" vortrug. In diesem Kontext sei auch auf die „rousseauistische" Traditionslinie der Linken verwiesen, d.h. auf jene Zivilisationskritik, die sich in ihrer Bezugnahme auf „Natur" nicht selten als Exotismus gegenüber den „Anderen" (wie auch gegenüber der „Frau") äußert, insofern mit ihrer größeren Nähe zur Natur, mit ihrer geringeren „Entfremdung" etc. argumentiert wird. Das Genre der Zivilisationskritik funktioniert nicht zufällig oft als bevorzugtes Feld für Positionswechsel von links nach rechts.
3: Ein eindrucksvolles Beispiel für diese Verschiebung und den Einsatz feministischer Argumentationen bietet die gerade erschienene „Schering-Frauenstudie", durchgeführt vom Allensbacher Institut für Demoskopie. Die „Frauen in Deutschland" sind der Untersuchung zufolge recht zufrieden mit ihrer Situation. In der Einführung wird dies folgendermaßen erklärt: „Der Erfolg der Emanzipationsbewegung wurde oft einseitig danach bemessen, wie weit es Frauen gelungen war, mit Männern gleichzuziehen, gemessen an der Repräsentanz in verantwortlichen Positionen, in Ausbildungsgängen und Berufen, in den Interessensgebieten und Einstellungen. Unterschiede zwischen Männern und Frauen, z.B. in den Interessensgebieten und bei der Berufswahl, wurden entsprechend meist als zäh weiter bestehende Defizite interpretiert ... Erst allmählich wurde bewußt, daß diese Sichtweise männliche Einstellungen, Interessen und Lebensmuster zum entscheidenden Maßstab für ..."

HIN
DER HIER VORLIEGENDE TEXT IST DIE WIEDERGABE EINE
SABINE GRIMM AUF EINEM KONGRESS DER ZEITS
KONKRET GEHALTENEN REF



POLITIK DER (UN)SICHTBARKEIT

FEMINISTISCHES ANTIRASSISTISCHES HANDELN IM ALLTAG

VON EINER WEIßEN MAJORITÄREN FEMINISTIN

"Es ist nur zu deutlich, dass Frauen anders sind als Männer, die selbst nicht anders sind; Män ner unterscheiden sich von nichts. Und höchstens subversive DenkerInnen würden soweit gehen, zu behaupten, dass sich Männer von Männern und Frauen von Frauen unterscheiden. Doch gehen gewagte Spekulationen wie diese in der Dominanz der entscheidenden Differenz unter, diesem beständigen und mächtigen Merkmal, das bestimmte Gruppen kennzeichnet: Schwarze sind anders. Weiße sind einfach nur. ChinesInnen sind anders, EuropäerInnen sind. Frauen sind anders, Männer sind. Wir sind anders. Wir sind immer 'mehr' oder 'weniger'. Und wir sind niemals der Bezugspunkt. Die dominante Gruppe, der große unsichtbare Maßstab, könnte sich nichts Besseres vorstellen, als unser Anders-Sein. Was die dominante Gruppe umgekehrt aber nicht aushält, ist unsere Gleichheit. Sie können nicht aushalten, dass wir das gleiche Recht auf Nahrungsmittel, auf Unabhängigkeit, auf Selbstbestimmung, auf Leben haben wie sie, und dass wir uns all diese Rechte nehmen oder es zumindest versuchen."[1]
Collette Guillaumin

VON EINER WEIßEN MAJORITÄREN FEMINISTIN

Als weiße, majoritäre Feministin zu frauenspezifischer Flucht, Migration und Illegalisierung zu schreiben, ist nicht einfach. Erstens besteht die Gefahr, das Thema aufgrund seiner Komplexität allzu sehr zu verkürzen, Zusammenhänge zu simplifizieren oder auszulassen und damit trotz gegenteiliger Absichten den rassistischen Staatspolitiken zuzuarbeiten. So ist es z.B. problematisch, unter dem Begriff der MigrantInnen ausschließlich Flüchtlinge, Asylsuchende oder Illegalisierte zu fassen. Denn die Präsenz von Frauen, Männern, Jugendlichen und Kindern mit Migrationshintergrund, die die StaatsbürgerInnenschaft erworben haben, bereits hier geboren und/oder aufgewachsen sind, sich organisiert haben und diesen Begriff zur Manifestation ihrer politischen Positionierung verwenden, wird dadurch ignoriert. Auf der symbolischen Ebene bedeutet eine solche reduktive Zuschreibung von majoritärer Seite[2] die Zurückweisung auf den Status unerwünschter EinwanderInnen ohne Rechte. Und auf der realen Ebene entspricht dies genau jenen Politiken, die mit Gesetzesverschärfungen Aufenthalts-, Arbeits- und BürgerInnenrechte vorenthalten oder wieder entziehen. Wenn ich also den Begriff der MigrantInnen verwende, so tue ich das, um auf deren politische Praxis zu verweisen, auf ihre Forderungen und auf die Notwendigkeit, sich mit diesen auseinanderzusetzen, um gesellschaftliche Veränderungen zu erreichen.
Zweitens muss betont werden, dass ich mich hier auf ein Wissen beziehe, das von MigrantInnen erarbeitet wurde. Ohne dieses Wissen, das ich mir in Diskussionen und Kooperationen mit feministischen Migrantinnen aneignen konnte und kann,[3] hätten die folgenden Überlegungen zu antirassistischer Arbeit wohl kaum formuliert werden können. Allzuoft wird diese Tatsache von majoritären Linken und auch von Feministinnen ausgeblendet, werden Migrantinnen als "Opfer, denen geholfen werden muss" betrachtet und ihre Positionen vereinnahmt, während eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Verstrickung in rassistische Strukturen in den Hintergrund gerät oder sogar ausbleibt.
Nicht zuletzt ist daher die gesellschaftliche Position, aus der ich schreibe, als Teil der Problematik zu sehen, die ich hier diskutieren will. (...)

Als Überschriften der Abschnitte fungieren kurze Zitate
Slogans aus minoritären und majoritären Zusammenhä
die die Fragestellung des jeweiligen Abschnittes auf den F
bringen und zugleich ihre dominante mediale Repräsent
kommentieren.

1. "WIR SIND HIER, WEIL IHR DORT SE

Die gängige Erklärung, MigrantInnen würden einzig auf
von Armut, Verfolgung, Überbevölkerung, oder der stagni
den Wirtschaft ihrer Herkunftsländer in die reichen Indu
staaten kommen, ist nicht nur falsch. Sie blendet auc
komplexen Zusammenhänge aus, die zu Migrationsbewe
gen in diese Länder führen. So stellt die Ökonomietheore
rin Saskia Sassen in ihren Untersuchungen[5] fest, dass
aus allen wirtschaftlich ärmeren Ländern Menschen migri
Migration erfolgt - bei gleichen Ausgangsbedingungen
aus bestimmten Ländern und auch nur in jeweils bestir
Zielländer. Dass und wohin migriert wird, ist demnach
individuelle Entscheidung, sondern wird durch wirtschaft
politische oder kulturelle[6]. Verbindungen und Interakti
motiviert, die zwischen Herkunfts- und Zielland best
Sassen nennt z.B. Direktinvestitionen, militärische Interve
nen oder gezielte Anwerbungspolitiken für die Arbeitsm
der hochindustrialisierten Länder und weist auch auf ei
gehende kulturell-ideologische Einflüsse hin, die si
"Westernisierung" bezeichnet.
Dass Migrationen immer in Bezug auf die spezifischen ök
mischen, politischen und kulturell-ideologischen Inter
und Einflussnahmen der Industriestaaten untersucht w
müssen, haben vor allem feministische Migrantinnen(or
sationen) deutlich gemacht. Sie betonen, dass die versch
nen Faktoren, die zu Migrationen in bestimmte St
führen, nicht nur als Ursachen gedacht werden können.
dadurch lässt sich nicht erklären, warum Migrationen
Veränderungen eines oder mehrerer dieser Faktoren, und
zunehmender Verunmöglichung legaler Einwanderung
Europa weiterbestehen. Die einzelnen Faktoren, ihr Zu
menwirken und ihre Effekte auf Lebens- und Arbeitsbedir
gen in Herkunfts- und Zielländern sind vielmehr als
Struktur zu begreifen. Und diese bildet die Grundlage de
scheidung zur Migration. So schreibt Madjiguene Cissé,
der SprecherInnen der Sans-Papiers in Frankreich:
"Woher kommen wir, die Sans-Papiers von Saint-Ber
Diese Frage wird uns oft und immer wieder gestellt. Fü
war sie am Anfang ohne Relevanz. Doch je mehr wir un
dieser Frage beschäftigten, umso mehr stellte sich
tatsächliche Bedeutung heraus: Wir alle kommen aus eh
ligen Kolonien, die meisten von uns aus westafrikani
Staaten. Dass wir uns in Frankreich befinden, ist kein Z
Unsere Herkunftsländer waren jahrelang mit Frankreich
bunden. Und wenn überlegt wird, auszuwandern, vor alle
Arbeit zu finden, so ist es ganz klar, dass wir uns für Fran
entscheiden. Es heißt, auch von Seiten der französi
Regierung, dass die Beseitigung der Ursachen von Migrat
bewegungen die Lösung wäre. Das bedeutet, Entwicklung
der zu unterstützen, um der Bevölkerung dieser Länd
ermöglichen, die Jobs, die sie brauchen, da zu finden, v
leben. Eine gute Idee. Aber das Gegenteil von dem, was F
reich de facto in Afrika tut. In Senegal fließen französ
Investitionen nicht in die Sektoren, die zu fördern und zu
wickeln sind, sondern in jene, die bereits Gewinne abw
TATAR Fischkonserven gehört französischen Konzernen;

ce Telecom und EDF-GDF (Französische Strom- und Gaswerke) investieren bei hohen Gewinnraten ebenfalls in solche Sektoren. Strukturelle Anpassungspolitiken, die unsere Herkunftsländer langsam erdrücken, sorgen für den entsprechenden Hintergrund: Wir erhalten Kredite unter der Bedingung, dass wir uns in das westliche neoliberale Modell von 'Entwicklung' einfügen. Natürlich funktioniert das nicht. Stück für Stück finden sich unsere Herkunftsländer in zunehmender Verschuldung wieder. Und die Regierungen können nicht gleichzeitig Zinsen zurückzahlen und entwicklungspolitische Maßnahmen finanzieren, auch wenn sie das wollten. Ich sage, auch wenn sie das wollten. Sicher gibt es korrupte afrikanische Politiker, die das Geld aus der Entwicklungshilfe in die eigenen Taschen stecken. Nur muss hier hinzugefügt werden, dass sie das vor den Augen und mit dem Wissen ihrer französischen Berater tun, sogar mit ihrem vollen Einverständnis. Es ist eine Art Trinkgeld für 'gute und loyale Dienste'. Denn Frankreich hat nie aufgehört, afrikanischen Politikern vorzugeben, welche Politiken sie verfolgen sollen. Es kommt nicht von ungefähr, dass es in Dakar und auch in Gabon noch immer französische Militärbasen gibt. Das französische Militär kümmert sich nicht im geringsten um die 'Beseitigung der Ursachen von Migrationsbewegungen.' Sie sind dort, um ebenjene realen ökonomischen Interessen zu wahren, die zugleich die des französischen Neokolonialismus und der afrikanischen Bourgeoisien sind."[7]

Auch die feministischen Migrantinnenorganisationen LEFÖ, FIZ und MAIZ analysieren Migration im Kontext der globalisierten Wirtschaft und der asymmetrischen Nord-Süd-Beziehungen. Der zentrale Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Migration von Frauen aus den Ländern des Südens und Ostens und die Thematik des "Frauenhandels".

"Wenn wir von Frauenhandel und/oder Prostitution von Migrantinnen sprechen, sprechen wir von Frauenarbeitsmigration. Wenn wir von Frauenarbeitsmigration sprechen, dann sprechen wir von einem weltweiten aktuellen System, welches diese Migration erklärt und hervorbringt. Wir sprechen von einer massiven Präsenz von Frauen auf der Suche nach Arbeitsmöglichkeiten in Europa, als Resultat eines internationalen Wirtschaftssystems, das sie nicht bestimmt haben,"[8] schreibt die Philosophin, LEFÖ-Gründerin und -Koordinatorin María Christina Boidi.

In der dominanten Öffentlichkeit wird der Begriff "Frauenhandel" meist mit Zwangsprostitution gleichgesetzt. Migrantinnen werden auf "gekaufte, zur Prostitution gezwunge Frauen" reduziert. Die Entscheidung, im Bereich der Sexarbeit tätig zu sein, wird ihnen abgesprochen. Diese Reduktion ist in mehrerlei Hinsicht problematisch. Erstens verunmöglicht sie die Unterscheidung zwischen den verschiedenen Formen rassistischer und sexistischer Ausbeutung und ein Nachdenken über entsprechende Gegenstrategien. Oder aber werden einzelne Ausbeutungsformen unsichtbar gemacht. So kommen z.B. die menschen- und frauenrechteverletzenden Bedingungen, unter denen illegalisierte Migrantinnen in Privathaushalten arbeiten, in dieser Definition nicht vor. Zweitens führt eine solche Verkürzung dazu, dass "Frauenhandel" als isoliertes Delikt (krimineller Einzelpersonen oder Netzwerke) betrachtet wird, während die staatliche bzw. gesellschaftliche Komplizenschaft mit rassistischer und sexistischer Ausbeutung ignoriert wird. Und drittens hat die Reduktion der "gekauften Frauen" zur Folge, dass Migrantinnen ausschließlich als "zu bedauernde und zu betreuende Opfer" gesehen werden, anstatt als entscheidungs- und handlungsfähige politische Subjekte. Maritza Le Breton, feministische Theoretikerin und Mitarbeiterin des FIZ, formuliert dazu folgendes:

"Es ist uns äußerst wichtig, Begriffe zu verwenden, die der Stigmatisierung von Frauen aus Asien, Afrika, Lateinamerika und Osteuropa entgegenwirken und gleichzeitig ihre Arbeitsleistungen anerkennen und sichtbar machen. Der Begriff des Frauenhandels impliziert einen Opferstatus der betroffenen Frau und degradiert sie zu einem Objekt. Dadurch drohen die Frauen selbst als Subjekte ihrer schwierigen Lebenssituation aus dem Blick zu geraten. Ihre Arbeit - sei es im Sex- oder Haushaltsbereich -, welche sie zur Unterstützung ihrer Familien in den Herkunftsländern leisten, wird unsichtbar gemacht. Der ökonomische Wert dieser Arbeit wird von der Gesellschaft zwar abgeschöpft, aber nicht anerkannt - weder auf der symbolischen Ebene, noch auf der realen. Andererseits erscheinen Männer in der Perspektive der 'Frau als Ware' als 'pure Konsumenten.' Somit wird ihre Verantwortung, u. a. als Händler, Zuhälter, Freier und Kunden im Geschäft ausgeblendet. Es besteht also die Gefahr, dass dieser Erklärungsansatz - gegen seine eigentliche Intention - eine paternalistische und zugleich patriarchale Perspektive beibehält."[8]

2. "FEUER UND FLAMME DEM PATRIARCHAT. DER GRÖßTE ZUHÄLTER IST DER STAAT"[9]

Frauenhandel lässt sich durch restriktive Migrationspolitiken nicht bekämpfen. Im Gegenteil. Der Entzug legaler Einwanderungs-, Aufenthalts- und Arbeitsrechte ermöglicht genau jene Bedingungen, die die Struktur des Frauenhandels funktionsfähig und ökonomisch lukrativ machen. So ist z.B. eine der wenigen Möglichkeiten, legalen Aufenthalt zu bekommen, die Heirat mit einem österreichischen[10] Staatsbürger. Doch bindet der Staat das Aufenthaltsrecht der Frau 4 Jahre lang an das Bestehen der Ehe. Frauen, die mit sexueller Gewalt konfrontiert sind, haben somit keine Möglichkeit, sich scheiden zu lassen und gegen den Mann strafrechtlich vorzugehen. Denn dies würde den Entzug ihres Aufenthaltsrechtes und in weiterer Folge Illegalisierung und/oder Abschiebung bedeuten. Die Komplizenschaft des Staates mit Ausbeutern, Zuhältern und Vergewaltigern wird hier evident. Durch die gesetzliche Bindung der Rechte der Migrantin an den Staatsbürger wird Gewalt privatisiert. Ausbeutung, Abhängigkeit, Zwangs- und Gewaltsituationen werden dadurch nicht nur legitimiert. Sie werden auch zu lukrativen Geschäftszweigen, die der Staat (mit)organisiert und (mit)subventioniert. Jede Illegalisierung einer Migrantin investiert in die Ausbeutungspraktiken von Unternehmern, die so weder Sozial-, Kranken- oder Unfallversicherungsbeiträge zahlen müssen, oder den Frauen sogar ungestraft Lohngelder vorenthalten können. Jede Abschiebung einer Migrantin, die von Frauenhandel betroffen ist, fördert die Händler und Vermittlungsagenturen in den Herkunfts- und Zielländern, die auf diese Weise doppelte Gewinne verbuchen können. Denn die Abschiebung macht nicht nur den Weg frei, und aufgrund unveränderter Ausbeutungsbedingungen lukrativ, für die Vermittlung der nächsten Migrantin nach Westeuropa. Sie ermöglicht überdies den Vermittlern im Herkunftsland, von den Frauen auch nach ihrer Rückkehr die Zahlung angeblich entstandener Schulden zu erpressen.

Frauenhandel lässt sich demnach erst bekämpfen, wenn Migrantinnen politische und soziale Rechte erhalten, nicht aber mit einer restriktiven Immigrationspolitik. Denn nur Aufenthalts- und Arbeitsrechte einschließlich aller sozialen Schutzbestimmungen (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Arbeitnehmerinnenschutz) sowie umfassende Bürgerinnen-

rechte (aktives und passives Wahlrecht) demontieren die Strukturen rassistischer bzw. sexistischer Ausbeutung und Unterdrückung. Sie geben den Frauen die Möglichkeit, im Bereich der Sexarbeit oder im Haushaltsbereich unter Bedingungen zu arbeiten, die den Menschen und Frauenrechten entsprechen. Oder sie ermöglichen ihnen die Entscheidung, in einem anderen Arbeitsbereich tätig zu werden. (...)

Wie partizipieren nun Frauen der Mehrheitsgesellschaft an der rassistischen und sexistischen Diskriminierung bzw. Ausbeutung von Migrantinnen? Vor dem Hintergrund der Thematik des Frauenhandels ist festzuhalten, dass frauenspezifische Dienstleistungen in den westlichen Industriestaaten vermehrt an Migrantinnen delegiert werden. Frauen des Westens wollen oder müssen diese traditionell Frauen zugewiesenen Reproduktionsarbeiten, u.a. aufgrund von strukturellen Frauenförderungsprogrammen, zunehmend nicht mehr leisten. Oder aber ihre Arbeitsleistung ist Unternehmern aufgrund von (wenn auch geringfügigen) arbeitnehmerinnenrechtlichen Schutzbestimmungen zu teuer. Anna Kowalska weist darauf hin, dass dies die "tatsächlichen Geschlechterverhältnisse in der westlichen Welt ausblendet" und so die "Illusion der Gleichberechtigung und der Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau in den sogenannten Privathaushalten" aufrechterhält[11]. Die Arbeit illegalisierter Migrantinnen in österreichischen Haushalten, im Reinigungsgewerbe und anderen traditionell Frauen zugeschriebenen Bereichen ist demzufolge als Delegation von Reproduktionsarbeit zu begreifen - als Emanzipation der weißen weiblichen Bourgeoisie, ermöglicht durch die rassistischen und sexistischen Strukturen ihres Staates, ihrer Gesellschaft.

Dass asymmetrische Machtverhältnisse, die zwischen VertreterInnen der Dominanzgesellschaften und MigrantInnen bestehen, in gemischten, antirassistischen Kontexten selten zum Thema gemacht werden, ist angesichts der patriarchalen Strukturen, die dort herrschen, kaum verwunderlich. Doch auch feministische Gruppen reflektieren noch nicht genug, inwiefern sie von der Rechtlosigkeit der Migrantinnen profitieren und dadurch rassistische Staatspolitiken mittragen. So berichtet die Volkswirtin und Pädagogin Annita Kalpaka von einer Veranstaltung mit dem Titel "Rassismus als Thema für Feministinnen", in der sie für eine rechtliche Gleichstellung von EinwanderInnen als notwendige Voraussetzung für gesellschaftliche Veränderung argumentierte:

"Diese Aussage stieß auf Kritik seitens sich als radikalfeministisch definierender Frauen, die in einer solchen Gleichstellung eine Stärkung des 'türkischen Patriarchats' in der BRD sehen. Es wurde argumentiert, die geforderte Gleichstellung die mit der Gewährung des Wahlrechts und der Verfestigung des aufenthaltsrechtlichen Status dieser 'Machos' einherginge, stärkte deren Position. 'Solche Männer' würden dann aus besseren Positionen heraus ihre Frauen weiterhin unterdrücken können, sie womöglich zum Verschleiern zwingen und - was nicht explizit gesagt wurde, aber doch anklang - vielleicht auch eines Tages deutsche Frauen verschleiern wollen. Das hiesige Patriarchat schneidet wieder mal gut ab. Jener Staat, dem feministische Frauen das Recht und die Kompetenz absprechen, über sie, über ihren Körper, ihre Gebärfähigkeit etc. zu bestimmen, gegen den sie explizit kämpfen, erscheint in diesem Fall als willkommener Verbündeter; er soll eingreifen, Rechte verweigern, abschieben, um feministische Positionen und Errungenschaften zu garantieren (wenn wir schon 'unsere' Männer nicht abschieben können, dann wenigstens die fremden)."[12]





Ein Hauptgrund, warum Frauen, die sich als Feministinnen bezeichnen, solche Positionen vertreten, liegt meines Erachtens in einem humanistischen Verständnis von Antirassismus, d.h. jenem paternalistischen Ansatz antirassistischer Arbeit, der MehrheitsvertreterInnen als engagierte UnterstützerInnen und MigrantInnen als zu betreuende Opfer denkt. Selbst wenn Migrantinnen an majoritären feministischen Initiativen beteiligt sind, wird ihre Partizipation in diesen oft auf bestimmte Tätigkeitsfelder, Themenbereiche oder Positionen reduziert. So kritisieren feministische Migrantinnen immer wieder, dass sie als "Rassismusexpertinnen" eingebunden werden, die Zusammenarbeit jedoch nicht fortgeführt wird, wenn es um sogenannte "allgemeinere" Themen geht.[13] Einerseits bedeutet eine solche Konzeption von "Beteiligung" die Fortsetzung paternalistischer Bevormundung. Andererseits wird dadurch auch die Illusion eines Außerhalb rassistischer Strukturen gefestigt. Dieses Außerhalb existiert nicht. Jede majoritäre Feministin, die es für sich beansprucht, stärkt damit ihre privilegierte gesellschaftliche Position und kommt gleichzeitig der rassistischen Politik ihres Staates, ihrer Gesellschaft entgegen. Denn Rassismus wird von offizieller Seite gerne individualisiert, als etwas dargestellt, das nur mit einer Einstellung, einer Haltung von Einzelpersonen zu tun habe.
Ein weiteres Hindernis für eine antirassistische feministische Politik ist die Fiktion von "Gleichheit" oder "Gleichberechtigung" in Kooperationen zwischen Migrantinnen und Mehrheitsösterreicherinnen. Denn die Asymmetrien und Ungleichheiten, die die Mehrheitsgesellschaft strukturieren, wirken auch auf Mikrozusammenhänge. So lassen sich die Privilegien, über die majoritäre Frauen verfügen, nicht individuell abgeben. Ein Beispiel zweier Frauen mit gleicher Ausbildung und Qualifikation: Die eine kann, aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft, ihres Weiß-Seins eine Karierre an der Uni durchlaufen. Die Arbeitsmöglichkeiten der anderen werden, aufgrund ihres Migrationshintergrunds, ihres Nicht-Weiß-Seins auf die Arbeit in einer Beratungsstelle begrenzt. (...)

3. "ES GEHT HIER WIRKLICH NICHT UM HARMONIE. WIR SIND NICHT DA, UM HARMONISCHE TREFFEN ZWISCHEN MIGRANTINNEN UND MEHRHEITSÖSTERREICHERINNEN ZU VERANSTALTEN. ES GEHT UM KONFRONTATION. ABER UM LUSTVOLLE AUCH."[14]

In Deutschland haben sich bereits vor einigen Jahren mehrere FrauenLesbengruppen zur Unterstützung illegalisierter Migrantinnen und ihrer Kinder zusammengeschlossen. Sie unterstützen die Frauen bei der Arbeitssuche, stellen Wohnungen zur Verfügung, vermitteln Kontakte zu ÄrtzInnen und AnwältInnen, begleiten Frauen bei Behördengängen, kämpfen um Bezahlung des vorenthaltenen Lohns und gegen sexuelle Gewalt durch den Arbeitgeber. Die Entscheidung, ein überregionales FrauenLesbenbündnis zur Unterstützung illegalisierter FrauenLesben zu gründen, wird im Aufruf des FrauenLesbenbündnis Berlin folgendermaßen formuliert:
"Als Teil eines Kampfes gegen die weltweiten Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse halten wir antirassistische Arbeit auch in Form konkreter Alltagssolidarität für notwendig. Unsere Priorität liegt auf der Unterstützung von FrauenLesben, da unser politischer Ansatzpunkt immer auch der Kampf gegen sexistische Ausbeutung und Unterdrückung ist. Daher ist für uns der Sexismus, der illegalisierten Frauen neben rassistischer Unterdrückung entgegenschlägt, ein wesentlicher Grund, ausschließlich Frauen zu unterstützen."[15]
Neben der materiellen Unterstützung ist ein zentraler Anspruch der FrauenLesbengruppen das Fördern der Selbstorganisation der illegalisierten Frauen. Zudem arbeiten sie an Kontakten und Kooperationen mit feministischen Migrantinnenorganisationen. Dies erfordert auch eine permanente Auseinandersetzung mit Unterstützungsarbeit. Konkret bedeutet dies z.B. die Diskussion darüber, in welchem Verhältnis praktische Unterstützung und politische Arbeit stehen: "Geht durch die intensive Beratung und Betreuung unsere politische Position neben den Interessen einzelner Migrantinnen verloren? Und ist nicht jede von uns bestimmte Position schon deshalb problematisch, weil sie aus einer ganz klar privilegierten Situation gefasst wird?"[16]
Dass die Repräsentation von Migrantinnen in FrauenLesbeninitiativen Grundvoraussetzung für antirassistische Politik ist, ist klar. Doch stellt sich nicht nur die Frage nach dem Verhältnis von majoritären zu minoritären oder von lesbischen zu normativ heterosexuellen Frauen. Es steht vielmehr zur Debatte, wie Differenzen zwischen Frauen ausverhandelt werden und welche Politikformen aus dieser Auseinandersetzung mit den 'großen Maßstäben', der majoritären und der heterosexuellen Position in der Gesellschaft, resultieren.
Bleibt die Frage, wie nun eine Politikform aussehen könnte, in der die politischen Kämpfe und Forderungen der Migrantinnen, der Lesben den Majoritären, den Heteras nicht nur Thema oder Bezugspunkt sind, sondern grundlegend für die Struktur einer gemeinsamen Praxis. Und welche Strategien für konkretes antirassistisches Handeln im Alltag lassen sich in dieser Politikform dann entwerfen? Hierzu kann und will ich an dieser Stelle keine weiteren Überlegungen formulieren. Denn es ist schon Gratwanderung genug, in einem gemischten antirassistischen Kontext über FrauenLesbenMigrantinnenpolitiken nachzudenken, für eine Leserschaft, die vermutlich vor allem weiß, männlich und heterosexuell ist. In feministischen Kontexten, in minoritären wie majoritären, wurde viel über Vereinnahmung und Verwertung jeweils spezifischen Wissens diskutiert. Jedes Sichtbarmachen bestimmter politischer Praxen verlangt eine Entscheidung darüber, in welcher Öffentlichkeit und welcher Form dies sinnvoll ist. Anstatt einer Antwort daher zwei Statements:

Im Aufruf des FrauenLesbenbündnis Berlin werden gemischte antirassistische Kontexte folgendermaßen angesprochen: "Es ist notwendig, dass sich möglichst viele Gruppen für eine solche Arbeit entscheiden, z. B. fänden wir es wichtig, dass gemischte Gruppen neben Frauen auch Familien und Männer unterstützen. Die Unterstützungsarbeit kann perspektivisch nur etwas bewirken, wenn sie sich als Teil eines umfassenden Kampfes gegen Rassismus und Sexismus versteht und als solcher verstanden wird."[15]

Und auf die Frage nach ihren Forderungen an MehrheitsösterreicherInnen, antwortet Tania Araujo, feministische Theologin und eine der Gründerinnen von MAIZ:

"Jahrelang habe ich als Marxistin geglaubt, wir müssen immer etwas befehlen. Ich habe jahrelang von anderen verlangt 'du musst das', 'du sollst das'. Und das ist nicht nur politisch naiv sondern auch so moralistisch. Heute möchte ich das nicht mehr. Sie müssen selber Entscheidungen treffen, agieren und handeln. Ich übe gerne meine Kritik, aber mehr nicht."[17]

Anmerkungen:

1) Collette Guillaumin: "Racism, Sexism, Power and Ideology", London/New York 1995, S. 222-223. (Von mir gekürzt und frei aus dem Englischen übersetzt)
2) MehrheitsösterreicherInnen, Mehrheitsgesellschaft, Majoritäre: Der Begriff "mehrheitsösterreichisch" ist die lokale Übersetzung des Begriffs "mehrheitsdeutsch," den FeMigra (Feministische Migrantinnen, Frankfurt) in: "Wir, die Seiltänzerinnen. Politische Strategien von Migrantinnen gegen Ethnisierung und Assimilation." In: Gender Killer. Texte zu Feminismus und Politik, Cornelia Eichhorn / Sabine Grimm (Hg.), Berlin 1994, S. 63 begründet.
3) Ich verwende hier bewußt das harte Wort "Aneignung" um deutlich zu machen, dass jedes von MigrantInnen gelernte Wissen Majoritären beruflich und karierretechnisch nützt.
4) Den Satz "Wir sind hier, weil ihr dort seid" habe ich dem Folder des Alternativkongresses zum G8-Gipfel in Köln am 17. Juni 1999 entnommen. Informationen zu diesem Kongress über Bündnis Köln 99, Körnerstr. 69, D-50823 Köln.
5) Siehe dazu: Saskia Sassen: "The mobility of Labor and Capital. A Study in international investment and labor flow", New York 1988; Saskia Sassen: "Migranten, Siedler, Flüchtlinge. Von der Massenauswanderung zur Festung Europa", Frankfurt/M 1996.
6) Ich beziehe mich hier auf eine im englischsprachigen Raum erarbeitete Definition von Kultur: Kultur wird als etwas in Bewegung befindliches gedacht, wenn auch als Resultat spezifischer historischer Bedingungen, die Leben, Arbeit, Liebe und Politik von Frauen, Kindern, Jugendlichen, Männern in einer Gesellschaft bestimmen. Damit grenze ich mich von einem, vor allem im deutschsprachigen Raum gängigen, rassistischen Kulturbegriff ab, der Kultur als etwas gegebenes, fixiertes begreift, das aus einer bestimmten Nationalität oder Herkunft hervorgehe und unveränderbar sei.
7) Madjiguene Cissé: "The Sans-Papiers. A Woman draws The First Lessions", in: "Staatsarchitektur", S. 54-63. Zitat auf S. 55f. (Frei übersetzt aus dem Englischen und gekürzt von mir)
8) Für eine umfassende Auseinandersetzung mit Thematik und Begrifflichkeit des "Frauenhandels" siehe: Maria Christina Boidi: "Wenn wir von Frauenhandel sprechen, sprechen wir von Frauenarbeitsmigration", S. 18-24, und: Maritza Le Breton: "Globalisierung frauenspezifischer Dienstleistungen", S. 208-219, in: "Staatsarchitektur". Zitate auf S. 19, S. 211. (Das Zitat von Maritza Le Breton wurde von mir gekürzt)
9) Dieser Satz, der sich vor dem Hintergrund des Frauenhandels und der Frauenarbeitsmigration als äußerst treffend erweist, war eine der Parolen des Lesbenblocks bei der Frauendemo am 8. März 1998.
10) Dies trifft ebenso auf Deutschland und die Schweiz zu.
11) Anna Kowalska: Ergänzung des Textes "Wenn wir von Frauenhandel sprechen, sprechen wir von Frauenarbeitsmigration", in: "Staatsarchitektur", Zitate auf S. 21, S 19.
12) Annita Kalpaka: "Die Hälfte des geteilten Himmels: Frauen und Rassismus", in: Olga Uremovic, Gundula Oerter (Hg.):"Frauen zwischen Grenzen. Rassismus und Nationalismus in der feministischen Diskussion", Frankfurt/M, New York 1994, S 33-46. (Von mir gekürztes) Zitat auf S.43f.
13) Siehe dazu diverse Schriften von Hito Steyerl, u.a: "Eliminatorischer Exotismus. Besserweissi fuck off", in: Zweite Hilfe, Frühjahr '97, S 37-39, sowie: "über jemand reden", ein Gespräch zwischen Hito Steyerl und Helmut Draxler, in: springer, Hefte für Gegenwartskunst, Band III, Heft 2, Juni-September 1997, S34-38.
14) Diese Aussage der Dichterin und MAIZ-Mitbegründerin Rúbia Salgado ist einem Gespräch zwischen MAIZ und Klub ZWEI entnommen, das für ein Video-, CD- und Plakatprojekt mit dem Titel "Arbeit an der Öffentlichkeit" aufgenommen wurde.
15) Aufruf des FrauenLesbenbündnis Berlin, S. 228-229, in: "Staatsarchitektur", Zitate auf S. 228, S. 229.
16) "FrauenLesben zur Unterstützung illegalisierter FrauenLesben", S. 224-228, in: "Staatsarchitektur", Zitat auf S. 226.
17) Diese Aussage von Tania Araujo wurde ebenfalls im Kontext von "Arbeit an der Öffentlichkeit" aufgenommen (und von mir gekürzt).

DANKESC
FÜR DISKUSSIONEN, KRITIK UND UNTERSTÜTZUNG
SCHREIBEN DIESES TEXTES TAUSEND DANK A

KONT
FRAUEN
HETZGASSE
1030
TEL 01/715 9
EMAIL FRAUENHETZ@T0.

HINW
DER HIER STELLENWEISE GEKÜRZTE TEXT WURDE
SCHWERPUNKTNUMMER "FLUCHT.HILFE" DES TATBLATT
OKTOBER 1999 ENTNOMMEN. TATBLATT FINDET IH



IMAGE IST ALLES

"KEIN MENSCH IST ILLEGAL" VERSUS LUFTHANSA

G. S.

Als die Kampagne kein mensch ist illegal Mitte März die Kampagne deportation.class – gegen das Geschäft mit Abschiebungen startete und dabei vorranging die Deutsche Lufthansa AG ins Visier nahm, konnte niemand ahnen, mit welch wenig Aufwand die größte deutsche Fluggesellschaft unter Druck zu setzen sein würde. Inzwischen ist für die Lufthansa der Imageschaden so groß, daß sie mit dem Bundesinnen- und Bundesverkehrsministerium über einen kompletten Rückzug aus dem Abschiebesektor verhandelt, wie Vorstandsvorsitzender Weber auf der Hauptversammlung der Lufthansa am 15. Juni 2000 bekanntgab. Medienvertreter bezeichneten die Auswirkungen der Kampagne gar als „Brent Spar" der Lufthansa.

Anfänglich gab es noch viel Skepsis unter den AktivistInnen. Könnte nicht alles noch schlimmer werden, wenn die Lufthansa aus dem Geschäft ausstiege? Würden dann nicht vermehrt Charterflüge genutzt werden oder gar Abschiebungen in Militärmaschinen erfolgen? Und würde es dann nicht noch schwieriger werden, Abschiebungen zu verhindern oder wenigstens zu beobachten? Eine Analyse der aktuellen Situation ergab, dass die Lufthansa für die Durchsetzung von Abschiebungen eine immens wichtige Rolle spielt. Die Lufthansa stellte ihre Flugverbindungen in die ganze Welt willig zur Verfügung und machte sich zum Handlanger der Abschiebepolitik, ohne weiter nachzufragen. Kein Zufall, dass sich beide Todesfälle bei Abschiebungen aus Deutschland – Kola Bankole 1994 und Aamir Ageeb 1999 – in LH-Maschinen ereigneten. Die Abschiebung in Chartermaschinen macht demgegenüber nur einen geringen Teil aus. Zwar erfolgten beispielsweise im Jahr 1997 40 % der Abschiebungen aus Bayern mittels Charterflügen. Jedoch entfallen diese 40 % fast gänzlich auf Abschiebungen nach Rumänien und Jugoslawien sowie Vietnam; Ländern also, mit denen Rückübernahmeabkommen bestehen, in denen Sammelabschiebungen vorgesehen sind. Ein Monitoring auf dem Münchner Flughafen ergab, dass die Tendenz zu Sammelabschiebungen stark rückläufig ist: zu oft kehrten Maschinen zurück, z.B. weil die (Billig-)Fluggesellschaften Schulden bei den Zielflughäfen hatten und deshalb nicht landen konnten. Gerade bei der Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern ist zudem die Effektivität zweifelhaft. So flog am 13.07.00 eine Chartermaschine von München nach Hanoi mit nur 20 statt der vorgesehenen 59 Passagiere – die übrigen hatten Folgeanträge gestellt oder waren von der Polizei nicht zuhause angetroffen worden. Die genannte Zahl von 10.000 Abschiebungen jährlich mit der Lufthansa, das entspricht einem Drittel aller Abschiebungen aus Deutschland ist also durchaus realistisch. Hinzu kommen Abschiebungen aus anderen europäischen Ländern, insbesondere aus Schweden, Frankreich und Großbritannien. Die Lufthansa zum Ausstieg aus dem Abschiebungsgeschäft zu zwingen, würde damit zu Reibungsverlusten ungeahnten Ausmasses führen.

Doch auch die Auswirkungen auf andere Fluglinien dürften nicht zu unterschätzen sein. Imageverschmutzungskampagnen laufen auch gegen die holländische KLM, gegen British Airways und gegen Air France. Der Start einer Kampagne gegen die spanische Iberia ist in Vorbereitung. Die Kampagnen sind über die Plattform http://www. deportation-alliance.com, über mailinglisten und selbstverständlich auch über persönliche Kontakte miteinander vernetzt. Dies ist den Gesellschaften nicht verborgen geblieben. Eine in Deutschland und England im August 00 gestartete Einzelfallkampagne gegen die Abschiebung eines irakischen Kurden mit Lufthansa von London nach München führte dazu, dass, nachdem Lufthansa dazu gebracht werden konnte, den Transport zu verwei British Airways nachzog und den gebuchten Ersatzflug nierte. Die Kampagnen gegen Lufthansa und KLM w durchaus auch von anderen Gesellschaften als Bedro empfunden.

Trotz dieser Bedeutung der Linienfluggesellschaften fü Umsetzung der Abschiebepolitik stellt sich die Frage, w sich der Protest gegen ein Privatunternehmen richtet nicht gegen den Staat. Die Lufthansa verteidigt sich gege Kampagne immer wieder mit dem Argument, sie sei sch lich nicht verantwortlich für die Abschiebungen. Dieses ment ist natürlich nicht falsch, liegt aber neben der Sach zeigt, dass die Lufthansa die Kampagne nicht verstander Es geht nicht um Schuldzuweisungen, sondern um einen lichst effektiven Angriff gegen das Abschiebesystem. Un schwächste Glied ist dabei nunmal die Privatwirtschaft mag Pech für die Lufthansa sein, Mitleid hat sie wegen menschenfeindlichen Geschäftspolitik dennoch nicht ver Selbstverständlich ist aber, daß die Kampagne deporta class nur ein kleiner Teil des Kampfes gegen Abschiebu und für ein Bleiberecht sein kann. Sie steht gleichberec neben anderen Tätigkeitsschwerpunkten des Netzwerks mensch ist illegal: den Aktionen gegen das Grenzregim Unterstützung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus un politischen Praxis gegen die Abschiebepraxis der Länder. hat es die Kampagne deportation.class geschafft, den Be dungszusammenhang zwischen der Situation in den kunftsländern und der Forderung nach einem Abschieb stopp – dem unsäglichen „Abschiebung ist Folter, Abschie ist Mord ......" – zu verlassen. Die Kampagne gegen die Fl sellschaften setzt sich damit von der Argumentation un Praxis einiger Gruppen sowohl innerhalb des Netzwerke mensch ist illegal, als auch einigen Karawanegruppen, die schließlich die behauptete Rückkehrgefährdung bemühe eine Abschiebung zu verhindern oder den Widerstand b Abschiebung zu legitimieren. Als Beispiel sind die Texte dem Tod Aamir Ageebs zu nennen: „Aus Angst, das Sch seines Bruders zu teilen, der als politischer Häftling im S im Gefängnis sitzt, wehrte sich Ageeb verzweifelt gegen Abschiebung" ist da zu lesen, obwohl kein Mensch weiß, um sich Ageeb wehrte und ob sein Bruder wirklich im Ge nis sitzt. Ein weiteres Beispiel auch die Forderung des derkirchenasyls nach einem Abschiebestop für KurdInne der Türkei, die gleichfalls ausschließlich mit der Repressio türkischen Staates begründet wurde. Diese Argumentat muster wurden innerhalb der deportation.class-Kamp endlich aufgegeben. Abschiebung ist ein schmut Geschäft – egal, ob es sich um die Abschiebung eines F lings oder eines illegalen Arbeitsmigranten handelt.

Die Kampagne ist damit zwar offensiver als viele andere rassistische Aktivitäten, löst jedoch gleichwohl den Ans nicht ein, den der Aufruf „Kein Mensch ist illegal." im 1997 formulierte: „Jeder Mensch hat das Recht, selbst zu scheiden, wo und wie er leben will", lautete die zentrale sage des Aufrufs. Das Verhindern von Abschiebungen is ein kleiner Schritt im Kampf um Freizügigkeit. Oder ein l Rückzugsgefecht, nachdem Bleiberechtskämpfe verloren gar nicht erst geführt worden sind?

Natürlich hat die deportation.class-Kampagne wenig m „Brent-Spar"- Kampagne von Greenpeace gegen den Konzern zu tun. Bei dieser Kampagne handelte es sich u Boykott-Kampagne, Konsumenten wurden dazu aufge nicht mehr bei Shell zu tanken. Eines solchen Aufrufes e



sich die deportation.class-Kampagne derzeit bewußt. Zum einen, weil das Ergebnis einer solchen Kampagne nicht meßbar wäre, bzw. sich ausschließlich nach den Angaben des Kampagnengegners richten würde. Zum anderen, weil der Ruf eines Unternehmens wirtschaftlich viel entscheidender sein kann als die getätigten Umsätze. Tatsache ist, daß der Aktienkurs der Lufthansa AG nach der schlechten Presse-Berichterstattung über die Hauptversammlung im Juni 2000 gefallen ist. Ob dies mit der erreichten Medienöffentlichkeit zusamenhängt, wird nicht nachweisbar sein, tatsächlich spricht aber einiges dafür.
Bei der Kampagne gegen die Lufthansa handelt es sich in erster Linie um eine Imageverschmutzungskampagne, vergleichbar der clean-clothes-Kampagne gegen Nike. Die Kampagne setzt daran an, daß das, was Lufthansa dem Kunden zu bieten hat, letztlich nichts Besonderes ist. Einen Flug von hier nach dort bieten zum gleichen Preis und Komfort auch andere Gesellschaften an. Es ist vor allem das Image der Sicherheit, der Zuverlässigkeit und des Komforts, welches Passagiere dazu veranlaßt, einen Flug der Lufthansa zu buchen. Dieses positive Bild versucht die Kampagne aufzubrechen. Ziel ist es, die Assoziation Lufthansa = Sicherheit und Komfort zu ersetzen durch Lufthansa = Abschiebung. Ob die Kunden dann tatsächlich eine andere Fluglinie wählen werden, wissen wir genausowenig wie die Lufthansa selbst. Entscheidend ist, daß der Lufthansa-Vorstand - und mit ihm tausende Anleger - dies befürchten muß. Dass die Assoziation teilweise schon vorhanden ist, zeigen die Pressreaktionen auf die Farbbeutelwürfe auf das Haus des Vorstandsvorsitzenden Jürgen Weber im März 00. Als ob es nicht noch genügend andere Gründe für eine solche Aktion, wie z.B. den von Lufthansa forcierten Ausbau des Frankfurter Flughafen gäbe, stellte die Presse die Farbbeutelwürfe schneller in einen Zusammenhang mit der Abschiebepraxis der Lufthansa, als die Ausführenden ihre Erklärung dazu verfassen konnten. Und dies wohlgemerkt noch vor dem Start der deportation.class-Kampagne.
Mittel der Imageverschmutzung sind Aufklärung und Kommunikationsguerrilla. So startete die Kampagne mit einer in hoher Auflage produzierten Kampagnenzeitung, die an Infotischen und Aktionen verteilt wurden. Zugleich tauchten an allen Flughäfen und in vielen Lufthansa-Reisebüros professionell gestaltete Flyer auf, den offiziellen Werbemitteln der Lufthansa täuschend ähnlich. Damit wurde ein neues Angebot der Lufthansa beworben: die Deportation Class mit um 30 % ermäßigten Preisen in Flugzeugen, in denen Abschiebungen stattfinden. Die Telefone der Buchungszentrale liefen heiß, es hagelte Beschwerden ob dieser Geschmacklosigkeit, aber auch Buchungswünsche gingen bei den verwirrten MitarbeiterInnen ein. Unter denen, die sich über das Sonderangebot empörten, war auch die stellvertretende Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Frau Knobloch. Mit einer daraufhin einberufenen Pressekonferenz und schnell verfaßten Presseerklärungen weckte die Lufthansa das Medieninteresse und spielte somit ungewollt das Spiel der Kampagne. Die Lufthansa stellte dabei die völlig aus der Luft gegriffene Behauptung auf, sie führe seit Juni 99 keine Abschiebungen gegen den Widerstand - später erweitert als „erkennbarer Widerstand" der Betroffenen mehr durch. Auf diesbezügliche Nachfragen mußte sie aber einräumen, daß eine solche neue Geschäftspolitik den Piloten nicht bekanntgemacht worden sei. Das ist sie übrigens bis heute nicht. Weiterhin steht es im Ermessen des Flugkapitäns, eine Abschiebung aus Sicherheitsgründen abzubrechen - allerdings scheint es heute meist auszureichen, verbal Widerstand anzukündigen. In anderen Fällen brach Lufthansa bekanntgewordene Abschiebeversuche auch s aufgrund Protests von außen ab.
Die Flyer waren aber nicht das einzige Fake, wiewohl erfolgreichste. Werbeplakate und Plastiktüten wurden druckt, falsche Lufthansa-„FlugbegleiterInnen gegen Absc bungen" traten in Erscheinung, die AktionärInnen wurde einem „Investor Info" vor einem großen Schaden durch v elle Protestformen gewarnt und auf der Hauptversamm traten zwei AktivistInnen als ernsthaft besorgte Kleinakti re auf. Aber auch traditionelle Protestformen wurden a wandt: Flughafenaktionen an allen Abschiebeflughäfen, I stände vor Lufthansa-Reisebüros und Aktionen vor Luftha Ausbildungszentren (siehe: http://www.deportation-allia com).
Es wird deutlich, dass die Lufthansa unter der Kampagne det und sich keinen Fall von Gewaltanwendung mehr le kann. Aus Kreisen des hessischen Innenministeriums wa hören, dass Lufthansa kein verläßlicher Pertner mehr sei, c häufig Abschiebungen nicht durchgesetzt werden könı Dies ist sicherlich als Teilerfolg der Kampagne zu werten politischen und finanziellen Kosten der Abschiebungen ste damit drastisch. So mußte die Hamburger Ausländerbeh 200.000 DM aufwenden, um fünf Männer aus Togo, Ni und Burkina-Faso in gecharterten Lear-Jets auszufliegen kürzlich bekanntwurde. In einer Diskussion, in der Migra zunehmend auch unter wirtschaftlichen Aspekten disku wird, werden solche drastischen Maßnahmen auf Dauer ı durchsetzbar sein. Als weiteren Erfolg kann kein mensc illegal verbuchen, daß Thema Abschiebungen durch eine andere Herangehensweise in die Medien gebracht zu ha Nicht humanitäre Aspekte weckten die Neugier sondern Professionalität und Dreistigkeit.
Durch das öffentliche Zurückweichen der Lufthansa is Sache nicht eben einfacher geworden. Als Jürgen Webe der Hauptversammlung selbst das Wort „Zwangspassagier den Mund nahm und ankündigte, die Lufthansa verha bereits mit dem Innenminsterium über den völligen Aus aus dem Abschiebegeschäft, herrschte Totenstille unter Aktionären im Saal. Damit stellte sich der Vorstand ja plöt auf die Seite derer, deren Abschiebung nach Nordkorea eben noch gefordert hatte! Gemeinsame Sache mit den C ten? Nach außen ja. Mit dem Vorspiegeln scheinbar gem samer Interessen versucht die Lufthansa, der Kampagne Wind aus den Segeln zu nehmen. Doch bisher redet die hansa nur. Einen Antrag auf Befreiung von der Beförderu pflicht hat sie nicht gestellt, obwohl sie es könnte. Und si auch nicht ausprobiert, was geschehen würde, wenn sie weigerte, Zwangspassagiere zu befördern. Kein mensc illegal wird deshalb den Druck auf die Lufthansa w erhöhen - durch reale und virtuelle Protestformen, c gezielte Verunsicherung der Aktionäre und durch das Sch von Unruhe unter dem Lufthansa-Flugpersonal. Vor allem wird sich kein mensch ist illegal die guten Kontakte zu Ak stInnen in anderen europäischen Ländern und den USA zu ze machen und der Lufthansa weltweit zusetzen.



EINIGE ANMERKUNGEN ZUM EXPO-WIDERSTAND

TEIL 2

H. BAUER

Ging es in Teil 1 vor allem noch einmal um die Darstellung unserer ursprünglichen Ziele und Absichten und die Feststellung, dass sich davon nicht gar so viel hat verwirklichen lassen, folgt nun, was folgen muss: der Versuch , ein paar Ursachen dafür zu benennen um aus dem EXPO-Widerstand für zukünftige Kampagnen, die eigentlich auch gar keine Kampagnen werden sollen, vielleicht ein paar Lehren ziehen zu können.

ZU KONKRET UND ZU ABSTRAKT

Unser Ziel, die EXPO zu nutzen, um eine teilbereichsübergreifende Strategiedebatte der linken Bewegung anzuschieben, haben wir - wie in Teil 1 gezeigt - offensichtlich verfehlt. Das Spektrum derjenigen, die sich an den bundesweiten Treffen beteiligten, wurden im Laufe der Zeit nicht größer, sondern kleiner - und zwar nicht nur von der Anzahl, sondern auch von der politischen Ausrichtung her.
Inzwischen sind wir in der Anti-EXPO-AG in Hannover der Meinung, dass es vielleicht doch keine so gute Idee war, die EXPO als Aufhänger der Diskussion um Strategien und Perspektiven einer veränderten emanzipatorischen Praxis zu wählen. Denn das bedeutete eine ziemliche »Doppelbelastung«: Zum einen mussten wir erst einmal erklären, was das überhaupt ist (die EXPO, das unbekannte Wesen), wer dort was ausstellt und welche Funktion diese Veranstaltung hat. Das meinen wir, ist dem EXPO-Widerstand insgesamt noch recht gut gelungen. Zum anderen, und das haben wir in der Tat vernachlässigt, hätten wir uns viel stärker mit dem eigentlichen Ziel auseinandersetzen müssen, nämlich der Organisierung der linken Perspektivdebatte, hätten uns viel mehr Gedanken darüber machen müssen, welche Voraussetzungen diese erfordert, in welcher Form diese geführt werden soll und wie dafür überhaupt Interesse geweckt werden kann. Das blieb völlig abstrakt, entsprechende Versuche solcher Diskussion waren zu wenig vorbereitet. Hier haben wir die Schwerpunkte falsch gesetzt, indem wir uns auf ziemlich detaillierte Erläuterungen hinsichtlich der Veranstaltung EXPO als solcher konzentriert haben.
Das hatte selbstverständlich Auswirkungen darauf, wer sich für das Thema begeistern konnte und wer eben nicht. In den bundesweiten Treffen setzten sich letztlich diejenigen durch, die den Schwerpunkt auf Aktionen gegen das konkrete Ereignis EXPO legten. Der »Aufhänger« EXPO rückte zunehmend in den Mittelpunkt und es ging vor allem um Widerstand gegen diese Veranstaltung, was sich auch in der Wortwahl niederschlug:
Plötzlich hieß es wieder »EXPO angreifen«, »EXPO lahmlegen« oder gar »EXPO verhindern« - eine Parole, von der wir uns in Hannover schon seit längerem verabschiedet hatten, weil sie in einem doch eher peinlichen Missverhältnis zu der Tatsache stand, dass auf dem Kronsberg täglich größer werdende Mengen an Beton abenteuerliche Pavillongebäude formten. Diese Tendenz führte dazu, dass viele, denen es eher um die Perspektivdebatte gegangen war, den bundesweiten Treffen zunehmend fern blieben - was besagte Tendenz selbstverständlich noch verstärkte. Und das war wiederum nicht dazu angetan, neue Gruppen für diese Debatte zu begeistern, zumal die bundesweiten Treffen immer weniger als Ort erschienen, an dem solche Diskussionen tatsächlich hätten geführt werden können.

INFORMELLE HIERARCH

Dass sich ein bestimmtes Verständnis von Anti-EXPO-Arbe
diesem Maße durchsetzen konnte, hat eine Menge mit D
nanzverhältnissen, informellen Hierarchien und ungle
»Ressourcenausstattung« (so heißt das wohl heute) inne
des bundesweiten Anti-EXPO-Zusammenhangs zu tun, di
zu wenig reflektiert und zur Sprache gebracht wurden. Si
lich war es eine verständliche, aber unzureichende Ko
quenz aus den Kölner Bündniserfahrungen (oder besser S
prozessen), auf den frühen bundesweiten Anti-EXPO-Tr
Kontroversen möglichst unter den Teppich zu kehren. U
schiedliche Positionen wurden im Interesse einer mögl
»harmonischen« Zusammenarbeit nicht thematisiert, viel
wurde alles in den großen Anti-EXPO-Topf geworfen, ei
umgerührt und mindestens darauf gehofft - wenn nicht s
behauptet -, dass sich das alles ganz prima ergänzen w
Geklappt hat das nicht, statt dessen haben die vorhand
Konfliktlinien zu einer unterschwelligen Vergiftung des K
geführt, das vor allem von Befürchtungen geprägt war,
jetzt wen gerade mal wieder über den Tisch ziehen will
das Bündnis mit den eigenen Vorstellungen zu dominieren
sucht. Hinter Fehlern, mangels Kraft und Zeit nicht eing
tenen Absprachen, verschusselter Weitergabe von Inform
nen und Ähnlichem wurden schnell finstere Absichten
informelles Dominanzverhalten vermutet, was später zu
gesprochen ätzenden persönlichen Auseinandersetzu
führte. Andererseits wurden real vorhandene informelle
archien, die sich einfach daraus ergaben, dass einige we
lich mehr Zeit, (auch technische) Möglichkeiten und Erfah
gen hatten und dementsprechend die Arbeit des Bündn
und dessen Wirkung nach außen dominierten, nicht the
siert. Formal war das alles zwar wunderbar basisdemokra
und »von unten« (also ohne »zentralistische Führung«
ohne »Kader«), aber eben nur formal. Die unterschiedli
Möglichkeiten und Voraussetzungen einzelner Menschen
Gruppen wurden jedenfalls nicht berücksichtigt - aber g
das muss emanzipatorische Politik tun, wenn sicherge
werden soll, dass alle den gleichen Einfluss innerhalb so
Kooperationen nehmen können (wenn sie das wollen).
Uns (als Anti-EXPO-AG Hannover) gelang es jedenfalls
da mitzuhalten, sprich: stärkeren Einfluss hinsichtlich
inhaltlichen Ausrichtung der bundesweiten Anti-EXPO-A
zu nehmen. Erschien mir das in den Wochen unmittelbar
der Aktionswoche noch als bedauerlich, bin ich heute ei
lich ganz froh, dass wir es gar nicht ernsthaft versucht h
Es wäre auf die gleichen Machtspielchen, wie sie bspw.
schen Ökologischer Linken und Ö-Punkten stattfanden,
ausgelaufen - und die fand ich die ganze Zeit sehr ät
Angesichts einer Diskussionsatmosphäre, in der inhalt
Debatten in der Sache gar nicht mehr geführt werden k
ten, weil sie gleich mit Vorwürfen von Ausgrenzung und
Ausnutzen struktureller Machtpositionen in Verbin
gebracht wurden, wäre das nur ein Beitrag gewesen,
noch schlimmer zu machen.[1]
Die Notwendigkeit, dass es vor allem darum hätte gehen
sen, einen anderen Umgang mit den »verdeckten« Konf
und informellen Hierarchien zu entwickeln, war mir d
leider noch nicht so deutlich wie heute. Ein »Intervention
such« in diesem Sinne hätte bestimmt nicht geschadet
einen solchen Politikstil, der die vorhandenen Hierar
innerhalb unserer Strukturen im Interesse größerer »p
scher Effektivität« unangetastet lässt, habe ich jedenfa

Zukunft keine Lust mehr. Statt dessen gilt es den Abbau hierarchischer Strukturen in unseren Zusammenhängen als weitreichendes politisches Ziel zu begreifen und damit zu beginnen. Ansonsten reproduzieren wir die gesellschaftlichen Strukturen ständig neu, anstatt sie zu verändern. Klar leidet darunter der »Output«, aber erstens will ich in den eigenen Strukturen nicht genauso funktionieren, wie es gesellschaftlich verlangt wird (das frustriert nämlich), und zweitens bewirken unsere eigenen Erfahrungen mit Versuchen, Hierarchien in unseren Kooperationen abzubauen, langfristig wahrscheinlich mehr an Emanzipation als das zweitausendste Flugblatt, in dem »wir« »der Bevölkerung« »vermitteln«, warum die schöne neue EXPO-Welt gar nicht so schön und neu ist und wie prima es doch wäre, sich endlich zu emanzipieren.
Und so »effektiv« war das ja dann auch alles gar nicht, weil die Konflikte dann eben kurz vor der Aktionswoche ihren Höhepunkt erreichten und von der gerne proklamierten »Vielfalt des Widerstands« eigentlich nicht mehr so arg viel übrig geblieben war.

DIE AKTIONSWOCHE – »MEHR ALS EIN EVENT«?

Nach diesen Ausführungen zum Werdegang des EXPO-Widerstands komme ich damit zu einigen Anmerkungen, die sich stärker auf die Aktionswoche als solche beziehen. Dazu wurde ja bereits eine ganze Menge geschrieben (z.B. im Anti-EXPO-Rundbrief # 14, Juni/Juli 2000) – und ich will auch gar nicht versuchen, hier eine abschließende Bewertung zu formulieren. An der Aktionswoche gibt es weder etwas schön zu reden, noch stellt sie das »politische Desaster« oder »Fiasko« dar, das kurz zuvor von einigen Gruppen befürchtet wurde.[2] So ist der AntiFa-AG der Uni Hannover deutlich zuzustimmen, dass es »der allseits beliebten Mythenbildung« zu widersprechen gelte – wenn sie allerdings angesichts des Verlaufes von Auftaktdemo am 27.5. und der folgenden Aktionstage weiter fragt, »ob sich hier nicht eher der weitere Niedergang der autonomen Rest-Szene gezeigt hat«[3], dann würde ich darauf antworten: Klar, aber wo zeigt sich der momentan nicht?
Trotz der ganzen vehement geführten Auseinandersetzungen um ein angeblich »zentrales« Konzept (das fälschlicherweise oft mit einer drögen Latschdemo gleichgesetzt wurde) und das – letztlich durchgesetzte – »dezentrale Kleingruppenkonzept«, war das alles nämlich eigentlich nichts Neues.[4] Allerdings: Dass das »super«-dezentrale Konzept so seine ganz besonderen Mängel hatte, an dieser Feststellung kamen nach der Aktionswoche nicht einmal dessen energischste VertreterInnen vorbei. Vieles blieb mangels Koordination einfach wirkungslos – und insgesamt ist es durch das Konzept noch weniger als sonst gelungen, irgendwelche »Inhalte« zu transportieren. »Gefehlt hat [...] in unseren Augen eine klarere inhaltliche Botschaft an die (wenigen) BesucherInnen der Expo [...]. Sicher hätte das nicht das ›eigentliche Ziel‹, die Expo lahmzulegen, befördert. Aber gerade auch wenn das geklappt hätte, wäre eine inhaltliche Vermittlung unabhängig von der gleichgeschalteten Presse (was schon vor dem 1.6. abzusehen war) nötig gewesen. Das wäre, in unseren Augen, eine bessere Aktion gewesen, als manches gefälschte Ticket (wenn es auch nicht halb so ›phantasievoll‹ gewesen wäre, zugegeben).«[5] Insofern ist der Ökologischen Linken zuzustimmen, wenn sie kurz vor der Aktionswoche an dem Konzept kritisierte, der »technokratische Umgang mit dem Begriff ›dezentral‹ negiert die Berechtigung und Notwendigkeit einer Dialektik von dezentralen und zentralen Aktionen je nach Lage anzuerkennen.«[6] Als besonders ärgerlich erscheint mir im Nachhinein aber vor allem, dass eine – auch von mir damals nicht bemerkte – schleichende Gleichsetzung von »dezentraler Aktion« und »Blockade« stattgefunden hatte – sicherlich gefördert durch die (auch nie richtig diskutierte) für den 1.6. ausgegebene Parole »EXPO lahmlegen«. Von Seiten der Anti-EXPO-AG war der Eröffnungstag dagegen eigentlich immer als Aktionstag mit sehr vielen unterschiedlichen Aktionsformen verstanden worden, von denen »Blockaden« eine mögliche gewesen wären. Unabhängig davon haben wir insgesamt viel zuwenig darüber diskutiert, ob Blockaden eigentlich das richtige Mittel im Zusammenhang mit einer Veranstaltung wie der Weltausstellung waren, denn eine EXPO ist keine WTO-Tagung und kein Castor-Transport. Da haben Blockaden ganz konkrete Ziele, die sich aufgrund der darum bereits entwickelten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen auch sehr viel besser vermitteln lassen: Eine Tagung von »Entscheidungsträgern« zu verhindern (was in Seattle gelungen ist) oder ganz materiell in das Atomprogramm einzugreifen. Anders bei der EXPO: Wenn es uns vorher nicht gelungen ist zu vermitteln, warum wir die EXPO-Eröffnung blockieren wollen, warum soll das durch vollzogene Blockaden besser werden? Gerade angesichts der Tatsache, dass sich die Blockaden (hätten sie real Einfluss gehabt) sehr unspezifisch auf x-beliebige VerkehrsteilnehmerInnen ausgewirkt hätten, nicht nur auf EXPO-BesucherInnen oder gar EXPO-VIPs.

Anmerkungen:

1 Als Beispiele für solche Debatten fallen mir z.B. ein: Die um Tierrechte und Esoterik, die durch Formulierungen in einer von IMUN erstellten Pressemappe notwendig wurden, oder die um die Kooperation mit »Organisatoren« der Chaos-Tage, die von Menschen und Gruppen aus Hannover aufgrund ihrer bisherigen Erfahrungen mit den Chaos-Tagen abgelehnt wurde.

2 »Die Kontrolle verlieren – Expo No! – Ho, Ho, Ho? Emanzipierte Verantwortungslosigkeit und Visionen globalisierter Bewegung im Expo-Widerstand Hannover«, von M.A.D., mamba, Rote Aktion Kornstraße (RAK) und Einzelne / Hannover; »Last Exit Hannover«, Ökologische Linke; beide zit. n. Anti-EXPO-Rundbrief # 14, Juni/Juli 2000 (wobei »Die Kontrolle verlieren ...« im Rundbrief stark gekürzt wurde)

3 »Immer, immer weitergehen, wenn es auch schwerfällt ...‹ oder radikale Selbstkritik und politischer Neubeginn?«, AntiFa-AG der Uni Hannover, in RAZZ – Zeitung für ein radikales Hannover Nr. 125, August/September 2000

4 vgl. auch »Hannover ist nicht Seattle – und eine Niederlage kein Erfolg«, Anti-EXPO-Rundbrief # 14, Juni/Juli 2000

5 ebenda

6 »Last Exit Hannover«, a.a.O.

AUTORIN:
H. BAUER MACHT BEI DER ANTI-EXPO-AG HANNOVER MIT UND HAT MIT DIESEM TEXT VERSUCHT, EINIGE DISKUSSIONEN, DIE INNERHALB DIESER GRUPPE (UND MIT ANDEREN) GEFÜHRT WURDEN, ZU PAPIER ZU BRINGEN. INSOFERN STELLT ER NOCH KEIN ENDGÜLTIGES GRUPPENERGEBNIS DAR.

HINWEIS:
WIE SICH AUFMERKSAME LESERINNEN DENKEN KÖNNEN, FOLGT NOCH EIN DRITTER TEIL DIESER ABSOLUT NICHT ENDGÜLTIGEN EXPO-AUSWERTUNG VON H. BAUER. NOCHMAL 8,– DM. TRAGT ES MIT FASSUNG.


Come
ARANC
ARANCIATA

WTO UND SOZIALE IM GLOBALEN KAP

PROGRAMM DES 23. BUNDESKONGRESS ENTWICKLUNGS-

UNTER DEN LINDEN 6
VOM 6. – 8. OKTOBER 2000

BUKO IN ZUSAMMENARBEIT
MIT DEN ZEITSCHRIFTEN DES SOZIALISTISCHEN BÜROS
„EXPRESS" UND „WIDERSPRÜCHE" UND DER „LINKEN LISTE"
DER HUMBOLDT UNIVERSITÄT BERLIN

Seit den Ereignissen von Seattle im November 1999 haben die Debatten über die Widersprüche neoliberaler Globalisierung und über die Internationalisierung sozialer Bewegungen eine neue Dynamik gewonnen: Die Proteste gegen die geplante „Millennium-Runde" der Welthandelsorganisation (WTO) stärkten jene Positionen, die gegenüber den Reformbemühungen vieler Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) die Notwendigkeit grundsätzlicher Kritik betonen. Das Scheitern der Konferenz machte zugleich die starken Interessengegensätze zwischen den europäischen und den US-amerikanischen Protagonisten des weltweiten Neoliberalismus sowie zwischen diesen einerseits und Akteuren des Südens andererseits deutlich.

Gleichwohl können weder die Proteste von unten noch die Widersprüche innerhalb der WTO darüber hinweg täuschen, dass die Dynamik neoliberaler Globalisierung ungebrochen ist. Die herrschenden Diskurse sind nach wie vor vom Glauben an die allein selig machenden Kräfte des Marktes geprägt. Und viele ihrer KritikerInnen beschränken sich darauf, demgegenüber ein Mehr an Staat zu fordern. Deutlich wurde dies erst jüngst in der Gründung eines bundesdeutschen Netzwerks zur demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte oder auch in der von Pierre Bourdieu initiierten Charta 2000. So beachtenswert die Initiativen auch sind, so sehr bedürfen sie u.a. wegen ihres Staatsbegriffes und ihrer Staatszentriertheit einer Kritik aus einer linken und radikaldemokratischen Perspektive.

Der BUKO hat in den vergangenen Jahren mit einer solchen Kritik in einschlägige Debatten interveniert. So hat er die Kölner Gipfel von EU und G7 zum Anlass genommen, sich grundsätzlich mit den Diskursen und Institutionen neoliberaler Globalisierung auseinander zu setzen (s. Broschüre „kölngehen"). Er hat sich kritisch mit der NGOisierung sozialer Bewegungen befasst und Großereignisse wie das WTO-Treffen in Seattle oder die EXPO zum Anlass genommen, auf globale Herrschaftsverhältnisse zu verweisen.

Neben der Einmischung in aktuelle Debatten hat er sich gleichzeitig als ein Forum verstanden, auf dem Gruppen aus unterschiedlichen linken Zusammenhängen über aktuelle Entwicklungen diskutieren und über herrschaftskritische Alternativen nachdenken können. Im vergangenen Jahr (BUKO 22) stand dabei mit der Weltausstellung EXPO 2000 eine Großveranstaltung im Mittelpunkt, die die Botschaft einer widerspruchsfreien, Gesellschaft und Natur miteinander versöhnenden kapitalistischen Zukunft transportieren soll. Beim BUKO 23 in Berlin wird die WTO in mehreren AGs eine wichtige Rolle spielen, sowohl was die Analyse und Kritik herrschender Diskurse und Institutionen als auch was die Perspektiven emanzipatorischer Politik betrifft. Dabei wird es weniger darum gehen, die Teilbereiche des Welthandelsregimes im Detail zu analysieren. Vielmehr soll die WTO als Aufhänger betrachtet werden, von dem ausgehend unterschiedliche Formen und Dimensionen von Herrschaft und Widerstand diskutiert werden können.

Zum Kongress rufen desweiteren auf:
alaska – Zeitschrift für Internationalismus,
Analyse und Kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis,
IZ3W – Blätter des Informationszentrum 3. Welt,
Medico International

Hinweise:
Adressen befinden sich aus Seite 45 und Organisatorisches auf Seite 32

BEWEGUNG
ITALISMUS

BUKO 2

POLITISCHER AKTIONSGRUPPEN

Freitag 6. Oktober 2000

Ab 16.00: Anreise und Anmeldung

18.00: Abendessen

19.00: Podiumsdiskussion
SOZIALE ORGANISIERUNG IM GLOBALEN KAPITALISMUS

Der globalisierte Kapitalismus macht es notwendig, Fragen sozialer Organisierung neu zu stellen – ohne dabei alte Erfahrungen zu vernachlässigen. Emanzipative Bewegungen müssen sich verdeutlichen, gegen was sie sich genau richten und für was sie einstehen wollen. Hier sind keine pauschalen Antworten zu erwarten, sondern müssen in verschiedenen Bereichen die spezifischen Gestaltungsspielräume ausgelotet werden. Der restrukturierte globale Kapitalismus ist keineswegs alternativlos und erzeugt weiterhin Widersprüche, die Ansatzpunkte für Widerstand und emanzipative Politik sind.
Schon immer war es notwendig, eine Vielfalt der Organisationsansätze zuzulassen, die nicht mit Beliebigkeit zu verwechseln ist. Dabei wurden in den vergangenen Jahren interessante Erfahrungen gemacht; Stichworte sind Prag, Seattle, das Netzwerk Peoples' Global Action, die Zapatistas oder die internationale Frauenbewegung. Zudem scheint eine Gegenüberstellung von (reformistischen) NGOs und (radikalen) Bewegungen vereinfacht, denn es ist ja keineswegs klar, was Radikalität heute bedeutet, auf was sie sich bezieht, an welchen Widersprüchen sie ansetzt.
In der Eröffnungsdiskussion werden VertreterInnen verschiedener Organisationsansätze ihre eigenen Positionen und Strategien begründen und zur Diskussion stellen. Die dabei aufgeworfenen Fragen sollen im weiteren Verlauf des Kongresses diskutiert werden.

TEILNEHMERINNEN: BARBARA UNMÜßIG (WEED), MIRIAM FISCHER (AKTIVISTIN IM NETZWERK PGA), BOY LÜTHJE (ANGEFRAGT), ALEX DEMIROVIC (UNI FRANKFURT), MODERATION: ULI BRAND (BUKO-ARBEITSSCHWERPUNKT WELTWIRTSCHAFT [=AS WEWI])

21.30: Workshops

Samstag 7. Oktober 2000

9.00: Frühstück

10.00: Arbeitsgruppen (1.Teil)

1: WELTWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG – INSTITUTIONEN UND DISKURSE DER NEOLIBERALEN GLOBALISIERUNG

AG: Einführung in die Weltwirtschaft & Im Dienste des Kapitals

Diese AG wird im ersten Teil eine Einführung in weltwirtschaftliche Themen bieten. Die Entstehungsgeschichte der wichtigsten multilateralen Institutionen soll dabei den Bezugsrahmen liefern, innerhalb dessen im zweiten Teil auf wichtige Abkommen innerhalb der WTO eingegangen wird: Neben dem "klassischen" Warenhandel gewinnen Dienstleistungen und geistiges Eigentum zunehmend an Bedeutung.
Die Regelung geistiger Eigentumsrech kann als Paradebeispiel gelten, wie WTO die Durchkapitalisierung von im mer mehr Lebensbereichen durchset Z.B. können kollektive Verfügungsrech von Pflanzen und Heilmitteln durch TRIPs-Abkommen in der WTO exklu privatrechtlich geschützt werden. Es s in der AG darauf eingegangen werd welches Interesse Transnationale Ko zerne an der Verabschiedung des TRI haben und wie sich speziell Life-Scie ce-Firmen diese Patentregelungen z nutze machen.

LEITUN HAUKE BENNER, JÜRGEN KRA HEIKO WEGMANN (AS WE

AG: Kritik des Entwicklungsdiskurs

Eine ganze Reihe von unorthodoxen K tikerInnen weist seit Jahren (weitg hend unbeachtet) darauf hin, daß höchste Zeit ist, nicht bloß die aktu praktizierte Entwicklungspolitik, so dern die ganze Idee der Entwicklu radikal in Frage zu stellen. Die Idee Entwicklung, das heißt, die Vorstellu daß alle Menschen auf der Welt Interesse daran haben, so zu leben die Menschen in den „entwickelt Industrienationen, und daß demna Maßnahmen ergriffen werden müss um die Menschen aus den „untere wickelten" Teilen der Welt die „zivili torischen Errungenschaften" des W tens zu bringen.
Dennoch ist die Auffassung, bisher lediglich die „falsche" Entwicklu praktiziert worden, und es komme led lich darauf an, eine „bessere" Entwi lung durchzusetzen - eine grundbedü nisorientierte, partizipative oder na haltige Entwicklung beispielsweise auch in sich als kritisch verstehend Kreisen der „Entwicklungsszene" w verbreitet.
In dieser AG sollen die auf dem E wicklungsdenken beruhenden Geme

samkeiten des bisherigen Entwicklungsdiskurses erörtert werden, um sich dann mit einigen Ansätzen zu befassen, die sich von diesem Denken ausdrücklich losgesagt haben und sie nicht verbessern, sonder abschaffen und ersetzen wollen.

LEITUNG:
ARAM ZIAI (AS WEWI)

AG: Feminismus und Entwicklungspolitik

In der AG "Feminismus und Entwicklungspolitik" soll ein Einblick in entwicklungspolitische Konzepte zum Thema Gender gegeben werden. Gender ist innerhalb der Entwicklungspolitik zu einem (wenigstens rhetorisch) festen Bestandteil geworden. Anstatt "Frauen" als entwicklungspolitische "Kategorie" hinzuzufügen, soll Gender innerhalb der Entwicklungspolitik zur Querschnittsaufgabe werden. Geschlechterverhältnisse sollen sowohl im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit als bei Projekten der Weltbank eine Rolle spielen.

Vor diesem Hintergrund soll der Workshop dazu dienen, neben einem Einblick in die derzeitigen entwicklungspolitischen Gender-Konzepte, diese kritisch zu diskutieren und mit feministischen Politikkonzepten zu vergleichen.

Am Beispiel der feministischen Frauengesundheitsbewegung (u.a. Frauen gegen Bevölkerungspolitik) soll die feministische Nord-Süd-Zusammenarbeit dargestellt und diskutiert werden. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach Sinn bzw. Unsinn von feministischer Lobbyarbeit.

LEITUNG:
BIANCA TÖBBE

2: GLOBAL DENKEN, LOKAL HERRSCHEN – VERÄNDERTE POLITIK IM 21. JAHRHUNDERT

AG: Veränderung von Staatlichkeit und Internationalisierung von Protest

Im Zuge des durch die Fordismuskrise ausgelösten sozioökonomischen Umbruchs haben supranationale staatliche Instanzen erheblich an Bedeutung gewonnen. Herausragendes Beispiel hierfür ist die Europäische Union, die seit Mitte der 80er Jahre auf vielen Politikfeldern einen Kompetenzzuwachs verzeichnete. Die auf europäischer Ebene durchgesetzten Entscheidungen wirken gleichsam als Sachzwänge auf die nationalen Politiken zurück. Ein jüngeres, nicht minder bedeutsames Beispiel ist die WTO, in deren Rahmen immer mehr gesellschaftliche Bereiche den dominanten ökonomischen Interessen unterworfen zu werden drohen.

Die AG wird sich im Rahmen von zwei Arbeitseinheiten mit den skizzierten Entwicklungen auseinander setzen. In der analytischen ersten Arbeitseinheit sollen die Veränderungen von Staatlichkeit diskutiert werden. In der zweiten Arbeitseinheit stehen politisch-strategische Fragen im Vordergrund: Was ergibt sich aus der Analyse einer Veränderung bzw. Supranationalisierung von Staatlichkeit für die Organisation von Protest?

LEITUNG:
ULI BRAND, CHRISTOPH GÖRG,
MARKUS WISSEN (AS WEWI)

AG: Stadtpolitik und Regulation des Sozialen

n der Arbeitsgruppe wollen wir unter Bezugnahme auf die veränderten Rahmenbedingungen Optionen einer politischen Praxis diskutieren. Hierfür erscheint es uns sinnvoll als Ausgangspunkt die Transformation des städtischen Alltags und die veränderten Wahrnehmungs- und Handlungsweisen von Kollektiven oder Individuen als Ausgangspunkt zu wählen .

Mit dem scheinbar endgültigen Triumph des Kapitalismus und dem Rückgang kollektiver Solidarsysteme zeichnet sich das Ende des national-sozialen Wohlfahrtsstaates ab. In diesem Transformationsprozess spielen die Städte sowohl in ökonomischer als auch in sozial- und ordnungspolitischer Hinsicht eine wichtige Rolle.

Die Kritik am Neoliberalismus bewegt sich allerdings auf unsicherem ideologischen Gelände: während der Ruf nach ‚sozialer Gerechtigkeit' zum Teil hinter den Stand der linken Kritik am autoritär-paternalistischen Wohlfahrtssaat der siebziger Jahre zurückfällt, sind andererseits Bestandteile linker Utopien wie "Dezentralisierung" oder "Autonomie" in gewisser Weise vom flexibilisierten Kapitalismus aufgegriffen worden.

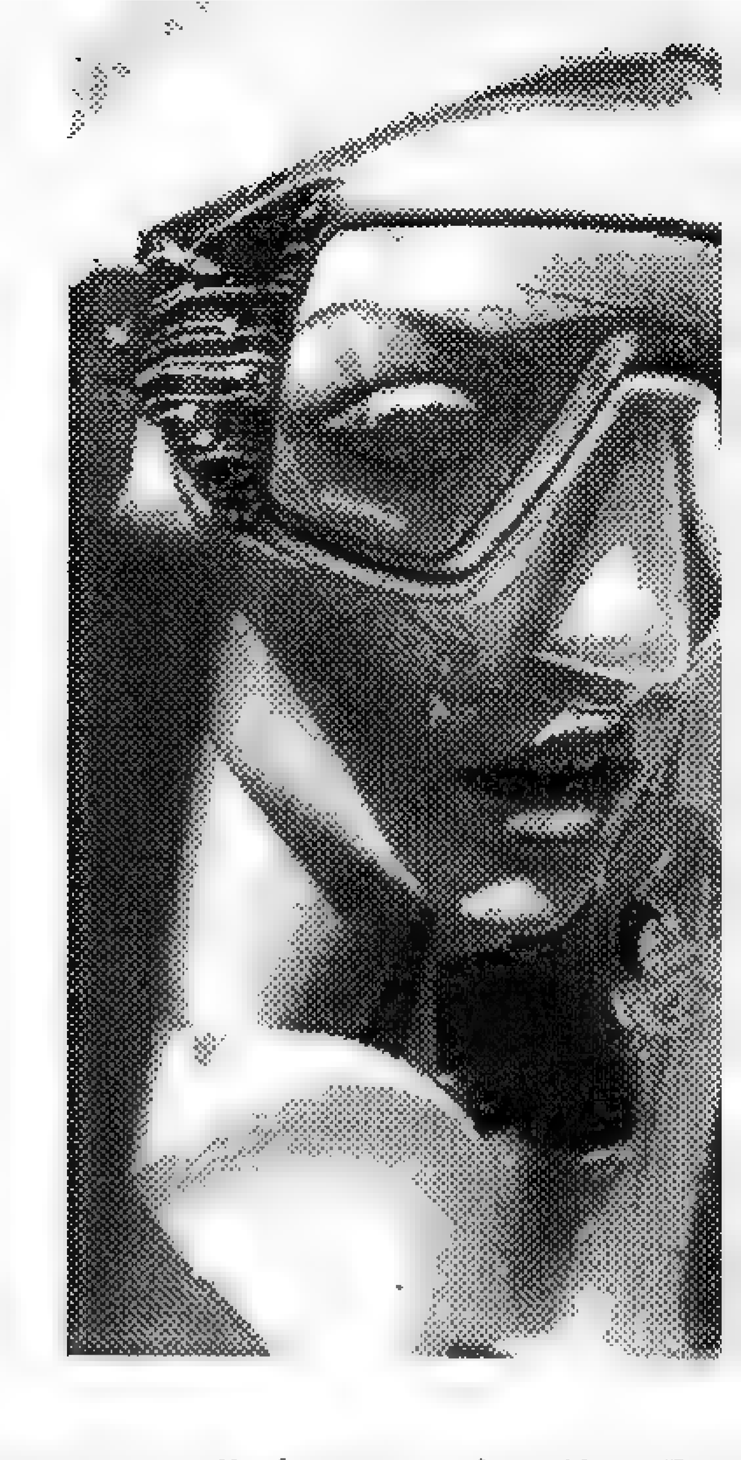
LEITUNG:
ELLEN BAREIS, WALTHER JAHN,
STEPHAN LANZ,
KLAUS RONNEBERGER
(SPACELAB; BERLIN/FRANKFURT)

3: ZUKUNFT DER ARBEIT – PRODUKTION, REPRODUKTION UND WIDERSTAND

AG: Subsistenz, real life economics, Mikropolitiken

Für die Mehrzahl der Bewohner enthüllt sich das global village des freien Welthandels als verwüstetes Land: Millionen sind von jeder Entwicklungsperspektive ausgeschlossen, leben auf der Flucht, sind Opfer von Kriegen, die längst zu einer eigengesetzlich regulierten Ökonomie geworden sind.

Sieht man freilich genauer zu, was das Drittel der Menschheit treibt, das vom Globalisierungsprozess marginalisiert wird, entdeckt man einen Erfindungsreichtum, der sich in einer kaum zu überblickenden Fülle von Aktivitäten ausdrückt. Die Parallelwelt des „informellen Sektors" umfasst Strassenhändlerinnen, Kleinstunternehmer, Produktpiraten, Wanderarbeiterinnen, Zulieferer, Müllsammler und landlose Bauern.



Auf dem Hintergrund einer knappen Analyse der Folgen der Globalisierung in den marginalisierten Sektoren der Weltökonomie wird die Arbeitsgruppe diesen Ambivalenzen in beiden Richtungen nachgehen und auch nach Übereinstimmungen zu „parallelen" Prozessen in den Metropolen fragen.

LEITUNG:
THOMAS SEIBERT (MEDICO INTERNATIONAL), MICHAEL MAY (WIDERSPRÜCHE)

AG: Soziale Grundrechte

Die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik von new labour in Großbritannien, der „neuen Mitte" in der BRD und das „Polder-Modell" in den Niederlanden stehen beispielhaft für verschiedene Ausprägungen von workfare und der Konzeption des „aktivierenden Staates" in Europa. Diese Ansätze fordern die politische und gewerkschaftliche Linke im besonderen Maße heraus. Ein eigenständiger sozialpolitischer Ansatz der Linken ergibt sich strategisch aus der Politisierung von sozialen Grundrechten, um den Tendenzen von Ausschließung und repressiver Einschließung, wie sich in der rigorosen Arbeitshausethik der Neoliberalen und new labour festmacht, standhalten zu können.

Daraus ergibt sich zwangsläufig eine kritische Auseinandersetzung mit dem „alten" Sozialstaatsmodell, in dem autoritäre Muster und Ausschließung schon immer angelegt waren.

Neben aktuellen Auseinandersetzungen aus der BRD um soziale Grundrechte in Gesellschaft und Betrieb sollen in dieser AG auch Erfahrungen aus dem Ausland in die Diskussion einbezogen werden.

LEITUNG:
MARTIN DIECKMANN (EXPRESS), WOLFGANG VOELKER (WIDERSPRÜCHE)

AG: Internationalisierung der Betriebs- und Gewerkschaftspolitik

Nach wie vor ist gewerkschaftliche und betriebliche Interessenpolitik im nationalen Rahmen und in der Logik der Standortkonkurrenz verhaftet. Eine politische Praxis und Kultur, die sich in internationalen Bezügen bewegt, bleibt immer noch die große Ausnahme.

Welche Gegentendenzen es gibt, welche Erfolge unterschiedliche internationalistische Ansätze in der Gewerkschaftsbewegung haben und wo die Grenzen dieser Initiativen sind, wird Heiner Köhnen in seinem einführenden Beitrag beschreiben. Dieser Beitrag wird ergänzt über eine kurze Skizze der Entwicklung der Sozial- und Tarifpolitik (in) der Europäischen Union.

LEITUNG:
HEINER KÖHNEN (TRANSNATIONAL INFORMATION EXCHANGE E.V.), ANDREAS BACHMANN (EXPRESS)

AG: Heterosexualität, Arbeit & Zuhause

Ökonomische Analyse, Geld, Zwänge und Verträge werden meist mit der Welt der Lohnarbeit verbunden. Die Analyse von Subjektivität, Sexualität, Emotionen und Wünschen richtet sich entsprechend auf die Reproduktion, das Zuhause. Eine solche Trennung erlaubt es nicht, beispielsweise Bestätigung, Demütigung, Anmache oder Rassismus als fundierende Elemente von 'Arbeit' und möglichen Subjektpositionen zu untersuchen. Zum andern schliesst ein solcher Zugang ganze Bereiche aus einer ökonomischen Analyse aus, z.B. unbezahlte, illegalisierte oder informelle Arbeit.

Unser Interesse ist es, eine ökonomische Analyse von Arbeitsverhältnissen mit einer Kritik an machtvollen Normen und Institutionen zu verbinden, die Sexualität, Geschlecht und ethnische Differenz regulieren. Wir möchten dazu den Begriff der 'sexuellen Arbeit' (vgl. Reproduktionskonten fälschen) zur Diskussion stellen. Entlang von Erfahrungsberichten, Textbeispielen und Videodokumentationen möchten wir die Fra diskutieren, inwieweit unterschiedlic Arbeitsverhältnisse Fähigkeiten u Emotionen in den Arbeitsprozess in grieren, die sozial nicht 'neutral' si sondern eine bestimmte Darstellung v Geschlechterrollen und von (weiss Heterosexualität erfordern.

LITERAT
REPRODUKTIONSKONTEN FÄLSCH HETEROSEXUALITÄT, ARBEIT U ZUHAUSE, HR VON, B_BOOKS, BERLIN 19
LEITU
PAULINE BOUDRY, BRIGITTA KUST RENATE LOR

4: (NUR) WER DIE MACHT HAT, HAT DAS RECHT? – INTERNATIONALE ABKOMM UND HERRSCHATSVERHÄLTNISS

AG: Kriegsökonomie und die Privatisierung von Sicherheit

Das Ende der Blockkonfrontation wu zunächst als Beginn einer Friedensep che begrüßt: auf die heißen Kriege kalten Krieg sollte der weltweite S von Demokratie, Entwicklung und Zi lität folgen. Statt dessen brechen we weit militärische Konflikte aus, zunehmend jeder Kontrolle entgleiter Dies hat zu einer historisch nie zu gekannten Verarmung von Million zur Desintegration ganzer Gesellsch ten und zu einer Massenmigration t lich wachsenden Ausmaßes gefüh Unter solchen Bedingungen wird räuberische Aneignung der Mittel Überlebens – einschließlich der Ane nung von Frauen – zur Grundlage Überlebens derjenigen, die dabei wen stens eine Zeit lang „mithalten" könn Ausgetragen wird die „verwilderte Üb lebenskonkurrenz" in internen Krieg die oft als „ethnische Konflikte" wa genommen werden.

Tatsächlich können diese Kriege als ei auf Dauer angelegte Form der ökonon



schen Reproduktion der Gesellschaft analysiert werden: als Ökonomie des Bürgerkriegs. Daß solche Bürgerkriegsökonomien keineswegs eine Sache exotischer Ländern sind, läßt sich an den jugoslawischen Kriegen zeigen, in denen zugleich der Sicherheits- und Ausgrenzungsimperialismus deutlich wird, mit dem die dominierenden Staaten der „Neuen Weltordnung" die vom Globalisierungsprozeß erzeugte Gewalt regulieren wollen.

REFERENT:
PETER LOCKE (ANGEFRAGT)
LEITUNG:
ANNE JUNG (MEDICO INTERNATIONAL)

AG: Der LOMÈ-Deal: Entwicklungshilfe für Flüchtlingsabwehr

Flüchtlingsabwehr, die Regulierung von Migrationsströmen in und nach Europa folgte bislang dem Modell konzentrischer Kreise, also der Etablierung von Ringen abgestufter Kontrolle um ein Zentraleuropa. Dennoch schaffen es viele Flüchtlinge und MigrantInnen in das Zentrum zu gelangen. Viele sind schon seit Jahren hier. Daher wird seit einigen Jahren in der europäischen Politik (und aktuell in den EU-AKP-Verhandlungen) darüber nachgedacht, wie Flüchtlingsbewegungen regionalisiert werden können und Herkunfts- und Transitländer dazu gebracht werden können, die Menschen, die von dort fliehen mussten, zurückzunehmen. Dazu werden zunehmend die wirtschaftlichen und außenpolitischen Beziehungen genutzt. Entwicklungshilfe wird an die Rückübernahmebereitschaft der Länder gebunden, egal welcher Nationalität die Flüchtlinge angehören.

Die Arbeitsgruppe will neuere Entwicklungen deutscher und europäischer Flüchtlings- und Entwicklungshilfepolitik beleuchten und Möglichkeiten des Widerstandes von betroffenen Flüchtlingen und Unterstützerszene diskutieren.

REFERENTINNEN:
SENFO TONKAM (SOS), HELMUT DIETRICH (FFM)
LEITUNG:
BUKO-AS RASSISMUS

AG: Zur Kritik verkürzter Kapitalismuskritik

Die Tatsache, dass (neu)rechte und nationalrevolutionäre Strömungen teilweise mit der selben Rhetorik gegen die neoliberale Globalisierung agitieren wie linke und internationalistische Gruppen, ist ein Hinweis darauf, dass sich linke Anti-Globalisierungs-Parolen zumindest teilweise in nationalistische und antisemitische Denkmuster einfügen. Auch die Geschlechtsblindheit linker Kapitalismuskritik ist keineswegs überwunden und wird durch antipatriarchale Lippenbekenntnisse lediglich variiert. In der AG wollen wir nach Gründen dafür suchen und kontrovers, aber solidarisch darüber dikutieren, wie fortschrittliche Kapitalismuskritik den Fallstricken unzulässiger Verkürzung und Simplifizierung entkommen kann.

REFERENTINNEN:
ROSWITHA SCHOLZ (KRISIS GRUPPE), JÜRGEN KAISER (ERLAßJAHRKAMPAGNE), UDO WOLTER (U.A. IZ3W U. JUNGLE WORLD-AUTOR)
LEITUNG:
CHRISTIAN STOCK (IZ3W)

AG: Kritische Solidarität

Internationale Solidarität bezieht sich traditonellerweise überwiegend auf nationale Befreiungsbewegungen. Grenzübergreifende Solidarität für kommunistische oder anti-patriarchale Kämpfe, die sich nicht primär auf einen nationalen Rahmen beziehen, gehören bis heute zur Ausnahme.

Gegen ein traditionelles Verständnis von Solidarität stellen wir unsere Vorstellungen von einem kommunistischen Kosmopolitismus zur Diskussion. In diesem Sinne bedeutet Kritische Solidarität:

a) eine Bezugnahme auf grenzübergreifende soziale Bewegungen; b) eine Reflexion der Verhältnisse in der BRD, unter denen Solidarität stattfindet, insbesondere das Mitdenken der Shoa; c) eine Kritik an der unreflektierten Übernahme der nationalstaatlichen Fixierung der Befreiungsewegungen durch die Soliszene (Sprachrohrfunktion); d) eine Kritik am Projizieren eigener Utopien auf vermeintlich revolutionäre Bewegungen in der Ferne; e) ein Verständnis von Solidarität, welches auf gleichberechtigten Austausch abzielt und sich von charitativen Vorstellungen löst.

LEITUNG:
GRUPPE DEMONTAGE

AG: Von Chiapas bis Prag: und darüber hinaus?

Auch hierzulande überwiegt in der Arbeit internationalistischer Basisgruppen die punktuelle Mobilisierung auf politische Grossveranstaltungen. Stellt sich in den dafür gebildeten Netzwerken und Aktions-Bündnissen immer wieder die Frage, wie aus diesen Initiativen langfristige Perspektiven des Widerstands angestossen werden können.

Darüberhinaus wird es immer schwieriger die Breite der Aktionsmöglichkeiten von Basisgruppen herauszustellen, wenn sich in der thematischen Einpunkt-Mobilisierung durch die theoretisch-analytische Vorarbeiten und die Anforderungen an Mobilität und kommunikationstechnologischer Ausstattung eine Art von Experten-Aktivismus einschleicht. Vor diesem Hintergrund wird der Versuch, politischen Akivismus mit alternativen Lebensformen zu verbinden, immer schwieriger.

Diese AG soll als offene Diskussionsrunde geleitet werden, in der zwar über die aktuellen Erfahrungen aus der Mobilisierung gegen die IWF/WB-Tagung in Prag mit Bezug zu früheren Aktivitäten

berichtet wird, mögliche Positionen zu dem oben umrissenen Problemgebiet aber gemeinsam erarbeitet werden sollen.

LEITUNG:
MIRIAM FISCHER

AG: Das Internet als neuer Herrgottswinkel?
Die Einstellung zum Internet schwankte in den 90er Jahren zwischen radikaler Ablehnung und euphorischer Zustimmung. Befürchteten die einen eine weitere Zerstörung sozialer Räume und malten das Schreckgespenst von vereinzelten Einzelnen in Form von Internet-Monaden an die Wand, galt den anderen das Internet als Synonym für Fortschritt, Moderne, Zukunft und sozialen Aufstieg. Auch in diversen linken Kreisen gab es längere Zeit eine regelrechte Internet-Euphorie. Sie reichte von linksradikalen EZLN- und Marcos-Fans bis hin zu linksliberalen Kreisen, die im Internet eine Demokratieproduktionsmaschinerie erkennen wollten. Beide Positionen setzten ihre Hoffnung auf eine zensurfreie Informationsverbreiterung. So wurde der PC mit seinem Internetanschluss zum neuen Herrgottswinkel, aus dem tagtäglich „die Wahrheit" geoffenbart wurde - unzensiert von der „bürgerlichen Öffentlichkeit." Die AG versucht, sich mit Ansätzen linker (Internet-) Medientheorie auseinanderzusetzen. Welche Rolle spielte das Internet im Rahmen internationalistischer Kampagnen (Chiapas, MAI)? Außerdem soll an konkreten Beispielen aufgezeigt werden, wie das Internet in politischen Praxen genutzt wird.

LEITUNG:
MOE HIERLMEIER (LAK NÜRNBERG), GEORG LUTZ (IZ3W)

12.30: Mittagessen

14.30: Arbeitsgruppen (2.Teil)

17.00: Austausch
Gemischte Austausch-AGs zu den Diskussionen aus den vorrangegangenen Arbeitsgruppen; parallel dazu die Mitgliederversammlung des BUKO

19.00: Abendessen

20.00: Workshops
"Bis Gleich" zur Freilassungskampagne der RZ-Prozesse (FFM) und weitere Workshops u.a. zu Protesten in Seattle; parallel dazu Mitgliederversammlung des Sozialistischen Büro

21.00: Kulturprogramm
Kabarett mit Peter Grohmann, danach Konzerte von Livebands an unterschiedlichen Orten und Party

Sonntag 8. Oktober 2000

9.30: Frühstück

10.30: Abschlussdiskussion
WIDERSTAND WELTWEIT VON UNTEN ORGANISIEREN – PROBLEME INTERNATIONALISTISCHER KÄMPFE
Im Titel dieser Konferenz sind die durchgängigen Themen des BUKO-Kongresses und eigentlich auch die Hauptprobleme für die Kämpfe internationalistisch und basisorientierter Bewegungen enthalten:
1. Es geht um Widerstand, um Protest, um die Praxis der Kritik, und damit um die Frage nach den Maßstäben der Kritik. Diese präsentiert sich zum einen als offensive Position der Einforderung nicht verwirklichter, zum anderen als defensive Position der Verteidigung einmal erkämpfter politischer und sozialer Teilhaberechte.
2. Wenn es um Widerstand von unten geht, so ist damit eine Differenz zu allen staatsfixierten Formen der Garan jener „zukünftigen Versprechen" Freiheit und Gleichheit zum Ausdr gebracht. Das Kürzel „Widerstand unten" allein verbürgt noch lange ni den Inhalt und die Form einer Selbstorganisation setzenden politscl Willensbildung, die sich unterschei soll von den staatsnahen und zun mend auch staatstragenden Geschäf der einflussreichen Lobbyorganisatio. und NGOs. Und es verbürgt ebe wenig, dass es bei der Artikulation Basisprotesten um mehr als singul „Interessen"standpunkte, also klassis Lobbypolitik, nur eben von unten, ge
3. Weltweiter Widerstand von un wird meist mit der Schlüsselpar „Solidarität kennt keine Grenzen" v bunden. Diese verweist auch auf Frage nach den Organisationsforn der internationalen Protestbewegung Denn Grenzen sollen nicht sein, s aber vorhanden und als solche durch wirksam. Nicht zuletzt die Proteste Seattle, die Kritik von Bewegungen Regierungen des Südens am mehr o weniger wirksamen Protektionismus Sozialstandards, wie sie die Staaten einige soziale Bewegungen des Nord fordern, haben deutlich gemacht, schwierig es ist, heute mit allgemei Appellen an internationale Solidar zu arbeiten.

TEILNEHMERINN
LIBIA GRUESO (PROCESO DE COMUNIDADES NEGRAS, KOLUN EN), CHERI HONKALA (KENSING WELFARE RIGHTS COMMIT USA), ERIC WARD (NORTHW COALITION AGAINST MALICI HARASSMENT, USA), SU OMWENJEKE (KARAWANE FÜR RECHTE DER FLÜCHTLINGE MIGRANTINNEN), THOMAS SEIE (MEDICO INTERNATION

13.30: Mittagessen und Abreise

14.00: Pressegespräch

EDITORIAL

EINFÜHRUNG IN DIE INHALTLICHEN BEITRÄGE ZUM KONGRESS

BUKO-ARBEITSSCHWERPUNKT WELTWIRTSCHAFT

Sozialer Protest – so eine der zentralen Botschaften, die von den Ereignissen in Seattle im vergangenen Jahr ausgingen – muss sich international artikulieren, um der neoliberalen Gesellschaftstransformation etwas entgegenzusetzen. Mit dieser Einsicht fangen die Schwierigkeiten jedoch erst richtig an: Da ist zum einen die dringende Notwendigkeit, sich von nationalistischen Protestformen abzugrenzen und zu verhindern, dass das Feld des Widerstands gegen die neoliberale Globalisierung von rechts besetzt wird. Da ist zum anderen die Heterogenität des Protests von links, die auch durch punktuelle Bündnisse, gemeinsame öffentlichkeitswirksame Aktionen und eine tatsächliche oder vermeintliche Arbeitsteilung verschiedener politischer Ansätze nicht verdeckt werden kann. Notwendig sind unseres Erachtens deshalb intensive Strategiedebatten, in denen wir uns über die Spannungsfelder und Perspektiven linker Politik verständigen.
Der BUKO 23 versteht sich als ein Ort, an dem Raum für solche Debatten gegeben wird. Ziel soll es sein, in einem emanzipativen und radikaldemokratischen Spektrum über Essentials linker Politik, über die veränderten Bedingungen derselben sowie über mögliche Organisations- und Bündnisformen zu diskutieren. Ein zentraler Ansatzpunkt erscheint uns – dem für die inhaltliche Koordination des Kongresses zuständigen BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft – dabei die Kritik vermeintlicher „Königswege", sei es der Tobin-Tax, sei es eines globalen Keynesianismus oder sei es einer „Effizienz- und Suffizienzrevolution". Meist stellen diese den Kern der neoliberalen Globalisierung, nämlich den Wettbewerbs- und Standortimperativ, nicht in Frage. Die Kritik beschränkt sich auf sogenannte neoliberale „Auswüchse", während die herrschaftsförmige Verfasstheit von Gesellschaft selbst unhinterfragt vorausgesetzt wird. Gleichwohl oder wahrscheinlich gerade deshalb stoßen die einschlägigen Initiativen auf erhebliche öffentliche Resonanz, während radikale Herrschaftskritik marginalisiert ist wie seit langem nicht mehr.
Aus diesen Zusammenhängen heraus erklärt sich die Auswahl der drei Texte für das BUKO-Vorbereitungsheft. Zwei der Beiträge versuchen, gegenüber staatszentrierten Konzeptionen und Politikverständnissen eine herrschaftskritische und radikaldemokratische Perspektive stark zu machen. Sie setzen sich kritisch mit Positionen auseinander, wie sie etwa vom „Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte" oder im Rahmen der von Pierre Bourdieu initiierten „Charta 2000" vertreten werden (Brand/Wissen), bzw. fragen nach den Prämissen und Implikationen eines lobbyistischen Politikverständnisses (Hierlmeier). Ein weiterer Beitrag eröffnet einen herrschaftskritischen Zugang zu den Prozessen neoliberaler Transformation aus feministischer Perspektive: Er wirft die Frage auf, inwieweit sich aus Verschiebungen im Geschlechterverhältnis zentrale Erkenntnisse über das Funktionieren neoliberaler Hegemonie gewinnen lassen (Habermann).
Das Bestreben des BUKO ist es, nicht nur mehrmals jährlich – im Rahmen von Kongress und Seminaren – den Austausch mit VertreterInnen auch anderer linker Initiativen zu suchen. Vielmehr sollen künftig auch verstärkt die Möglichkeiten dauerhafter Kooperationen ausgelotet werden. Emanzipatives Handeln, so unsere Überlegung, benötigt gerade in Zeiten eines nachhaltigen Neoliberalismus und linker Marginalisierung neue organisatorische Kontexte. Einen ersten Schritt in diese Richtung will der BUKO 23 gehen, der in Kooperation mit den Zeitschriften des Sozialistischen Büros, "express" und "Widersprüche", sowie der Linken Liste der Humboldt-Uni veranstaltet wird.



KAFKA ODER WIR SAGEN JA!!! ZU "LEADERSHIP"

ZUR ABSCHLIEßENDEN UND ENDGÜLTIGEN BEANTWORTUNG DER FRAGE: WAS IST LOBBYISMUS?

MOE HIERLMEIER

Vor dem Hintergrund der Proteste gegen die WTO-Tagung in Seattle kritisierten der BUKO-Arbeitsschwerpunkt-Weltwirtschaft und das iz3w (Freiburg) in einer Presseerklärung den "lobbyistischen Schmusekurs" vieler VertreterInnen von NGO (Nichtregierungsorganisationen) gegenüber der WTO. Diese Erklärung stieß auch in BUKO-Kreisen, vor allem der BUKO-Agrar-Koordination, auf Protest. Auch sie fühlten sich durch die Erklärung kritisiert. Der BUKO nahm diese unterschiedlichen Einschätzungen auf dem letzten Ratschlag zum Anlass, noch einmal intensiv über sein Verhältnis zum Lobbyismus zu diskutieren. Es folgt die überarbeitete Fassung eines Referats, das auf dem diesjährigen Ratschlag gehalten wurde.

1.

Wer über Lobbyismus spricht, sollte sich die aktuellen politische Prozesse und Rahmenbedingungen vergegenwärtigen in denen er agiert. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Rolle, die "der Staat" bzw. "die Politik" spielt.
Wir erleben seit Jahren einen Prozess neoliberaler Globalisierung. Dass dieser Prozess weitreichende Folgen hat, auch und vor allem in der sog. 3. Welt, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Dass dieser Prozess eine Umverteilung von unten nach oben mit sich gebracht hat und weiter mit sich bringt, auch. Dies gilt nicht nur für die internationale Ebene ("Schuldenkrise"), sondern auch für die nationale: die Steuerdebatte, die Diskussionen in der Gesundheits- und Rentenversicherung sind hierfür aktuelle Beispiele. Dies alles geschieht unter dem Stichwort des schlanken Staates. Die rot-grüne Regierung hat hier die Politik von CDU/CSU/FDP bruchlos fortgesetzt, in manchen Punkten sogar noch verschärft. Erst kürzlich kritisierte Micha Brumlik, dass die Grünen den sozialen Gerechtigkeitsaspekt aufgegeben haben. Dasselbe gilt für die Sozialdemokratie. Auf dem Strategieseminar der SPD vor einigen Wochen wurde der Versuch unternommen, im Anschluß an New Labour Gerechtigkeit neu zu definieren. Im orwellschen Newspeak wurde Gerechtigkeit von NRW-Ministerpräsident Clement als "produktive Ungleichheit" bezeichnet. Gemeint ist eine noch stärkere Einkommensdifferenzierung. Auf Grund dieser Definition behauptete Meinhard Miegel, Berater von Ministerpräsident Biedenkopf (CDU), dass der Vereinungsparteitag von SPD und CDU nicht mehr fern sei.

Interessant im Prozess neoliberaler G
balisierung ist die Rolle des Staa
Joachim Hirsch konstatiert des
Formveränderung. Verkürzt gesagt ze
sich diese in der Entwicklung vom k
nesianischen Sicherheitsstaat zum
tionalen Wettbewerbsstaat, der De
schland AG. Staatliches Handeln z
darauf, die Wettbewerbsbedingung
der deutschen Konzerne abzusich
und den Standort Deutschland in
Weltmarktkonkurrenz zu profilie
Dieser Prozess verläuft erstaunl
bruchlos. Die Gewerkschaften dür
diesen Prozess begleiten und seine
gen im Bündnis für Arbeit und Stand
sicherung für ihre weißen, männlic
Kernbelegschaften ein wenig abfede
Der Staat bzw. "die Politik" steht a
und das möchte ich als erstes Ergeb
festhalten, nicht im Gegensatz zur W
schaft, wie es von vielen Lobby-
NGO-Theoretikern behauptet wird. V
mehr ist "der Staat" über seine Appa
te auch einer der entscheiden
Akteure, der den Prozess neolibera
Globalisierung vorantreibt und mo
riert. Insofern ist die Vorstellung, wie
oft von NGO-VertreterInnen formul
wird, grundfalsch: danach sei die W
schaft dem Staat aus den Rudern gel
fen und müsse deshalb wieder "ein
bettet" werden.
Staatliche Politiken tragen zur K
struktion eines imaginären "Wir"
Der Staat ist dabei zwar einers
Akteur, der diesen Prozess vorantre
andererseits aber ein Terrain, auf d
die unterschiedlichen gesellschaftlic
Kräfte um die Hegemonie ring
Obwohl es diese Widersprüche
"Blocks an der Macht" durchaus g
verliefen die unterschiedlichen W
Konstruktionen in den letzten Jah
relativ konfliktfrei. Die Konstruktion
"Wir" und "Die" geschieht natür
nach wie vor vorrangig über nation
stische Identitätszuschreibungen: A

politik, Festung Europa, organisierte Kriminalität, "internationale Menschenrechtspolitik" und Bedrohung der Freiheit durch den Fundamentalismus sind dabei wichtige Diskurselemente. Totalitarismus von links und rechts, Schluss mit Auschwitz sind weitere Diskurse, die in den letzten Jahren von Bedeutung waren. "Wir" sind wieder eine normale Nation. Bezeichnenderweise wurden von Regierungsseite die Entschädigungszahlungen für die Zwangsarbeiter immer mit dem Argument der Rechtssicherheit für "unsere deutsche Industrie" im Ausland begründet. Dies ist die Entwicklung, wie ich sie momentan wahrnehme. Einzelne Punkte wie die Außen- und Militärpolitik, der Umbau der Bundeswehr etwa zur Interventionsarmee, habe ich noch gar nicht erwähnt.

2.

Wie wird dieser Prozess bei vielen NGOs wahrgenommen, die Träger von Lobbypolitik sind und sich als politisch fortschrittlich verstehen? Wie wird von ihnen die Entwicklung von Staat und Kapital gesehen?
Aus meiner Sicht stellt sich die Situation ziemlich paradox dar. In einer Zeit des marktliberalen Etatismus und Sozialabbaus, der "gerechten Kriege", des präventiven Sicherheitsstaats, in einer solchen Zeit ist fast jede Herrschafts- und Machtkritik verlorengegangen, fahren viele NGOs einen Schmusekurs gegenüber den staatlichen Institutionen. Man kann dies gut an den semantischen Verschiebungen von Begriffen festmachen, zum Beispiel am Begriff der Zivilgesellschaft. Bis Ende der 80er Jahre wurde er ganz im Sinne von Gramscis "societa civile" machtanalytisch und hegemonietheoretisch (vgl. Jehle 1994, S. 513 ff) verwendet. Macht und Herrschaft werden nach Gramsci nicht nur über die unmittelbaren politischen Apparate abgesichert, sondern der Kampf um Hegemonie findet in erster Linie in den Apparaten und Institutionen der Zivilgesellschaft, in den Medien, Schulen, Kirchen, Kinos oder NGOs etc. statt. Gramsci unterscheidet ebenso wie Althusser diese Apparate nicht nach ihrer juristischen Bestimmtheit, also danach, ob sie "öffentlich" oder "privat" sind. Sondern er versteht den Staat im Sinne eines integralen Staates, mit den Elementen Konsens und Zwang. Die zivilgesellschaftlichen Institutionen sind somit die zentralen Orte der Hegemoniegewinnung, der Sinnstiftung und der Bedeutungskonstitution. Der Staat als spezifisches gesellschaftliches Kräfteverhältnis ist somit bei Gramsci umfassender gedacht, als im herkömmlichen Sinne. Der Staat umfasst bei ihm politische Gesellschaft und Zivilgesellschaft, er ist Hegemonie gepanzert mit Zwang. Althusser hat von repressiven und ideologischen Staatsapparaten gesprochen. Zivilgesellschaftliche Institutionen organisieren somit einen Konsens, in dem zwar Widersprüche zumindest eine symbolische Repräsentanz finden, deren diskursive Ordnung aber Grenzen hat. Diese zu überschreiten bringt die Gefahr mit sich, in die Extremismus-, Totalitarismus- oder Fundamentalismusecke abgeschoben zu werden und sich damit ausserhalb einer vernünftigen Gesprächsebene zu stellen. Ich möchte an dieser Stelle schon einmal festhalten,

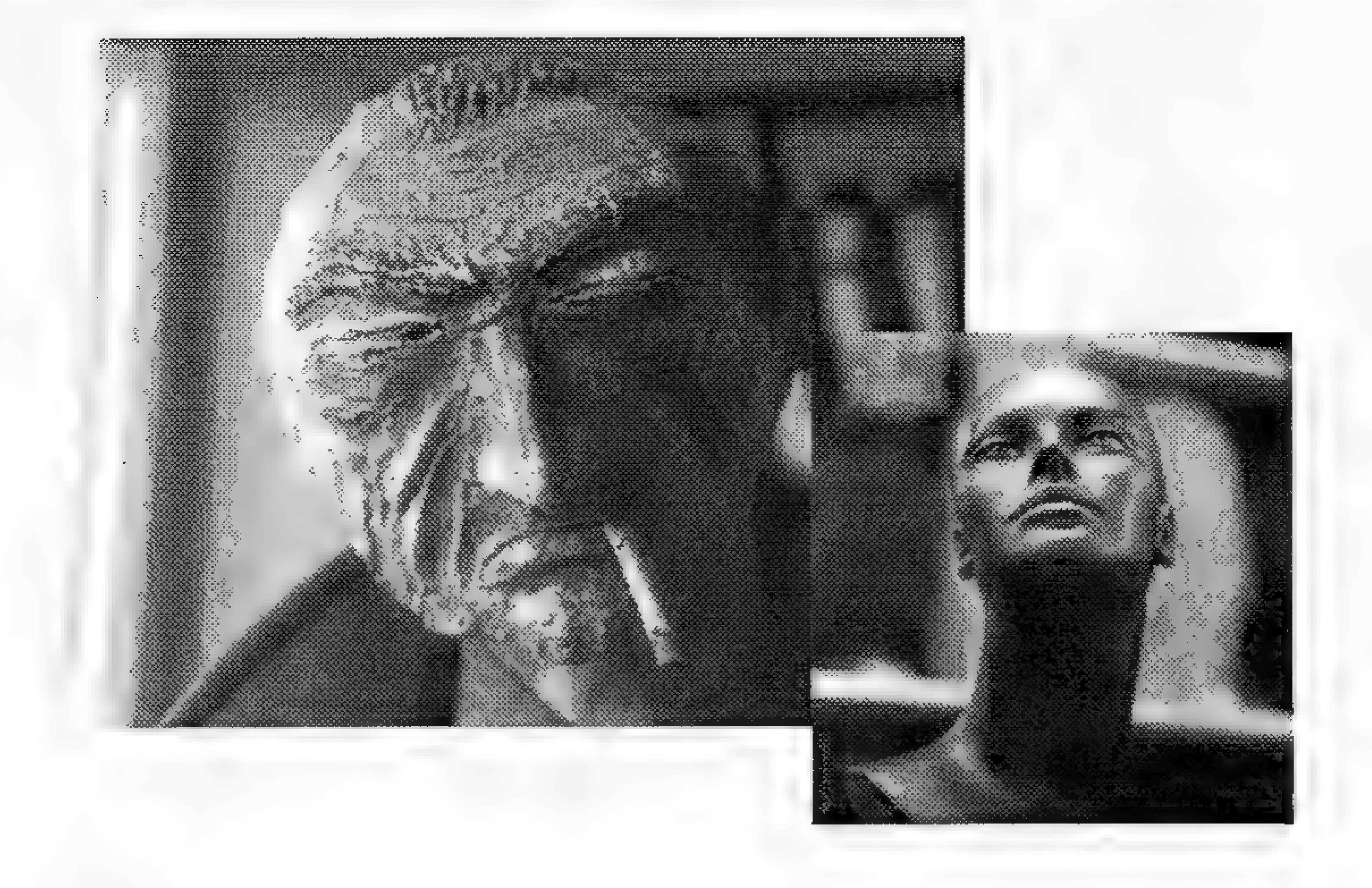
Organisatorisches zum Kongress

Die **Anreise** sollte am Freitag den 6. Oktober 2000 ab 16.00 sein. Am besten fahrt Ihr bis U- oder S-Bahnhof Friedrichstraße. Zu Fuß ca 5 min. und kaum zu verfehlen (Humboldt Universität, Unter den Linden 6).Um 18.00 ist Zeit fürs Abendessen bevor der Kongress um 19.00 mit einer Podiumsdiskussion eröffnet wird. Nach intensivem Austausch und Diskussionen in AG's und Workshops habt ihr Euch Politkabarett, Punkrock und andere Livemusik und Party bis in den frühen Morgen verdient. Am Sonntag endet der Kongress mit einer Abschlussdiskussion.

Der **Teilnahmebeitrag** beträgt 65.- DM für Personen aus BUKO-Mitgliedsgruppen und 95.-DM für alle anderen. Dafür bieten wir neben einem umfangreichen Diskussions- und Kulturprogramm eine Unterkunft in Sammelquartieren (Schlafsack mitbringen), vegetarische Verpflegung und anteilige Fahrtkostenerstattung (bis zu einer Höhe eines DB-Tickets 2. Klasse mit Bahncard abzgl. eines Eigenanteils von ca 40.-DM). Der Berlin- und Sozialbeitrag beträgt 45.-DM (ohne Fahrtkostenerstattung).
Bitte den TeilnehmerInnenbetrag im voraus auf das Konto des BUKO überweisen:
Kto-Nr. 234389 bei der Ev. Darlehnsgenossenschaft Kiel mit der BLZ 21060237.

Weitere **Informationen** und **Anmeldung** BUKO-Geschäftsstelle siehe Seite 45
und www.von-unten.org

Veranstaltungen im Rahmen des BUKO 23 werden **gefördert** durch den Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP), der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Stiftung Umverteilen!, Rosa Luxemburg Stiftung, aktion selbstbesteuerung (asb) und dem Arbeitskreis entwicklungspolitisches Bildungswerk in Vlotho (AKE).



dass mein Kritikpunkt am Lobbyismus ist, diese diskursiven Grenzen, diese symbolische Ordnung und diese kulturelle Grammatik nicht in Frage zu stellen.

Zu der herrschenden Diskursordnung gehören eine ganze Reihe von Mythen und Essentials. Einige sollen an dieser Stelle wenigstens erwähnt werden:

Globalisierung als Sachzwang und die Unhinterfragbarkeit der Standortsicherung; wie wahrscheinlich fast jeder von uns in der Schule gelernt hat, war der Faschismus nicht ein Produkt des "Extremismus der Mitte", sondern des Aufschaukelns von rechtem und linkem Totalitarismus;

die soziale Marktwirtschaft als Garant für Wohlstand und Reichtum;

ein Begriff von Öffentlichkeit, der wie selbstverständlich die Fragen, wer was wozu womit und für wen produziert dem Bereich des "Privaten" zuordnet und somit fast alles, was im Betrieb passiert, aus dem Begriff von Öffentlichkeit ausschließt (ähnliches gilt auch für die Familie). Hier sind wir mit einem Aristotelischen Erbe konfrontiert und seiner Trennung von oikos u polis, in dem die Ökonomie wie selbstverständlich zum privaten Haus (oikos) gehört.

Doch zurück zur semantischen Bedeutungsverschiebung des Zivilgesellschafts-Begriffs. Während er also in den 80er Jahren ein (macht-) analytischer Gebrauch vorherrschte, bekam er ab den 90er Jahren eine normative Wendung. So wie man früher bei Antje Vollmer beim Begriff "Revolution" Tränen in den Augen entdecken konnte, so widerfuhr einem solches jetzt, wenn sie den Begriff "Zivilgesellschaft" verwendete. Spätestens seit der Agenda 21 kommt niemand mehr an diesem Begriff vorbei. Die normative Verwendung ist zwar in den unterschiedlichen Ansätzen nicht identisch, ähnelt sich aber sehr. Demnach gibt es in dieser Gesellschaft drei Subsysteme: den Staat, den Markt bzw. die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft. Medium des Staates ist die Macht, Medium des Marktes ist das Geld und Medium der Zivilgesellschaft ist die kommunikative Vernunft. Den NGOs kommt meist die Funktion zu, zwischen diesen drei Subsystemen eine Kommunikation herzustellen. Sie stellen somit ein integratives Subsystem dar. Eine Quintessenz dieses systemtheoretischen Diskurses ist die Unhintergehbarkeit des bestehenden Institutionensystems.

Man sieht also: zwischen dem Begriff von Gramsci und dem vieler NGOs liegen semantische Welten. Diese semantische Verschiebung hat viele Väter und Mütter. Zu nennen ist zunächst die positive Bedeutung, die dieser Begriff bei den Bürgerrechtsbewegungen in Osteuropa hatte; mit Bezugnahme auf diesen Begriff konnte den autoritären staatssozialistischen Parteien und Staatsapparaten das Definitionsmonopol über das Politische entrissen werden. Weitere Diskussionsstränge sind der us-amerikanischer Pragmatismus (Mead, Dewey, James und Pearce), der Kommunitarismus, die Rezeption des Begriffs "civil society" bei Hannah Arendt, die Arbeiten von Castoriadis und Lefort. Anfang der 90er Jahre gab es in der BRD lebhafte Debatten um all diese Diskursstränge. Vor allem in den Arbeiten von Dubiel, Rödel und Rainer Deppe fanden diese Theoriestränge Eingang in die Debatten der bundesdeutschen NGOs.

Von entscheidender Bedeutung für diese Wendung waren schließlich aber die Arbeiten von Habermas und von Karl Otto Apel mit ihren rationalistischen Annahmen einer universalen Diskursgemeinschaft. Hier soll durch die Erfüllung der Geltungskriterien eines Sprechaktes nichts als der zwanglose Zwang des besseren Arguments über einen Gegenstand entscheiden. Hier haben wir eines der zentralen Theorieversatzstücke des Lobbyismus, die Behauptung der V gängigkeit des Diskurses vor den Int essen und der Macht. Dies ist der e scheidende Unterschied zu Foucal Diskurs-Begriff, für den der Diskurs Effekt von Macht und Interessen ist. Jürgen Link ist der herrschaftsfreie I kurs von Habermas nur eine Spezialf eines Machtdiskurses.[1]

Was also ist der Lobbyismus? Der Lob ismus ist nicht das Gespräch vom N Vertreter mit PolitikerIn X und Y. wäre in der Tat naiv. Lobbyismus natürlich auch eine bestimmte Pra form, aber zuerst einmal ein bestimm Politikverständnis. Es ist die Imaginat der großen universalen Diskursgeme schaft ohne Berücksichtigung struk reller Zwänge, Interessen und Macht men. Diese Imagination der universa Diskursgemeinschaft erlebte in den 9 Jahren immer wieder neue Auflage den Diskursen vom "globalen Dorf", "Wir sitzen alle in einem Boot", die Ü Agenda 21, die Nachhaltigkeitsdeba und neuerdings über Global Govern ce-Konzepte verbreitet wurden. immer wiederkehrender rhetorisc Topos ist dabei das Argument "wohlverstandenen Eigeninteresses". Lobbyismus ist die Vorstellung, dass gesellschaftliche Veränderungen le endlich nur im Konsens mit "der W schaft und der Politik" erzielen las auch wenn manche NGOs der Un stützung der Straße für ihre besse Argumente nicht abgeneigt sind.

Lobbyismus ist die rationalistische eurozentristische Vorstellung von A klärung und Fortschritt aus dem Jahrhundert, die von Isaiah Berlin zahlreichen glänzenden Aufsätzen a lysiert worden ist. Diese Vorstellun beinhalten drei zentrale Elemente: gibt auf jede Frage eine und nur



wahre Antwort; es gibt nur einen Weg, die Wahrheit vernünftig zu erreichen; die Lösungen sind allgemeingültig, ewig und unveränderlich, überall und für alle Menschen wahr.
Lobbyismus ist somit die Metapher des "Es werde Licht!" der Aufklärung, wobei das bessere Argument als der Lichtschalter funktioniert, den man nur anknipsen muss, und schon erstrahlt das ganze Zimmer in neuem Licht.
Lobbyismus ist die Vorstellung von Runden Tischen, in der alle Vertreter der Zivilgesellschaft als Gleiche unter Gleichen miteinander reden.
Lobbyismus ist somit die bewußte Akzeptanz der symbolischen, kulturellen und diskursiven Ordnung. Der Soziologe Ortwin Renn bringt dieses Verständnis in einem Buch der EXPO 2000 Reihe über die Agenda 21 ganz offen zum Ausdruck: "Die Industrie hat natürlich kein Interesse daran, mitzumachen, wenn sie den Eindruck hat, dass sie auf der Anklagebank Platz nehmen soll." (FR 6/7/99)
Auch im Lobbyhandbuch von Germanwatch kann man dieses Verständnis nachlesen: "Nur mit Ausdauer und personeller Konstanz können Sie ein Informanten- oder Kontaktnetz aufbauen, das ebenso dauerhaft gepflegt werden muß, denn 3. nur dann können sich die Beziehungen zu einem gegenseitigen Geben und Nehmen entwickeln. Auch für Ihren Gesprächspartner muß sich der Kontakt insoweit lohnen, als (...) er einen Informationsvorsprung gewinnt oder seine Position in der Öffentlichkeit gestärkt wird."
Aus all diesen Vorentscheidungen sind auch die soziologischen Charakteristika von NGOs besser zu verstehen. Dazu gehören eine hohe Rollenspezifikation, der Kult des Expertentums, da ja nur das bessere Argument zählt; kurze Hierarchien, um langwierige Binnenkommunikation zu vermeiden sowie Medienkompetenz, wobei die Häufigkeit der Berichterstattung als eines der entscheidenden Kriterien für Erfolg gilt.

4.

Wenn es eine Zukunft für den BUKO geben kann, dann besteht diese genau darin, dass er seine herrschaftskritischen Elemente nicht aufgibt. Dies ist keine Garantie für Erfolg. Aber der BUKO kann nie WEED oder Germanwatch kopieren, schon allein aufgrund seiner dezentralen Strukturen und der Bedeutung von Binnenkommunikation. Diese Faktoren erfordern einen ganz anderen Zeitrhythmus. Notwendig sind auch in Zukunft grundlegende Herrschafts- und Machtkritik. Diese drohen heute verlorenzugehen, auch durch den Lobbyismus.
Sein Fundament findet der Lobbyismus in der herrschenden Alternativlosigkeit nach dem Niedergang der emanzipatorischen sozialen Bewegungen. Er ist aber auch Ausdruck der Ratlosigkeit linker Theorieproduktion. Eines der größten Probleme war die Kritik der Macht des Rechtes im Namen einer absoluten Gerechtigkeit. In ihrem Namen wurden Verbrechen begangen. Dies gilt insbesondere für die kommunistische Tradition innerhalb der Linken, die oft mit dem klassischen "Der-Zweck-heiligt-die-Mittel"-Argument legitimiert wurden.
Die große geschichtsphilosophische Erzählung von der absoluten Gerechtigkeit hatte meist die Struktur eines Trivialromans. Diese ist bekanntlich dreigliedrig: es gibt eine homogene, authentische, organische, nicht-entfremdete oder wie auch immer Ausgangsposition (Phase 1); in Phase 2 erfolgt dann der Einbruch des Nichtidentischen bzw. Fremden: im Arztroman ist dies die Krankheit, die die Schöne befällt; im Berg- und Heimatroman ist es der Städter, der der Magd die Augen verdreht und sie von ihrem für sie bestimmten Naturburschen entfremdet. In Phase 3 schließlich ist der Feind Gott sei Dank besiegt, und die Zeitläufte erhalten wieder ihre wahre Bestimmung: der schöne Arzt besiegt die hässliche Krankheit und verliebt sich in die schöne Patientin; die Magd bekommt Einsicht in das aggressive Wesen des Städters und heiratet, wie es sich gehört, den für sie bestimmten Naturburschen. Die homogene Endsituation wurde auf erweiterter Stufenleiter wiederhergestellt.
Die große geschichtsphilosophische Erzählung der absoluten Gerechtigkeit der Linken hatte eine ähnliche Struktur. Deren Varianten unterscheiden sich vor allem hinsichtlich der Zeitdimension. Die Sozialdemokratie bevorzugte die Utopie des Chronos, der linear-homogenen Zeit. Danach wird die homogene Phase 3 durch einen kontinuierlichen, quasi-natürlichen Prozess der Reform erreicht. Der Städter sieht ein, dass er stört und zieht sich freiwillig von der Bühne zurück, genauso wie sich der Kapitalismus dereinst von der Bühne der Geschichte verabschieden wird, wenn die Lobbyisten ihn qua besserem Argument überzeugt haben werden, dass seine Zeit zu Gehen nun gekommen ist.
Der Mythos des Kommunismus und Anarchismus bevorzugte die Utopie des Kairos. Es ist dies der bestimmte Augenblick, der die linear-homogene Zeit aufsprengt und etwas völlig Neues entstehen läßt. Es ist die Vorstellung eines christlich-messianischen Utopismus. Die Phase der Urgesellschaft wird durch Gewalt aufgesprengt; in Phase zwei ist dann mächtig was los, es ist die Phase der Klassenkämpfe; man spricht von der Epoche der Sklavenhaltergesellschaft, des Feudalismus oder des Kapitalismus. Schließlich sorgt der Held - das vor Kraft strotzende Proletariat - dafür, dass mit der unappetitlichen Phase 2 Schluß

gemacht wird. Die hegelianische Dialektik ist durch die Versöhnung von Identischem und Nichtidentischem an ihr Ende gekommen. Der Naturbursch läßt sich die Aufdringlichkeit des Städters nicht mehr länger gefallen und jagt ihn zum Teufel. Die Magd erkennt die wahre Stärke ihres Helden.
Welche Konsequenzen sind aus den Mythen von Chronos und Kairos zu ziehen?
Ich würde heute die Macht nicht mehr unreflektiert und umstandslos im Namen der absoluten Gerechtigkeit kritisieren wollen; in der traditionellen Variante ist dies die Vorstellung von einem absoluten Sieg der Linken über die Rechten, von einem säkularen Paradies. Und genau hier liegt eine Ursache für die Katastrophe der Linken: sie wollte immer siegen. Im Namen dieses Sieges der absoluten Gerechtigkeit hat sie Verbrechen verübt und als historisch notwendig legitimiert.
Ich glaube, eine emanzipatorische, radikaldemokratische Linke sollte aufhören, "siegen" zu wollen. Es ist eine lohnende Aufgabe, die Macht überall dort, wo sie sich breitmacht - und sie existiert nicht nur an einem Ort - zu dekonstruieren. Das heißt aber auch, aufzuhören mit dem Verlangen, einen Platz am (Katzen)Tisch der Macht bekommen zu wollen, wie dies viele NGOler wollen. Sie pflegen ebenfalls einen altbekannten Mythos, den hegelianischen Mythos vom Staat als Inbegriff der substantiellen Sittlichkeit, der das Allgemeinwohl bestimmt und durchsetzt, der dem Chaos eine "kohärente" Entwicklungspolitik entgegensetzt und "die Wirtschaft" wieder in die Bahn des Allgemeinwohls einbettet.
Ich plädiere für einen radikalen Reformismus, für eine ständige Subversion der Macht im Namen des Rechts des Anderen. Das bedeutet aber, sich eben nicht mit der Macht gemein machen zu wollen, im Sinne einer Identität mit der Macht, sondern die permanente Subversion der Macht.

5.

Eigentlich hat Kafka zum Lobbyismus schon alles Notwendige gesagt. Seine Romane und Kurzgeschichten handeln meist davon, dass jemand in ein imaginäres Inneres gelangen will, dorthin, wo er die Mitte "der Macht" vermutet. Doch er wird immer wieder aufgehalten, vertröstet und weitergeschickt. Die Türsteher der Macht lassen ihn nicht durch. Außerdem weiss keiner genau, wieviel Türsteher es gibt. Keiner weiß auch genau, wo das Innere des Schlosses oder der Macht liegt. Das lässt natürlich die Phantasie des Begehrenden blühen. Vielleicht bin ich ja schon im Zentrum der Macht, denkt er sich manchmal, als er sich mit dem Türsteher unterhält. Vielleicht argumentiere ich jetzt schon mit der Macht, denkt sich der Lobbyist, als er zu Josef Fischer "Hallo Joschka" sagen darf. Macht reproduziert sich bei Kafka dadurch, dass man ihre symbolische Gewalt nicht in Frage stellt. Mehr noch als durch Strafe reproduziert sie sich durch Androhung von Strafe: "Wenn ihr uns weiter kritisiert, laden wir euch nicht mehr zu unseren Hintergrundgesprächen ein und entziehen euch die staatliche Förderung." Es ist, so Brecht, die Angst davor, das brennende Haus zu verlassen, weil man nicht weiss, ob das neue Haus besser gegen Brand gesichert ist. Es ist genau diese Angst, die den NGO-Vertreter in einer der letzten Ausgaben der Zeitung von Germanwatch veranlasste, von Joschka Fischers Außenministerium "Leadership" einzufordern, um gegen das Chaos anzugehen. Und das nach dem Kosovo-Krieg! Germanwatch sagt ja zu Leadership. Ich halte es lieber mit Kafka und glaube, dass das Streben in die Mitte des Schlosses eine Illusion ist und mich d ser Wunsch auch überhaupt nicht rei würde.

ANMERKUNG

1: ZUR UNTERSCHEIDUNG DES D KURSBEGRIFFES BEI HABERMAS U FOUCAULT/LINK VGL. MEINEN AF KEL IN DER IZ3W VOM AUG 20

2: ICH KÖNNTE DUTZENDE VON B SPIELEN NENNEN, WO IM NAM EINES WOHLVERSTANDENEN INTER SES EINE ÖKOLOGISCHERE, SOZIAL POLITIK VON DER WIRTSCHAFT E GEFORDERT WIRD, WEIL DIES EIGENTLICH JA AUCH IM INTERE "UNSERER WIRTSCHAFT" LIEGE, MÜSSE NUR DIE RICHTIGEN AR MENTE KENNEN. AM PENETRAN STEN WURDE DIESE ARGUMENTAT SICHERLICH IN DER ERLASSJA 2000-KAMPAGNE VORGETRAG

AUT

MOE HIERLMEIER IST MITARBEI DES BUKO-ARBEITSSCHWERPU WELTWIRTSCHAFT UND DES L NÜRNBE

NEOLIBERALE GLOBALISIERUNG, STAAT UND DIE INTERNATIONALISIERUNG VON PROTEST

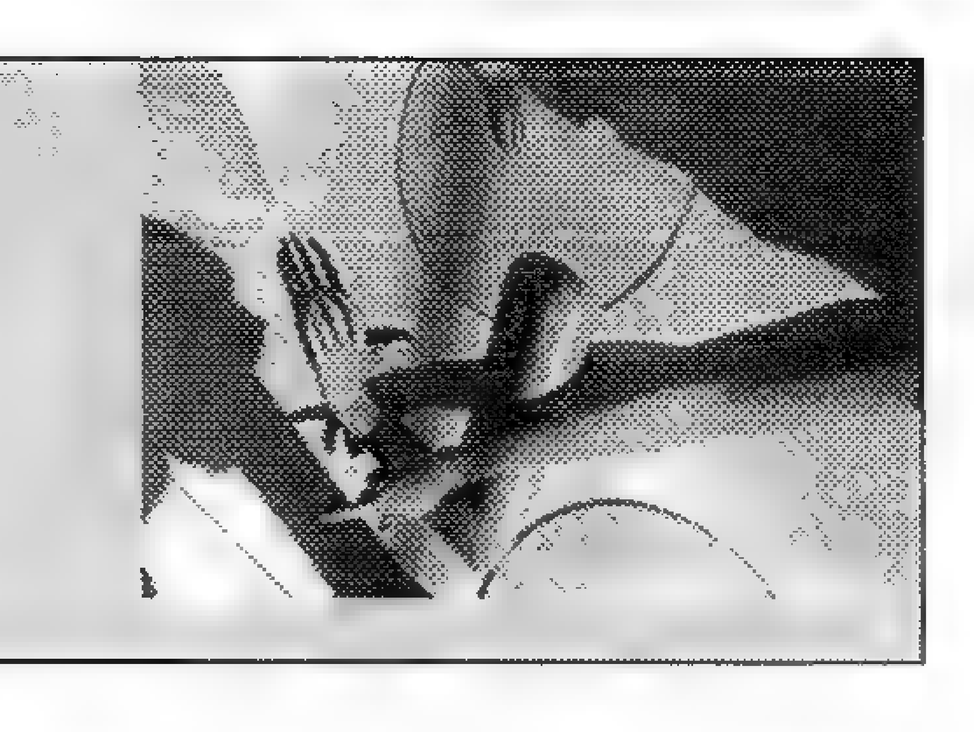
ANMERKUNGEN ZU EINIGEN SPANNUNGSFELDERN LINKER POLITIK

ULRICH BRAND/MARKUS WISSEN

Sozialer Protest scheint seit Ende der 90er Jahre wieder an Dynamik zu gewinnen. Und nicht nur das – den globalisierten Herrschaftsverhältnissen entsprechend nimmt er zudem immer stärker internationale Züge an. Die Proteste gegen das geplante Multilaterale Investitionsabkommen (MAI), der Widerstand gegen die Welthandelsorganisation (WTO) anlässlich der für vergangenen Dezember vorgesehenen Eröffnung der „Millennium-Runde", aber auch das französische ATTAC-Bündnis, seine deutsche Variante in Gestalt des „Netzwerks zur demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte" oder die von Pierre Bourdieu initiierte „Charta 2000" – all dies scheint darauf hin zu deuten, dass sich auf internationaler Ebene Gegenkräfte gegen die neoliberale Globalisierung formieren.
Gleichzeitig wird immer deutlicher, dass der Neoliberalismus in den kapitalistischen Zentren in seine hegemoniale Phase eingetreten ist. Der ihn tragenden Kräftekonstellation scheint es zu gelingen, ihre besonderen Interessen zu verallgemeinern. So darf der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Rolf-E. Breuer, sich in der „Zeit" in einem mehrseitigen Artikel über die segensreichen Wirkungen deregulierter Finanzmärkte als fünfter, die Marktkompatibilität politischen Handelns herstellender Gewalt auslassen. Die rot-grüne Koalition führt mit ihrer Steuerreform eine Politik fort, die sie in Oppositionszeiten noch heftig bekämpft hat. Und die Einführung der Europäischen Währungsunion – um ein drittes Beispiel zu nennen – ruft selbst in der Linken kaum mehr Skepsis hervor, obwohl sie doch den Integrationszug endgültig auf ein monetaristisches Gleis führt.
Die derzeitige Situation ist also von erheblichen Widersprüchen und gegenläufigen Dynamiken geprägt. Wir wollen im Folgenden daher einige Spannungsfelder skizzieren, in denen sich (internationaler) Protest heute bewegt. Dabei beschäftigen wir uns erstens mit Begriff und Politik des Neoliberalismus. Wir versuchen, gegenüber der inflationären und folglich meist unpräzisen Verwendung desselben als „catch-all-word" ein Verständnis von Neoliberalismus als umkämpftes gesellschaftliches Transformationsprojekt stark zu machen. Zweitens widmen wir uns der Rolle des Staates und internationaler politischer Institutionen wie WTO und EU bei der Durchsetzung neoliberaler Reformen, um drittens ausgewählte Formen der Internationalisierung von Protest zu erörtern.

NEOLIBERALISMUS ALS UMKÄMPFTES GESELLSCHAFTSPROJEKT

Sowohl die Internationalisierung von Protest als auch die neoliberale Offensive müssen vor dem Hintergrund der in den 70er Jahren einsetzenden Krise des Fordismus betrachtet werden. In deren Zuge zerbrach der die Nachkriegszeit in den fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften prägende Klassenkompromiss, der in der Vollbeschäftigung der männlichen Industriearbeiterschaft seine wesentliche Stütze hatte. Ziel neoliberaler Politik war und ist es, bestehende institutionelle Formen wie das Lohnverhältnis oder den Sozialstaat, die lange Zeit die Kapitalakkumulation stützten, sich in der Krise aber als deren „Fessel" erwiesen, aufzubrechen und die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in einer neuen, verwertungskonformen Weise zu institutionalisieren. Das herausragende Kennzeichen des neoliberalen Projekts ist die Orientierung an dem als naturwüchsigen Zwang verbrämten Weltmarkt: Gesellschaft ist so zu gestalten, dass die individuellen Verhaltensweisen und Erwartungsmuster sowie die Formen der Konfliktaustragung jederzeit mit den von der Weltmarkt-Konkurrenz gesetzten Bedingungen zu vereinbaren sind.
Die Durchsetzung des Neoliberalismus war – dies zeigten die sozialen Konflikte im Zuge der Fordismuskrise – keinesfalls zwangsläufig, sie folgte nicht einfach den veränderten „Erfordernissen" der Kapitalakkumulation. Vielmehr stellt sie das immer wieder von Neuem umkämpfte Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen dar. Allerdings, und daher kann durchaus von einer



Hegemonie des Neoliberalismus gesprochen werden, wurden gesellschaftliche Institutionen und Orientierungen in den letzten 15 bis 20 Jahren tiefgreifend verändert – und damit auch die Bedingungen für emanzipative Kämpfe. Das zeigt sich etwa an der Deregulierung und Flexibilisierung des Lohnverhältnisses oder an der Transformation des Geschlechterverhältnisses.

Letztere steht gleichzeitig für die Ambivalenz der gegenwärtigen Entwicklungen. Denn die Krise des Fordismus bedeutete auch ein Aufbrechen patriarchaler Verhältnisse: Die neue Frauenbewegung verschaffte sich Gehör und konnte ihre Ansprüche zumindest teilweise verwirklichen (größere Bildungschancen, stärkere Erwerbstätigkeit, mehr politische Partizipation). Jedoch sind diese Erfolge keineswegs umfassend bzw. geraten angesichts der gegenwärtigen Umbrüche unter die Räder. So entstanden, was die Erwerbstätigkeit betrifft, für Frauen nicht nur gut bezahlte Stellen in Banken, Börsen oder der Werbebranche, sondern auch und vor allem prekäre Jobs in fremden Haushalten, Weltmarktfabriken (Maquilas) oder bei Reinigungsfirmen.

Eine besondere Bedeutung im Prozess neoliberaler Transformation kommt aus unserer Sicht dem Staat zu. Dieser zieht sich entgegen einer weit verbreiteten Sichtweise nicht einfach zugunsten des Marktes zurück. Staatliches Handeln beschränkt sich auch nicht darauf, bestehende Regeln oder Reglementierungen der „Marktkräfte" abzubauen. Der Staat ist vielmehr das institutionelle Terrain, über das sich die Durchsetzung des neoliberalen Projekts wesentlich vollzieht, das dabei selbst transformiert wird und das in seiner veränderten Gestalt für die Reproduktion des neoliberalen Kapitalismus konstitutiv ist. Im Gegensatz zur heute dominanten Debatte über „Alternativen zur neoliberalen Globalisierung" geht es u.E. nicht darum, „Politik" gegen „Ökonomie" zu setzen, sondern zu verdeutlichen, inwiefern sich der neoliberale Gesellschaftsumbau in politisch-institutionellen Prozessen durchsetzt – ja wie mittels letzterer überhaupt erst ökonomische Prozesse ermöglicht werden: über Rechts- und Planungssicherheit, über die Bereitstellung von Geld, über Repression von Widerstand, etc.

TRANSFORMATION VON STAATLICHKEIT

Der Staat ist nicht einfach ein über den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen stehender „neutraler" Akteur, und Politik ist nicht nur eines von mehreren gesellschaftlichen Teilsystemen. Staat ist ebenso wenig das „Instrument" der die Gesellschaft dominierenden Gruppen. In der Tradition der kritischen Staatstheorie verstehen wir Staat zum einen als Akteur und zum anderen als zentrales Terrain, auf dem um die Verallgemeinerung gesellschaftlicher Partikularinteressen gerungen wird. Dies geschieht nicht nur mittels lobbyistischer Einflussnahme auf administrative und politische Entscheidungsträger. Entscheidend ist vielmehr, dass vielfältige gesellschaftliche Widersprüche bereits in die staatliche Apparatur eingelassen sind, sich dort als (nicht-antagonistische) Konflikte artikulieren und miteinander vermittelt werden.

Die Transformation von Staatlichkeit ist ein mehrdimensionaler Prozess. Institutionell verschieben sich die Gewichte zugunsten jener nationalen Staatsapparate, die sich – wie die Finanz- und Wirtschaftsministerien sowie die Zentralbanken – primär dem Ziel der internationalen Wettbewerbsfähigkeit oder der Geldwertstabilität verpflichtet wissen. Bei der Sicherung sozialer Kohäsion schieben sich ideologische und repressive Momente gegenüber materie Zugeständnissen in den Vordergr (siehe etwa Sozial- oder Flüchtlings litik). Damit verändern sich auch po sche Schwerpunktsetzungen. Das üb ragende Kriterium staatlichen Hand ist heute die Herstellung internation Wettbewerbsfähigkeit für den jew gen lokalen, regionalen, nationalen c internationalen "Standort", auch in Bildungs-, Umwelt-, Migrations- bis zur Geschlechterpolitik. Gerade an gegenwärtigen Migrationspolitik z sich, dass zum einen die Abschott nach außen und die Illegalisierung Flüchtlingen zunimmt, gleichzeitig a für „nützliche" MigrantInnen etwa Green Card bessere Bedingun geschaffen werden (freilich unter \ weigerung der politischen und sozia Rechte).

Des weiteren vergrößert sich das Sp trum politischer Akteure. Staatli Akteure treten stärker als in der Verg genheit mit privaten Akteuren Unternehmen oder Nichtregierungs ganisationen (NGOs) in Kontakt mobilisieren deren finanzielle, Wisse oder Legitimationsressourcen. Da werden formal Beteiligungsmöglich ten erhöht, allerdings findet Beteilig häufig in wenig demokratischen Gr zonen statt und kann sich der domin ten neoliberalen Ausrichtung nicht e ziehen. Schließlich hat die Veränder von Staatlichkeit eine räumliche Dim sion. Diese liegt darin, dass sich das \ hältnis der verschiedenen staatlic Ebenen (der nationalen, der suprana nalen und der subnationalen) zuein der verschiebt. Mit anderen Worten det eine Reartikulation verschiede räumlicher Ebenen von Politik statt deren Zuge vor allem die supranatio le gegenüber der nationalen Ebene Aufwertung erfährt.

Die unter neoliberalen Vorzeichen st findenden Transformationsprozesse

schränken sich zu einer Konstellation, die wir für die internationale Ebene als "supranationale Wettbewerbsstaatlichkeit" bezeichnen. Diese lässt sich anschaulich am Beispiel der Europäischen Union und der WTO studieren. Bei beiden handelt es sich um supranationale staatliche Terrains, auf denen die Chancen einer erfolgreichen Interessenartikulation noch ungleicher verteilt sind als auf nationaler Ebene. Denn die demokratischen Kontrollmöglichkeiten sind eingeschränkt, und es walten andere, explizit technokratische, nämlich an den Prinzipien des Freihandels bzw. der Wettbewerbsfähigkeit orientierte Legitimationsmechanismen, die bestimmte Interessen strukturell begünstigen und andere strukturell benachteiligen.

Eben das macht Instanzen wie Weltbank, IWF, WTO oder die EU aus der Sicht etwa weltmarktorientierter Kapitale so attraktiv: Sie bilden Terrains, auf denen um die Durchsetzung neoliberaler Reformen gerungen werden kann, ohne dabei auf ähnlich starke Widerstände und Legitimationsprobleme zu stoßen wie in den – lange Zeit vom fordistischen Klassenkompromiss und dann auch vom Einfluss der neuen sozialen Bewegungen geprägten – nationalen Arenen. Die auf europäischer Ebene und im Rahmen der WTO erstrittenen Entscheidungen wirken dann ihrerseits disziplinierend auf die GegnerInnen in den Auseinandersetzungen auf nationaler Ebene zurück. Sie institutionalisieren gewissermaßen die Anpassungszwänge (die berühmten "Sachzwänge"), stecken also die "claims" ab, auf denen soziale Konflikte auf nationaler Ebene ausgetragen werden. Ein eindrucksvolles Beispiel hierfür liefert die mit der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986 eingeleitete Vollendung des europäischen Binnenmarktes. Durchgefochten von ökonomischen Interessengruppen wie dem „European Round Table of Industrialists" (ERT), von der Europäischen Kommission sowie von interessierten nationalen Staatsapparaten verschärfte das Binnenmarkt-Projekt den Konkurrenzdruck und trug zur Disziplinierung der nationalen Gewerkschaften bei.

DIE INTERNATIONALISIERUNG VON PROTEST

Vor dem Hintergrund der skizzierten Transformationsprozesse erklärt es sich, dass soziale Bewegungen und NGOs ebenfalls zunehmend international agieren und den Verhandlungen auf EU- und WTO-Ebene verstärkt Beachtung schenken. Auf den primär von ökonomischen Interessen dominierten supranationalen staatlichen Terrains fordern sie die Berücksichtigung anderer gesellschaftlicher Anliegen ein. Dabei machen sie sich die Interessengegensätze innerhalb der staatlichen Apparate zunutze, wirken also vor allem auf solche staatlichen Instanzen ein, in denen sie ihre eigenen Anliegen institutionell berücksichtigt sehen. Das sind etwa die mit ökologischen und entwicklungspolitischen Fragen befassten Ministerien oder internationalen Institutionen wie die UNCTAD oder die UN-Konventionen zu Klima und biologischer Vielfalt. Aus deren Sicht stellen die NGOs umgekehrt einen Informationspool und eine Machtressource dar, die sie im Konflikt mit anderen staatlichen Apparaten wie den Wirtschafts- und Finanzministerien oder der WTO zu nutzen versuchen.

Die sozial bewegte und NRO-Szene ist dabei selbst heterogen. Während manche Gruppen primär auf Lobbyarbeit und Expertisen setzen, sehen andere in der Mobilisierung der „Basis" das entscheidende Mittel, um als politischer Faktor überhaupt wahrgenommen zu werden und in Gesprächen mit staatlichen Entscheidungsträgern Gehör zu finden. Letzteres gilt etwa für Initiativen wie ATTAC, das bundesdeutsche „Netzwerk für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte" oder die von Pierre Bourdieu für dieses Jahres geplante Einberufung europäischer „Generalstände der sozialen Bewegungen". Vielen Initiativen gemeinsam ist der insgesamt positive Bezug auf das herrschende Institutionengefüge, das im Sinne sozialer und ökologischer Belange reformiert werden soll. So strebt das „Netzwerk" eine „demokratische Umgestaltung internationaler Finanzinsinstitutionen" an und fordert eine politische Regulierung der „entfesselten Marktkräfte" durch eine „Steuer auf internationale Finanztransaktionen" ein. Ähnlich setzt Bourdieu darauf, die Staaten und Regierungen zu drängen, „wirksame Maßnahmen für eine Kontrolle der Finanzmärkte zu ergreifen und eine gerechtere Verteilung des Reichtums der Nationen, in ihnen und zwischen ihnen durchzusetzen." Die AG Handel im Forum Umwelt und Entwicklung schließlich macht sich „für eine ökologisch wirklich kohärente WTO-Reform" stark. Ausgehend von diesen Initiativen möchten wir abschließend einige Dilemmata benennen, in denen sich emanzipative Politik bewegt und mit denen sie produktiv umgehen muss.

Der positive Bezug auf die herrschenden Institutionen schafft durchaus die Möglichkeit einer gewissen Einflussnahme, allerdings nur zu dem Preis, dass bestimmte Themen von vornherein ausgeklammert werden, so etwa die strukturelle Herrschaftsförmigkeit des bestehenden Institutionengefüges selbst, die durch "zivilgesellschaftliche" Beteiligung eher gefestigt als aufgebrochen wird. In dem – ebenso nachvollziehbaren wie notwendigen – Bestreben, die destruktivsten Formen neoliberaler Globalisierung zu beseitigen und der „Politik" gegenüber der „Ökonomie" wieder Geltung zu verschaffen, blendet das



staatszentrierte Politikverständnis vieler NGOs, sozialer Bewegungen oder Intellektuellen-Gruppen grundlegende gesellschaftliche Strukturen und Kräfteverhältnisse aus. Gerade diese müssen u. E. jedoch zum Gegenstand der Kritik gemacht werden, weil sie die Destruktivität neoliberaler Globalisierung erst hervor bringen.

Der Gefahr, dass praktische und theoretische Kritik in emanzipativer Absicht zu einem innovativen Moment der Verhältnisse wird, ist nicht zu entkommen. Marx hat dies als „bürgerliche Selbstkritik" bezeichnet. Umso wichtiger sind aber kluge Strategien, breite Politisierung (und eben keine Fachdebatten alternativer ExpertInnen) und eine dauernde Verständigung darüber, was verschiedene politische Akteure wollen – nicht um Bündnis- und Handlungsfähigkeit zu lähmen, sondern um sie zu erhöhen. Auch in der neoliberalen Phase des Kapitalismus müssen hegemoniale Verhältnisse immer wieder hergestellt werden. Das heißt nicht zuletzt: Kritik aufzunehmen und zum dynamischen Moment zu machen. Die immer wieder formulierten und trügerischen Reformhoffnungen vieler NGOs und deren Appelle an die Mächtigen können für letztere zur Innovations- und Legitimationsfolie werden. Denn offenbar sitzt ja die „globale Zivilgesellschaft" mit am Tisch, zeternd zwar, aber dennoch hoffend, vorschlagend, sich einladen lassend.

Heute ist in sehr vielen Fragen eine konfrontative Haltung angemessen, weil nur so deutlich gemacht werden kann, dass es nicht nur um andere Inhalte geht, sondern auch um die Formen von Politik: Das Problem ist weniger, dass die WTO keine sozial-ökologische Agenda hat, das Problem ist die WTO als Ausdruck neoliberaler Interessen selbst. Dennoch sollten emanzipative Akteure mit konfrontativer Haltung nicht von vornherein Bündnisse mit solchen ausschließen, die eher kooperativ agieren (umgekehrt geht es natürlich nicht um politische Beliebigkeit und die berüchtigten „kleinsten gemeinsamen Nenner"). Vielmehr müssen konfrontative Politiken immer wieder politisch und strategisch begründet werden. Die mexikanischen Zapatistas agieren nach dem Motto des „preguntando caminamos" (fragend gehen wir). Sie begründen immer wieder ihre Radikalität und gleichzeitig ihre radikale Offenheit für andere emanzipative Ansätze.

Schließlich müsste das Dilemma stärker diskutiert werden, dass gerade auf internationaler Ebene die Vernetzung emanzipativer Akteure um die quasistaatlichen Apparate – insbesondere das UNO-System – herum geschieht (siehe die UNO-Konferenzen zu Umwelt und Entwicklung, zu Frauen, Köln 1999, die WTO-Konferenz in Seattle etc.). Das ist richtig und wichtig, denn zum einen kommt dort ein breites Spektrum zusammen, und zum anderen besteht die Möglichkeit, Öffentlichkeit für Kritik und alternative Vorschläge zu schaffen. Dennoch wird es in den kommenden Jahren wichtiger werden, eigene Inhalte sowie politische Formen und Foren zu schaffen. Es geht also nicht um die Alternative, sich entweder auf die Rolle des Betrachters/der Betrachterin zurück zu ziehen, der/die sich auf die Analyse der herrschenden Verhältnisse beschränkt und ansonsten auf bessere Zeiten wartet, oder aber "realistisch" zu sein, sich aktiv einzumischen und Reformen möglich zu machen. Gegenüber diesem immer wieder vorgebrachten Einwand ist festzuhalten, dass auch die Produktion theoretischer Gesellschaftskritik eine Form der politischen Praxis ist. Sie nimmt die von den genannten Initiativen unhinterfragten Bedingungen politischen Handelns eben nicht als gegeben oder unveränderlich hin, sondern untersucht sie im Hinblick auf Herrschaftsförmigkeit und Wi spruchlichkeit. Damit problematisier die hegemonialen Diskurse, an die N Politik gerade anschlussfähig zu we versucht. Ihr Ziel ist es, Fragen disk fähig zu machen, die unter den Be gungen neoliberaler Hegemonie bes falls ein müdes Lächeln hervorrufen schlimmstenfalls völlig unverstar bleiben, die aber dennoch dringend die Tagesordnung gehören: Fragen r sozialer Ungleichheit und Herrscl dem grundlegenden Modus von Ve sellschaftung und nach der institu nellen Verfasstheit von Gesellscl Hierauf radikaldemokratische Antv ten zu formulieren und wieder disk fähig zu machen, ist unseres Erach der erste Schritt in Richtung grun gender Veränderungen. Dafür aber i notwendig, sich die politische Phant nicht länger durch den ausschließli Bezug auf die herrschenden Institu nen blockieren zu lassen.

Dieter Plehwe und Bernhard Wa haben in einem Aufsatz über neolib le Netzwerke und Think Tanks gez wie wichtig es für die Durchsetzung Neoliberalismus war, dass er sich r der Selbstzensur des Pragmatis unterworfen hat, sondern sein Pr zunächst unabhängig vom Geda der Realisierbarkeit entwickelte gezielt verbreitete. Wenn linke P vom Neoliberalismus etwas lernen k dann ist es eben dies: „Eine ra emanzipatorische Alternative muß Minimalprogramm ... Vorstellungen einer gesellschaftlichen Utopie wickeln. Sie darf ihre alternativen würfe ebenso wenig wie der Neolib lismus durch Forderungen nach ‚Pr kabilität, Sensibilität und Realis unterdrücken lassen... Ohne Utopie Antizipation bleiben soziale Initiat in den aktuellen gesellschaftlichen hältnissen befangen."

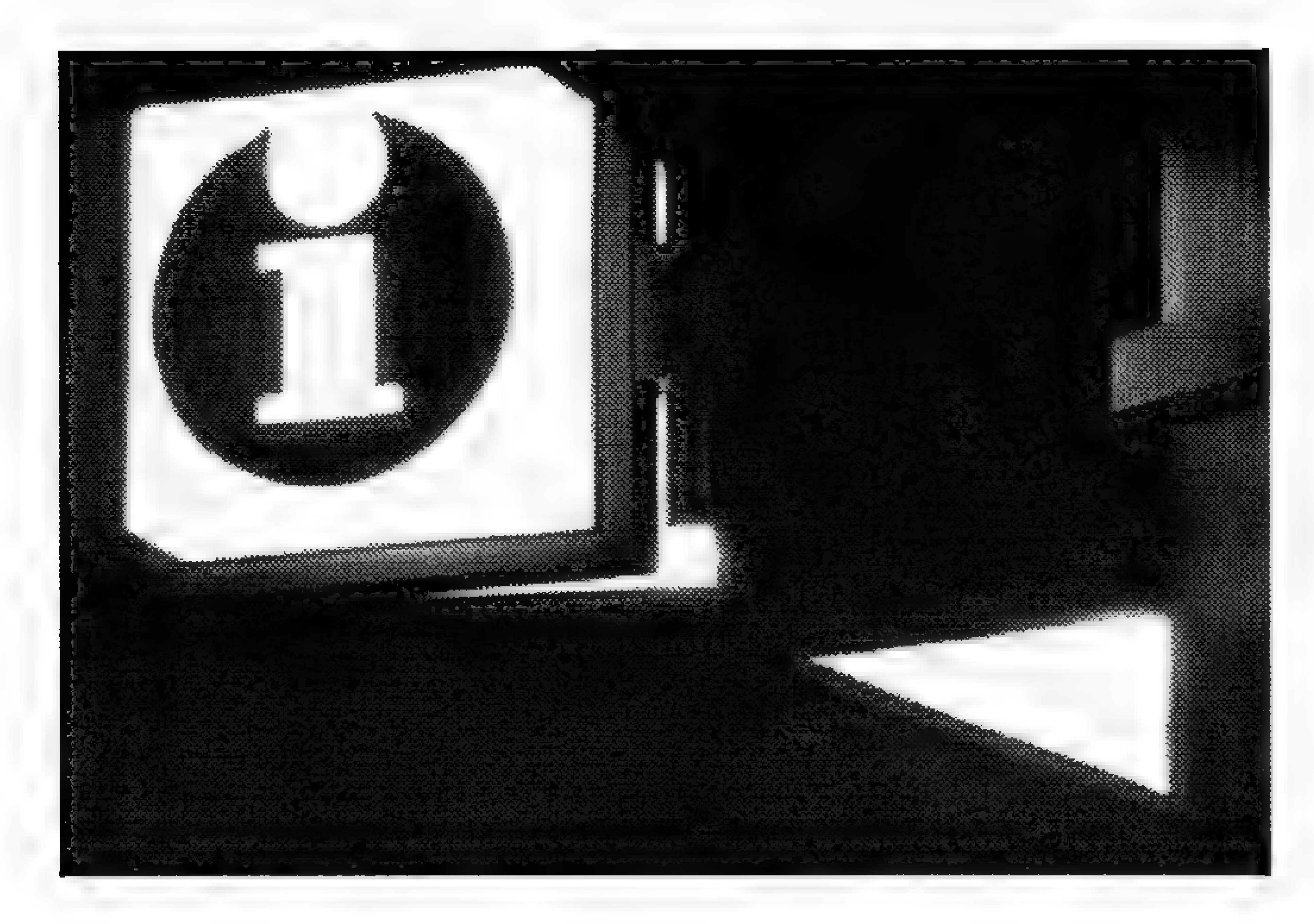


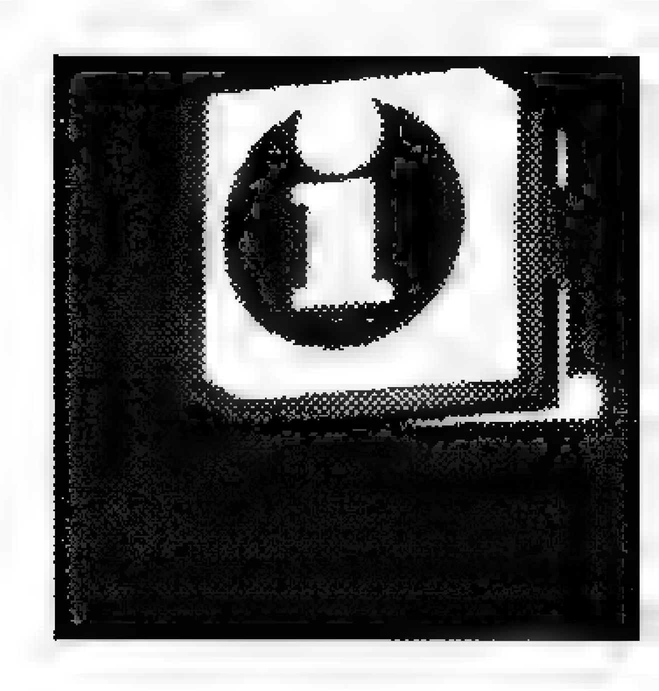
FRAUEN HERGEHÖRT:

WIDERSTAND MIT NEUER FORMEL GEGEN DEN MARKT!

FRIEDERIKE HABERMANN

Die Weltbank weiß, was Frauen können. Während bei der Welthandelsorganisation (WTO) die Gender-Orientierung von Nichtregierungsorganisationen (NRO) noch eingefordert wird, hat die Weltbank die Frauen schon längst entdeckt. Sie hat festgestellt, daß Frauen ihre Kredite zuverlässiger zurückzahlen als Männer, und von ihrem Gewinn in ihre Familie investieren, anstatt ihn selber zu konsumieren. Auch sind sie es, die zusätzliche Pflegedienste und Erziehungsaufgaben übernehmen, wenn diese aufgrund der Weltbankpolitik vom Staat nicht mehr angeboten werden. Ja, Frauen schaffen es sogar, mit sogenannten einkommenschaffenden Maßnahmen neben Subsistenzlandwirtschaft und Kindern noch für die Weltwirtschaft mit zu sorgen – Frauenzeit ist ja historisch noch nie so exakt gemessen worden und bleibt daher besser dehnbar.
So versorgen diese Programme Frauen in Thailand mit einzelnen europäischen rosa Schweinchen, welche sie abhängig vom Weltmarktpreis für das spezielle Schweinefutter machen, die diese an sie verkauften sensiblen Tiere benötigen, und gleichzeitig abhängig vom Weltmarktpreis für Schweinefleisch. So pflanzen Frauen in Kenya neben ihrer Haustür Tabak an, während sie von dem Erlös kaum Nahrungsmittel erwerben können. Die Filmemacherin Ulrike Schatz und die Gruppe Internationaler Feminismus haben bereits Anfang der 90er Jahre deutlich gemacht, wie die Entdeckung der Frauen durch die Weltbank lediglich dem Weltmarkt, nicht jedoch den Frauen nützt. Seit Einführung der Strukturanpassungsprogramme (SAP) vor mehr als 15 Jahren müssen Frauen mehr und mehr arbeiten für das bloße Überleben ihrer selbst und ihrer Kinder. Es kommt zu zunehmender Überarbeitung durch die Verteuerung von Dienstleistungen, die Verteuerung von Kinderhorten, schlechte Ernährung, schlechte Wohnverhältnisse und den Streß, alles gleichzeitig erledigt zu bekommen, ohne sich die grundlegendsten Dinge leisten zu können, bis hin zur Angst ums Überleben.
So kam es beispielsweise in Simbabwe zu Kürzungen von 29 Prozent im Bildungsbereich und 34 Prozent im Gesundheitsbereich innerhalb von drei Jahren nach der Durchführung eines Strukturanpassungsprogrammes 1991. Frauen sind diejenigen, die als erstes aus der Schule genommen werden, bzw. nicht eingeschult werden, und sie sind es, die weniger Geld zur Verfügung, und damit den schlechteren Zugang zu medizinischer Versorgung haben. Dazu zählen auch Kondome: Um 43 Prozent ging die Verteilung von Kondomen herunter, da die Preise hochgesetzt wurden – bei ca. 1000 AIDS-Toten pro Woche. An nichts sterben mehr Menschen in Simbabwe. Eine interne Untersuchung durch die Weltbank von 1998 zeigte, daß sämtliche Indizes zu Frauen und Gesundheit sich verschlechterten. So verdoppelte sich innerhalb dieser drei Jahre die Zahl der Sterbefälle von Frauen bei der Geburt.
Die exportorientierte Wirtschaftspolitik ruiniert kleine Selbstständige sowie Bauern und Bäuerinnen in ihrer Existenz, da diese mit den transnationalen Konzernen aus dem Norden nicht konkurrieren können. In ländlichen Gebieten des Trikont sind Frauen wie Männer häufig einer Verschärfung ihrer Lebensbedingungen durch einerseits verstärkten Konkurrenzdruck durch die Marktöffnung ihrer Länder ausgesetzt, als auch zum großen Teil verschlechterten Umwelt- und damit Produktionsbedingungen - bis hin zu einer vollständigen Vertreibung aus ihrem angestammten Lebensraum. Von den daraus resultierenden Migrationsbewegungen sind Frauen anders als Männer betroffen. Vielfach bleiben sie mit den Kindern zurück, teilweise (zunächst) mit finanzieller Unterstützung durch den emigrierten Ehemann. Mehr und mehr sind es aber auch die Frauen selbst, welche emigrieren. Jobs als Dienstmädchen oder als Sexarbeiterinnen sind häufig die einzigen Möglichkeiten zu überleben. In Gebieten, in welchen sich eine Maquiladora-Industrie angesiedelt hat, bieten sich neue Erwerbschancen für junge ledige Frauen; dies kann individuell eine größere Selbstbestimmung bedeuten. Doch sind diese Erwerbsbereiche durch die traditionellen Merkmale typischer Frauenarbeitsplätze wie niedriger Lohn, Arbeitsmonotonie, Verhinderung gewerkschaftlicher Organisierung und ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse gekennzeichnet.
Gerade in Asien sind Frauen selber zum Exportprodukt geworden. Allein in 1998 wurden die Schließungen von kleineren





und mittelständischen Unternehmen in Thailand, in denen Frauen den größten Anteil der Beschäftigten ausmachen, auf 53.000 geschätzt. Während 1979 gerade 8.000 Migrantinnen Indonesien in Richtung Osten verließen, so sind es heute über 100.000 – in Indonesiens großen Städten kam es derweil zu Brotaufständen; die Philippinen verließen über 400.000 Frauen allein 1994. 2.000 Phillippininnen arbeiten nun in Washington D.C. bei IWF und Weltbank – auch eine Art, die Wirkungen ihrer eigenen Politik, durch welche Frauen als erste entlassen werden, wieder aufzufangen.

LOBBYAKTIVISTIN? NEIN, DANKE!

Wenn im September anläßlich der Jahrestagung von IWF und Weltbank Menschen sowohl in Prag als auch weltweit Widerstandsaktionen durchführen werden, dann geht es den meisten von ihnen nicht darum, IWF und Weltbank zu reformieren. Es geht ihnen nicht um das Spezielle an IWF und Weltbank, sondern um das Prinzip des Weltmarktes, welches sich in diesen Institutionen ausdrückt.

Merke also: Auch wenn Du im hübschen Kleid (ach, Du bist emanzipiert? na, dann im adretten Hosenanzug mit Jackett) in der Vorhalle, denn nichts anderes bedeutet ja lobby, geduldig darauf wartest, daß der nette Herr von der Weltbank aus seiner Sitzung herauskommt, und er tatsächlich auf Dein Kleid (Deinen Hosenanzug) und Dein Lächeln aufmerksam wird, ja, wenn sogar das Unwahrscheinliche passiert, nämlich, daß er sich für Dein Anliegen (hier: Frauen) interessiert – das Ergebnis wird deshalb noch lange nicht quer zu den Mechanismen der Weltbank stehen.

So fragt sich, wenn heute NROs sich die Demokratisierung von IWF und Weltbank auf die Fahnen geschrieben haben, warum sie in Seattle während der WTO-Konferenz sich nicht entspannt zurückgelehnt haben. Denn während beim IWF über 60 Prozent der Stimmanteile von den 29 OECD-Ländern gehalten werden und die USA mit 17,6 Prozent gegen jede Entscheidung ein Veto einlegen können, sowie in der Weltbank die reichen Ländern jeweils einen Direktor sitzen haben, während 26 afrikanische Länder durch einen einzigen vertreten werden, so herrscht in der WTO Demokratie, und alle sind gleich: pro Land eine Stimme. Doch trotzdem wurde in Seattle ein afrikanischer Handelsminister physisch aus den Verhandlungen einer theoretisch offen zugänglichen Sitzung zu Agrarhandel entfernt. Die wirklich wichtigen Entscheidungen finden in den Green Rooms statt, und dort kommen nur diejenigen hinein, die noch ein bißchen gleicher sind.

Und Du, wie du da in der Vorhalle herumstehst, und den Blick des Herren von der Weltbank über Dich streifen läßt, merkst Du nicht, was Du da tust? Spür' doch, wie Dein schlechtes Gewissen als Schatten Deiner Selbst neben Dich tritt, und Dir zuflüstert: Du reproduzierst ein Machtverhältnis! Du unterwirfst Dich einer Hierarchie, in dem Du aktiv die Entscheidungskraft des anderen anerkennst.

Selbst ein Weltbankherr oder -dame mit guten Intentionen – manche Angestellte aus NROs schaffen ja sogar den Aufstieg in diese Organisationen – wird nichts Wesentliches an ihrer Wirkungsweise verändern können. Obwohl die Weltbank ihre Strukturanpassungsprogramme in Armutsreduzierungs- und Wirtschaftswachstumsförderung umbenannt und mit einigen Modifizierungen versehen hat, bleibt die neoliberale Wirtschaftspolitik deren unangetastete Grundlage: Verteuerung der importierten Waren und Verbilligung der exportierten Waren durch Abwertung der inländischen Währung; Aufhebung j Art von Schutzzöllen für die inländi: Wirtschaft, Erhöhung der Zinsen Kredite und damit Dämpfung der V schaft, Lohnstopp, Aufhebung Preiskontrollen und Lebensmittel: ventionen, Erhöhung der Steuern Steuervergünstigungen für ausländi. Unternehmen sowie der Abbau Staatsausgaben mit der damit verb denen Reduzierung und/oder Privat rung von Strom, Wasser, Verkehr, dung, Gesundheitsversorgung. All führte beispielsweise in Tansania in halb von nur sieben Jahren (1983-1 zu einer Verschiebung der Reichtu verteilung zwischen dem reich Zehntel der Bevölkerung und dem ä sten Zehntel der Bevölkerung von auf 1:1.454.

Vor allem aber drückt sich in der Pc dieser Institutionen das Prinzip aus, nur existieren darf, wer es schafft, so zu verkaufen, daß er sich das Kon gegen AIDS leisten kann oder sie nötige Kleingeld hat, um nicht wäh der Geburt ihres Kindes zu sterben. ses Prinzip herrscht im Norden : nicht in dieser Brutalität, doch die seitige Verwertbarkeit wird mehr (je zum unhinterfragten Motto uns Lebens. Dieses Prinzip verkörpert zunehmend in uns selber. In einer in der alles funktional und perfek sein hat, stellen wir diesen Ansp auch an uns(eren Körper). Wie verin licht wir das haben, läßt sich scho der Beliebtheit von big brother able Alle Beteiligten sehen aus wie an Barbiepuppen auch. Jung, spor dynamisch, gesund. Und sie alle w flexibel einsetzbar in jedem mode Unternehmen unserer Zeit: aufgesch sen, unverbindlich. Sogar die Spielre sind die gleichen: So tun, als gehö alle zur selben (Unternehmens-)Fan doch was zählt ist der eigene Ge und letztendlich das Ausschalten

anderen. Und währenddessen suggeriert der Jingle, wir lebten "so wie wir uns fühlen". Oder in den Worten von Millionärssohn Alex zur Einführung einer ungesendenten Stunde zwischen ein und zwei Uhr nachts: "Für mich totaler Humbug, ich wüßte nicht, was ich in meinem Privatleben zu verstecken hätte – ich bin wie ich bin."

Genau. Sich in der Vorhalle in Pose zu bringen, und zu versuchen, das Anliegen mit den Frauen möglichst ergreifend rüber zu bringen, das erinnert doch an etwas:

Bei immer mehr Tätigkeitsfeldern ist eine 'Gefühlsorientierung' zu beobachten. Dabei hat sich nicht nur der Umfang der Gefühlsarbeit ausgedehnt, sondern auch die Qualität. Durfte früher das Lächeln der Verkäuferin noch etwas mechanisch und routinemäßig erscheinen, muß heute Gefühlsarbeit persönlich und echt wirken. Vollständige Identifikation mit den Produkten wird erwartet, wer nicht die Selbstverwirklichung ausstrahlt, die mensch durch den Beruf erfährt, wird besser ersetzt, damit die KundInnen mit einem 'echt guten Gefühl' die Waren kaufen (Brunhilde Sauer-Burghard).

Die Soziologin Linda McDowell weist darauf hin, dass das Marketing persönliche Attribute und auch Sexualtität als Teil des verkauften Produktes mit einbezieht. So sollten in den von ihr untersuchten Londoner Handelsbanken Männer den Kunden gegenüber einen freundschaftlichen oder 'Kumpel'-Ton anschlagen, während von Frauen erwartet wurde, dass sie zu ihren männlichen Kunden eine Art Flirtverhältnis herstellen. Über eine Darstellung eindeutiger Männlichkeit und Weiblichkeit hinaus wird eine Eindeutigkeit in der Darstellung heterosexueller Muster erwartet. Die Anforderungen an Subjektivität, Emotionalität und Aussehen in diesen Arbeitsplätzen beziehen damit nicht nur als persönlich geltende Attribute in die Verwertung ein, sie sind darüber hinaus auch eine breit angeordnete Übung, Geschlechterrollen und sexuelle Identität eindeutig zu verkörpern.

Doch hier geht es nicht um Differenz. Es geht um die Performance von Geschlechterrollen, mit denen die abstrakte Arbeitsstunde gefüllt werden soll. Es geht um die Ästhetisierung der Reduktion von Unterschieden auf eine konumierbare Identität als Marktnische, wie es die brasilianische Feministin Ilana Amaral ausdrückt. Die Unterscheidungen liegen an der Oberfläche, fast nur noch im (verkörperten) Outfit und etwas im Habitus, wiederum anschaulich dargestellt bei big brother: der Hausbesetzer spricht und handelt nicht politisch. Täte er es, so fiele er aus dem Rahmen des Gewollten, des Akzeptierten heraus. Er hat nur das Hausbesetzer-Image – männliche Barbie-Puppe mit Tätowierungen sozusagen. Müsli oder nicht Müsli, das ist hier die Frage.

Nach Irmgard Schulz funktioniert das Modell Frau im globalen Produktionsprozeß nicht mehr über die Ausmalung von Geschlechtscharakteren, sondern über die Festlegung von Funktionsbeschreibungen, die doppelt gefaßt werden: einmal als funktionelle Festlegung auf potentielle Mütterlichkeit mit ihren ganzen oikos-Verantwortungen, und zum anderen zugleich als Festlegung auf geldentlohnte Existenzsicherung: Verantwortung für das Geld und für das (Über-)Leben. Diese doppelte paradoxe Funktionszuschreibung werde im Modell Hausfrau als Kleine Selbständige als Leitbild globaler Flexibilisierung ausgedrückt.

WIDERSTAND IST HIP, ALLES ANDERE IST QUARK

"Die Zapatistas waren die ersten, die nicht sagten: 'Und dann kämpfen wir auch noch für die Rechte der Frauen'", so Mercedes aus Chiapas während ihres Vortrages Das Patriarchat und der Neoliberalismus, "sondern für die der Kampf der Frauen selbstverständlicher Bestandteil des Kampfes war". Carlos aus Yucatan stellt während seines Referates über Sexualität und der Neoliberalismus fest, Globalisierung bedeute nordamerikanische Doppelmoral für alle, sei wie Hamburger essen, sei Monokultur, sei Monotonie. Beide referierten auf einem Seminar mit dem Titel Nicht Mann, nicht Frau, sondern das Gegenteil, welches im Mai diesen Jahres in Chiapas stattfand. Daran teil nahmen RepräsentantInnen von verschiedenen sozialen Basisbewegungen aus Afrika, Asien, Lateinamerika sowie einige Europäerinnen.

Daß der Kampf gegen die Abhängigkeit und Marginalisierung von Frauen auf den Kern des Problemes verweist, darauf wies die ebenfalls hier anwesende Ilana Amaral aus Brasilien hin. So müssten autonome Bewegungen die existierenden Gendersyteme ablehnen, und die Determinierungen durch das System durchbrechen, um etwas zu erreichen, was tatsächlich als Gegenteil von Mann und Frau bezeichnet werden könne.

Es tut sich also einiges im internationalen Widerstand. Der feministische Gehalt der zapatistischen Revolution ist vermutlich überschätzt, doch unabhängig davon, wie emanzipiert die Guerilla in Chiapas sich untereinander verhält, so hat doch zumindest ihr Ruf dazu geführt, daß antipatriarchale Grundprinzipien im internationalistischen Diskurs verankert geworden sind.

Es ist Fortschritt und Rückschritt zugleich, wenn es diesmal zu IWF und Weltbank keine spezielle Frauenbroschüre mehr gibt, wie noch 1988. Es ist Rückschritt, weil oftmals feministische Aspekte wieder völlig herausfallen, oder alibimäßig abgehandelt werden. Aber es gibt auch den Fortschritt zu versuchen,



Unterdrückungsverhältnisse nicht auf Kapitalismus zu reduzieren, wie dies im Nebenspruchsdenken der Fall war (und leider auch immer noch ist), und sie genausowenig als völlig unabhängig nebeneinander existierend zu verstehen, sondern zu versuchen, Kapitalismus, Rassismus und Sexismus zusammen zu denken und zusammen bekämpfen zu wollen.

Auch Peoples' Global Action, eine aus der zapatistischen Idee heraus entstandene Vernetzung von Basisbewegungen aus allen Kontinenten hat auf ihrer zweiten Konferenz ihre vier Grundprinzipien um einen fünften erweitert, in dem Patriarchat und Rassismus noch einmal verdammt, und die Menschen in ihrer Vielfältigkeit gewürdigt und gefeiert werden. Es geht darum, Widerstand als gemeinsames Projekt zu begreifen, und nicht zuletzt geht es einfach darum, voneinander zu lernen und Ideen auszutauschen. Die internationalen Netze dafür werden nicht erst seit Seattle geknüpft.

Fazit: In der Vorhalle sich die Beine in den Bauch stehen - das muß nicht mehr sein. Nimm aktiv an den Protestbewegungen teil! Im Widerstand ist das darin implizierte (Macht-)Verhältnis zwischen Dir und dem anderen wesentlich offener. Während die Lobbyistin dieses Machtverhältnis als gegeben reproduziert, und beide Subjekte als positioniert voraussetzt, wird beim Widerstand dieses Machtverhältnis selbst angegriffen. Doch nicht nur das Verhältnis wird transformiert, sondern auch die Personen: Widerstand positioniert und rekonstruiert die Subjekte neu.

Das Sein limitiert die Erkenntnismöglichkeit, und es gibt keine universalen, allgemeingültige Antworten. Die eigenen Erfahrungen formen die eigene Sichtweise aus. Die Sicht aus der dominanten Kultur ist immer auch richtig, weil unsere Welt stets durch die dominierende Kultur strukturiert und geprägt ist. Aus der Sicht des erwerbstätigen Mannes war die Unterdrückung der Hausfrau (als von der Erwerbsarbeit befreit) schwieriger zu fassen, als für jene Frauen, die zu Hause in Depressionen verfielen. Die Sichtweise der Unterdrückten ist deshalb immer wertvoller für den emanzipatorischen Prozeß. Diese muß dagegen erst aus der Praxis erwachsen - wieviele Hausfrauen hätten sich in den 50er Jahren als unterdrückt bezeichnet? Wenn eine Frau oder ein Mann die Gleichberechtigung gefordert haben, so war diese Vorstellung radikal, doch welcheR hätte sich zu dem Zeitpunkt ein Konzept von Queerness vorstellen können, welches die Geschlechtergrenzen hinterfragt? Erst im kollektiven Ausleben, in der gemeinsamen (politischen) Praxis konnten Menschen darüber hinaus Erfahrungen machen und darüber hinaus denken, auch Frauen und Farbige Rationalität zuzusprechen, sondern die Einteilungen von Menschen an sich zu kritisieren. Die Sichtweise der Unterdrückten weist also über die Gegenwart hinaus, birgt geschichtlich befreiende Momente (Nancy Hartsock). Darum werden die Männer allein es nicht richten, und wir Frauen bleiben - Differenz hin oder her - gefordert, uns aktiv auf die Socken zu machen im Kampf gegen Kapitalismus und Patriarchat.

BUKO CONTACT

BUKO Geschäftsstelle:
Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg;
fon: 040-39 31 56;
fax: 040-39 07 520;
Internet: ww.epo.de/buko/index.htm;
e-mail: bukohh@t-online.de

BUKO-Arbeitsschwerpunkte:
➲ Rassismus und Flüchtlingspolitik
➲ Weltwirtschaft
➲ Alternativer Handel
alle c/o BUKO Geschäftstelle
➲ Türkei/kurdistan
c/o: Aktion 3. Welt Saar,
Weiskirchener Str. 24,
66679 Losheim am See;
fon: 06872-9930-56;
fax: 06872-9930-57;
e-mail: a3wsaar@t-online.de

BUKO Agrar-Koordination:
Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg;
040-39 25 26;
fax: 040-39 90 06 29;
Internet: ww.bukoagrar.de;
e-mail: bukoagrar@aol.com

BUKO Pharma-Kampagne:
August-Bebel-Str. 62,
33602 Bielefeld;
fon: 0521-60 550

BUKO Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport":
Buchtstr. 14-15, 28195 Bremen;
fon 0421-32 60 45;
fax 0421-33 78 177;
e-mail: exbuko@oln.comlink.apc.org

alaska
Zeitschrift für Internationalismus:
Bernhardstr. 12, 28203 Bremen;
fon: 0421-72 034;
fax: 0421-72 034;
e-mail: redaktionalaska@vobis.net

Notizen

Die nächsten Heftschwerpunkte:
233: Aids, Krise und Kontrolle
234: Out of this world: Science Fiction, Politik, Utopie
235: [illegible] Kritik

[illegible] Hinweis auf ein Papier, das [illegible] es [illegible] eine Debatte um Sexismus [illegible] Mann mit [illegible] aus den politischen und [illegible] auszuschließen. Da der betreffende überregional [illegible] und dies zudem in [illegible], die in der alaska immer wieder [illegible], geben wir die Adresse weiter unter der ihr nähere Informationen [illegible]: GIGA c/o VIKK, Hannah-Arendt-Str. 6, 35394 Gießen.

Wir BUKO-Insider übrigens feststellen [illegible] unserer Umstellung des Heftes und unserer Arbeit auf die Empfehlungen [illegible] Ratschlag aus dem Jahre 1998 eingegangen (Hinweis [illegible] Heften, Aufforderung zur Mitarbeit, BUKO auf dem [illegible], Mitarbeit mit anderen BUKO-Institutionen). Wie wir damals [illegible] Bezug auf unsere Erfahrungen mit zurückliegenden [illegible], mangelt es immer noch weitgehend an Feedback. [illegible] und vor allem in [illegible] Bereichen und zwar in Hinsicht auf [illegible] Zusammenarbeit mit anderen BUKO-Institutionen wie den Pharmas, [illegible] (verschiedene Projekte wurden hier gemeinsam bearbeitet) [illegible] Kooperation mit [illegible] Gruppen im EXPO-Kontext.

alaska: Dealer

- Buchladen Ostertor, Fehrfeld 60, Bremen
- Infoladen, St. Pauli Str. 10-12, Bremen
- Buchladen Neustadt, Lahnstrasse 65b, Bremen
- Universitätsbuchhandlung, Universität, Bremen
- Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, Hamburg
- Alhambra, Hermannstr. 83, Oldenburg
- Internationalismus-Buchhandlung, Engelborsteler Damm 10, Hannover
- Infoladen Korn, Kornstr. 28-30, Hannover
- Guten Morgen Buchladen, Bültenweg 87, Braunschweig
- Infoladen, Louisenstr. 93, Dresden
- EX, Gneisenaustrasse 2a, Berlin
- Buchhandlung Schwarze Risse, Gneisenaustrasse 2a, Berlin
- Infoladen Daneben, Liebigstrasse 34, Berlin
- b_books, Lübbenerstr. 14, Berlin
- Buchhandlung Pro QM, Alte Schönhauser Strasse 48, Berlin
- N. N. Bücher, Kastanienallee 85, Berlin
- Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, Münster
- Buchladen Rote Strasse, Nikolaikirchhof 7, Göttingen
- Büchertisch Notstand, Universitätsstr. 150, Bochum
- Linke Liste Uni Dortmund, Dortmund
- Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197, Köln
- Infoladen LC 36, Ludolf-Camphusen-Str. 36, Köln
- Buchhandlung Schwarzes Schaf, Rathausplatz 2, Ludwigsburg
- Buchandlung Libresso, Bauerngasse 14, Nürnberg
- Infoladen, Breisacher Str. 12, München
- Versandbuchhandlung Anares-Nord, Postfach 1247, 31305 Uetze
- Infoladen Grauzone im JuZe, Dreiheiligenstr. 9, A-6020 Innsbruck
- Bookshop Het Fort van Sjakoo, Jodenbreestraat 24, NL-1011 Amsterdam

EXtra-Tipps

- Im Paradox, Bremen, wird mit Unterstützung der Stiftung Umverteilen vom 13-15. Oktober ein Workshop zum Thema "Biopolitik, EXPO 2000 und darüber hinaus" stattfinden. (an die alaska wenden)

- Am 03.-04. Oktober und vom 03.-05. November finden die Vorbereitungstreffen für das Menschenrechtsseminar im Dezember ebenfalls im Paradox statt. (siehe letzte alaska)

Photo-Serie

Jetzt ist es die dritte Photo-Serie in Folge, die Harry Loges itself produzieren mußte. Der Titel dieser Serie lautet: "LICHT ODER SCHATTEN".
Die Serie entstand 1999/2000. Harry ist der Layouter der alaska.
Die Photos von Seite 27 bis 37 sind jedoch auch zum wiederholten Mal von MARIE FISCHER – entnommen zurückliegenden Nummern.

Impressum

alaska ist die Zeitschrift der entwicklungspolitischen und internationalistischen Aktionsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland, die sich im Rahmen des Bundeskongreß (BUKO) organisieren.

Herausgeber: Verein für Internationalis
und Kommunikation,
Bernhardstr. 12, 28203 Bremen

Redaktionsanschrift: alaska,
Bernhardstr. 12, 28203 Bremen,
Fon/Fax: 0421-72034
E-Mail: redaktionalaska@vobis.net

RedakteurInnen: Claudia Bernhard & Kai Kaschinski
Abos: Claudia Bernhard
Anzeigen: Kai Kaschinski
Layout: Harry Loges
Fotos: Harry Loges
Cover: Andy Markovits
Druck: Gegendruck,
Bremer Str. 68a, 26135 Oldenburg

Bezugsbedingungen: alaska erscheint sechsmal pro Jahr. Das Jahresabo kost
Normal 48,- DM
Institutionen 70,- DM
Soli 70,- DM
Ausland-EU 70,- DM
Bei Abnahme mehrerer Exemplare (Gruppen) oder Kommissionsverkauf (Buchläden) gibt es 20% Rabatt.

Zahlungen nach Rechnungserhalt auf d
unten angegebene Konto.
Kündigungen per sechs Wochen zum Jahresende, nicht gekündigte Abonneme
verlängern sich um ein Jahr.
Sonderkonto: alaska, Nr.: 6669-209
bei PGA Hamburg, BLZ: 200 100 20

Nachdruck erwünscht, bitte Quelle ang
ben und Belegexemplar schicken.
Beiträge, die Mitgliedsgruppen des BUK
oder andere LeserInnen einschicken werden, soweit redaktionell sinnvoll und möglich, abgedruckt.
V.i.S.d.P.: Claudia Bernhard
Für namentlich gekennzeichnete Beiträ
sind die entsprechenden Personen bzw. Gruppen verantwortlich.

ISSN: 1436-3100

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitschrift so lange Eigentum der
Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen
persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönlich
Aushändigung im Sinne dieses Vorbehal
Wird diese Zeitschrift der/dem Gefange
nicht persönlich ausgehändigt, ist sie d
Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung wieder zurückzusen

ANZEIG



afrika süd
zeitschrift zum südlichen afrika
Doppelausgabe!
Preis: 15,– DM



POLICE



FAUS



ARMEE
FÜR ALLE FÄLLE
isw REPORT NR.44

DP AG 0836 232 04 **1**

Infoladen

Koburger Straße 3

D - 04277 LEIPZIG

Deutsche Post AG
Postvertriebsstück
Entgelt bezahlt
H 11673
alaska
Bernhardstraße 12
28203 Bremen

— Anzeige –



Out of this World!

Kongress zu Science-Fiction, Politik, Utopie
Bremen, 02./03.12.2000

Was die technischen und politischen Eliten für die wirkliche Welt ausgeben, entlockt heute nur noch der BUNTEN den Ausruf "Das ist ja interessant!" Der Rest ist überzeugt, dass die Wahrheit anderswo ist - irgendwo dort draussen, oder irgendwie dahinter, oder irgendwo jenseits all dessen. In den Weiten des Alls, weil das hier nur eine schlechte Parodie sein kann. In abgefeimten Verschwörungen, weil alles sonst überhaupt keinen Sinn macht. In sozialen Utopien, die sich heute nur noch die Science-Fiction zutraut - von der nicht nur Doris Lessing sagt, dass sie die lebendigste und kreativste künstlerische Gattung der Jetztzeit ist.

Tagungen über SF leiden häufig an Imitation oder am Daherreden: eine langweilige akademische Theorie wird nicht besser, weil sie an "Alien" oder "Deep Space Nine" exerziert wird. Eine Annäherung an SF muss ernstnehmen, dass SF eine der wuchtigsten zeitgenössischen Bildsprachen ist, die etwas anbietet, was "realistische" Systeme immer weniger leisten: dass wir gemeint sind; dass wir darin vorkommen; dass es wirklich um uns geht. Unsere Ängste, Visionen, Erfahrungen, Projektionen, Wünsche, darum welchen Reim man sich auf das alles machen soll. Eine bewegliche Sprache, mit der sich etwas anfangen lässt, in der starre Autoritäten und Orthodoxien nicht gelten.

Schwerpunkte der Tagung werden sein: Feministische Utopien und Science Fiction; Gesellschaftswissenschaft und Science-Fiction; Popkultur und Gesellschaft. Sie wendet sich an jede und jeden, die sich für SF interessiert und für die Science-Fiction und social fiction keine Gegensätze sind. Comics, Dia-Show, "Alien Sounds" u.a. runden ein Programm ab, dessen roter Faden das klassische Versprechen der Science-Fiction ist: dass das, was uns alltäglich vorgesetzt wird, unmöglich das letzte Wort sein kann.

ReferentInnen u.a. Petra Mayerhofer, Christoph Spehr, Ingrid Lohmann, Klaus Theweleit,...

VeranstalterInnen & Kontakt:

- Verein für Internationalismus und Kommunikation e.V. (INTKOM), Bernhardstr. 12, 28203 Bremen, Fon/Fax: 0421-72034, Christoph Spehr <yetipress@cs.com>
- Rosa Luxemburg Stiftung. Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Fon: 030-2978-1129, Rainer Rilling <rilling@rosaluxemburgstiftung.de>
- Rosa-Luxemburg-Initiative. Bremer Forum für Bildung, Gesellschaftsanalyse und Kritik e.V., Postfach 102144, 28021 Bremen, Fon: 0421-3387641, Norbert Schepers <Luxemburg-Initiative@web.de>

Internet:
http://www.outofthisworld.de



internationalistisch
feministisch.
links.
anders.

alaska
Zeitschrift des BUKO

DM 8,-